

2008
2007
2006
2005
2004
2003
2002
2001
2000
1999
1998
1997
1996
1995
1994
1993
1992
1991
1990
1989
1988
1987
1986
1985
1984
1983
1982
1981
1980
1979
1978
1977
1976
1975
1974
1973
1972
1971
1970
1969
1968
1967
1966
1965
1964
1963
1962
1961
1960
1959
1958
1957
1956
1955
1954
1953
1952
1951
1950
1949
1948
1947
1946
1945
1944
1943
1942
1941
1940
1939
1938
1937
1936
1935
1934
1933
1932
1931
1930
1929
1928
1927
1926
1925
1924
1923
1922
1921
1920
1919
1918
1917
1916
1915
1914
1913
1912
1911
1910
1909
1908
1907
1906
1905
1904
1903
1902
1901
1900
1999
1998
1997
1996
1995
1994
1993
1992
1991
1990
1989
1988
1987
1986
1985
1984
1983
1982
1981
1980
1979
1978
1977
1976
1975
1974
1973
1972
1971
1970
1969
1968
1967
1966
1965
1964
1963
1962
1961
1960
1959
1958
1957
1956
1955
1954
1953
1952
1951
1950
1949
1948
1947
1946
1945
1944
1943
1942
1941
1940
1939
1938
1937
1936
1935
1934
1933
1932
1931
1930
1929
1928
1927
1926
1925
1924
1923
1922
1921
1920
1919
1918
1917
1916
1915
1914
1913
1912
1911
1910
1909
1908
1907
1906
1905
1904
1903
1902
1901
1900



Dreijahres- programm

der Österreichischen
Entwicklungspolitik
2006 bis 2008

Fortschreibung 2006

Bundesministerium

für auswärtige Angelegenheiten

Impressum

Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2006 bis 2008
Fortschreibung, Wien 2006
(gemäß §23 EZA-G 2002 i. d. F.: BGBl. I Nr. 65/2003)

Vom Ministerrat am 14.11.2006 zur Kenntnis genommen.

Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
E-Mail: abtvii4@bmaa.gv.at
www.aussenministerium.at/oeza

Titelbild: © Günther Stachel

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
Geleitwort der Frau Bundesministerin	7
Teil I: Leitfaden zur OEZA	9
Teil II: Profil der OEZA im Zeitraum 2006–2008	11
1. Kontext: Internationale Entwicklungspolitik	11
2. Kontext: Österreichische Außenpolitik	13
3. Geografische Prioritäten der bilateralen OEZA	17
3.1 Fokussierung	17
3.2 Grundsätze	17
3.3 Umsetzung	20
4. Thematische Prioritäten	31
4.1 Neue Akzentsetzungen	31
4.2 Neue Vorgehensweise	35
5. Internationale humanitäre Hilfe	43
6. Programmrahmen	48
7. Gestaltung der multilateralen EZA	58
7.1 Entwicklungspolitik auf Ebene der EU	58
7.2 Entwicklungsagenda der VN	61
7.3 Internationale Finanzinstitutionen	72
Teil III: Entwicklungspolitische Kohärenz	79
Anhang 1: VN-Millenniums-Entwicklungsziele	83
Anhang 2: DAC-Länderliste	85
Anhang 3: Instrumente der OEZA	87
Anhang 4: Koordinationsbüros der OEZA	89
Anhang 5: Paris Declaration on Aid Effectiveness as of 2 March 2005	91



Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
AU	Afrikanische Union
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BNE	Bruttonationaleinkommen
DAC	Development Assistance Committee der OECD, Entwicklungshilfenausschuss
ECOWAS	<i>Economic Community of West African States</i>
ERP	European Recovery Programme
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-Gesetz	Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (Entwicklungszusammenarbeitsgesetz, EZA-G); BGBl I 49/2002 i.d.F. BGBl I 65/2003
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries, hochverschuldete arme Länder
IDP	Internally Displaced Person, intern Vertriebene/r
IPA	EU Instrument for Pre-Accession Assistance; EU Instrument für Heranführungshilfe
IFI	International Finance Institution, internationale Finanzinstitution (Weltbankgruppe)
KOBÜ	Koordinationsbüro der OEZA
LDCs	Least Developed Countries, am wenigsten entwickelte Länder
MKMB	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
MDG	Millennium Development Goal, Millenniums-Entwicklungsziel
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance, öffentliche Entwicklungshilfeleistungen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
PRS(P)	Poverty Reduction Strategy (Papers/Process)
SADC	Southern African Development Community
SOE	Südosteuropa
SWAP	Sector Wide Approach
WTO	World Trade Organization, Welthandelsorganisation
VN	Vereinte Nationen

Zeichenerklärung

✓	Hinweise auf Umsetzung der DAC Peer Review-Empfehlungen
MDG	Hinweis auf Umsetzung der MDG
♀	OEZA Gender-Schwerpunkt
📖	OEZA Rule of Law-Schwerpunkt



Geleitwort

Entwicklungszusammenarbeit ist für mich eine wichtige Dimension der Außenpolitik. Sie baut Brücken zwischen Regierungen und zwischen Menschen verschiedener Kontinente, Kulturen und Sprachen. Sie trägt zur Festigung von Frieden und Sicherheit, zur nachhaltigen Nutzung der Güter dieser Erde, zur Bekämpfung globaler Übel wie ansteckende Krankheiten oder organisiertes Verbrechen bei. Sie leistet einen Beitrag der Solidarität mit den Armen und Ärmsten dieser Welt.

Das vorliegende Dreijahresprogramm legt die geografischen und thematischen Prioritäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 2006 bis 2008 dar. In diesem Zeitraum werden wir uns noch stärker auf die Arbeit in unseren Schwerpunktländern konzentrieren, die wir durch regionale Ansätze noch wirksamer abstützen wollen. Hinsichtlich der thematischen Konzentration unserer Interventionen präsentiert das Programm die Kerninhalte von neu erarbeiteten Leitlinien.

Die Bundesregierung hat an dem Beschluss des Europäischen Rates mitgewirkt, der vorsieht, dass die anrechenbaren Leistungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten für die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2006 zumindest 0,33 % des Brutto-Nationaleinkommens erreichen, sodann bis 2010 auf 0,51 % ansteigen und im Jahre 2015 0,7 % erreichen. Im Jahr 2005 erreichte Österreich 0,52 %; die Prognose für 2006 beläuft sich auf 0,43 %. Damit haben wir das Ziel für das Jahr 2006 weit überschritten. Angesichts unserer festen Absicht, die EU-Ziele auch in den nächsten Jahren zu erfüllen, ist es mir ein besonderes Anliegen, die Qualität der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Einklang mit den Beschlüssen der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere im Rahmen der „Pariser Erklärung“ des Jahres 2005, weiter zu verbessern. Die Diskussion des Dreijahresprogramms im Parlament und die Rückmeldungen der österreichischen Öffentlichkeit leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu unserem Bemühen um andauernde Qualitätssteigerung.

Eine besondere persönliche Inspiration stellen für mich die Leistungen von Frauen in der Entwicklungsarbeit dar, ihr Ringen um Gleichberechtigung und ihr Einsatz für den Wiederaufbau ihrer Gesellschaften in Nachkriegssituationen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wird sich daher auch weiterhin um *Gender*-Gerechtigkeit bemühen und diese Bemühungen einbetten in unseren Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Unseren EU-Vorsitz im ersten Halbjahr 2006 haben wir auch genutzt, um den Beitrag anderer EU-Politiken zur Erreichung von entwicklungspolitischen Zielen zu erhöhen. Es wird mir Anliegen und Aufgabe sein, diese Politik-Kohärenz in den nächsten Jahren weiter zu stärken.

Dr. Ursula Plassnik

Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten



Teil I: Leitfaden zur OEZA

Das Engagement für Armutsbekämpfung, Frieden und Umwelterhaltung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist eine Solidarleitung für von Armut betroffene Menschen in Entwicklungsländern und ein Beitrag zu Sicherheit und Wohlstand im eigenen Land.

Ziele der OEZA

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit erfolgt auf der Basis des EZA-Gesetzes. Sie umfasst

- die Mitwirkung an der internationalen Entwicklungspolitik,
- die Durchführung von multilateralen und bilateralen Kooperationen, letztere über die Austrian Development Agency (ADA), das operative Unternehmen der OEZA,
- die Mitwirkung an humanitären Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft,
- das Bemühen um Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik im engeren Sinn und anderen Politikbereichen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Entwicklungsländern haben,
- sowie entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit im Inland.

Funktionen

Das jeweilige Dreijahresprogramm, das dem Ministerrat vorgelegt und an das Parlament weitergeleitet wird, definiert den politischen Rahmen. Für den Bereich ihrer Zuständigkeit setzt das jeweilige Arbeitsprogramm der ADA, das von der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten explizit genehmigt werden muss, die politischen Rahmenvorgaben des Dreijahresprogramms um.

Prozess

Aufgrund der Nationalratswahlen im Herbst 2006 wird es für die Jahre 2007 und 2008 vor Ende 2006 keine Budgetdaten geben. Um die Vorlage des Dreijahresprogramms 2006–2008 an den Ministerrat nicht bis zum Vorliegen des neuen Budgetgesetzes zu verzögern, wird das Prognoseszenario für das vorliegende Dreijahresprogramm 2006–2008 ausnahmsweise durch einen Verweis auf die EZA-Beilage des kommenden BFG ersetzt.

Kontinuität

Im vorliegenden Dreijahresprogramm werden aufbauend auf dem vorjährigen Dreijahresprogramm vor allem zwei Neuerungen vorgestellt:

- die anlaufende Regionalprogrammierung,
- die Fortschritte bei der Ausarbeitung von Leitlinien für die thematischen Schwerpunkte der OEZA.

Neues

Um die Anschaulichkeit zu erhöhen, werden im Text immer wieder Projektbeispiele eingefügt. Die sich durch die gesamte Arbeit der OEZA hindurch ziehenden Anliegen von Gender-Gerechtigkeit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit werden redaktionell durch die entsprechenden Symbole (siehe Zeichenerklärung) signalisiert.



Teil II: Profil der OEZA im Zeitraum 2006–2008

1. Kontext: Internationale Entwicklungspolitik

Die internationale Entwicklungspolitik wird im Planungszeitraum weiterhin von der Ausrichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele geprägt sein. Der VN-Gipfel im September 2005 war ursprünglich als „Millennium + 5-Gipfel“ der Umsetzung der Millenniums-Erklärung gewidmet gewesen. Durch die Entscheidung, auch die Empfehlungen des *High-Level Panel on Global Threats, Challenges and Change* zur Diskussion zu stellen, wurde der Gipfel thematisch wesentlich ausgeweitet. Neben die Entwicklungsagenda trat eine Reform-Agenda, die vor allem ein Anliegen des Nordens war. Die Ergebnisse des Gipfels wiederholen eine Reihe von etablierten Positionen, ohne dass es zu substantziellen Weiterentwicklungen kommt:

- allgemeines Bekenntnis zur Doha-Entwicklungsagenda, ohne dabei die Verhandlungen beim WTO-Gipfel in Hongkong zu präjudizieren;
- Hinweis auf den EU-Beschluss zur Erreichung des 0,7 %-BNE-Entwicklungsziels und ein Aufruf an andere entwickelte Staaten zur Nachahmung;
- Erwähnung der freiwilligen Maßnahmen zur innovativen Entwicklungsfinanzierung;
- Verweis auf den G-8-Beschluss zur Entschuldung und die Absichtserklärung, weiterführende Maßnahmen für Nicht-HIPC-Länder von Fall zu Fall zu beurteilen;
- Absichtserklärung, auf eine verstärkte Mitwirkung der Entwicklungsländer in den *Bretton Woods* Institutionen hinzuwirken;
- Empfehlungen für eine verbesserte Zusammenarbeit der operationellen Einheiten der VN im Feld.

In regionaler Hinsicht werden die speziellen Bedürfnisse des afrikanischen Kontinents anerkannt sowie in summarischer Weise jene der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs), der kleinen Inselstaaten und der Binnen-Entwicklungsländer.

Wichtige faktische Weiterentwicklungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit brachten der EU-Beschluss zur Erreichung des Entwicklungsziels von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2015 im Europäischen Rat von Juni 2005 sowie die multilaterale G-8 Entschuldungsinitiative, die als „Vorleistungen“ direkt mit der Umsetzung der MDGs und dem Gipfel in Bezug stehen.

Die starke Konzentration auf die Umsetzung der Millenniumsziele darf den Blick nicht darauf verstellen, dass weite Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit nicht direkt von den MDGs erfasst sind, wie etwa Infrastruktur, produktive Kapazitätsentwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Rolle von Energie für die Bekämpfung von Armut und für Entwicklung im weiteren Sinn oder auch die demografische oder menschenrechtliche Dimension von Entwicklung.

Umsetzung der MDGs

Afrika-Fokus

EU-ODA-Entwicklung

Themen

Diesen Phänomenen wird zum Teil durch andere internationale Ereignisse und Initiativen Rechnung getragen. So arbeitet die Europäische Kommission etwa an einer groß angelegten Infrastrukturinitiative für den afrikanischen Kontinent. Die *Global Commission on Migration and Development* hat mit ihrem Bericht vom Oktober 2005 Hintergrundarbeit für einen hochrangigen Dialog zum Thema in der Generalversammlung der VN im September 2006 geleistet. Die Behandlung der HIV/AIDS-Problematik wird in hochrangigen Treffen auch 2006 weitergehen. Das *Human Security Network* arbeitet an einer weiteren Operationalisierung des Konzepts menschlicher Sicherheit, wie es im Reformdokument „*In Larger Freedom*“ von März 2005 des VN-Generalsekretärs bereits reflektiert ist.

Weltbank Es kann erwartet werden, dass die Weltbank sich auch unter ihrem neuen Präsidenten Wolfowitz weiter als Entwicklungsorganisation positioniert, die in manchen Bereichen im direkten Wettbewerb zu VN-Organisationen und Programmen auftreten wird, und zwar sowohl durch die Vergabe von verlorenen Zuschüssen als auch durch die Leistung von technischer Hilfe im engeren Sinne. Die 14. Wiederauffüllung der *International Development Association* für den Zeitraum 2006–2008 erhöhte den *Grant*-Anteil der konzessionellen Instrumente der Weltbankgruppe weiter auf insgesamt 40 %. Die unter Einfluss der Weltbank erstellten nationalen Armutsreduktionsstrategien (*Poverty Reduction Strategy Papers*, PRSPs) werden auch in Zukunft die maßgebliche Orientierung für die Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler Ebene darstellen.

Pariser Erklärung Die internationalen Bestrebungen zur Anhebung der Quantität der EZA werden auch im Planungszeitraum von parallelen Anstrengungen zur Anhebung der Qualität der EZA begleitet werden. Die Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit soll durch nationale Arbeitsprogramme umgesetzt und gemeinsame Fortschritte der Geber- und Partnerländer sollen anhand einer Matrix von Indikatoren aufgezeichnet werden. Das nächste hochrangige Treffen ist für 2008 in Ghana geplant.

Die Schlüsselstellung des afrikanischen Kontinents wird durch die Gesamt-Afrika-Strategie der EU unterstrichen, die es im Berichtszeitraum umzusetzen gilt, sowie durch den *Africa Action Plan* der Weltbank.

EU-Konsensus Im Planungszeitraum 2006–2008 wird auch ein größerer Grad der Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission und jener der EU-Mitgliedstaaten erzielt werden. Die neue entwicklungspolitische Grundsatz-Erklärung der EU, der „Europäische Konsensus“, bezieht sich auf die Entwicklungszusammenarbeit von Kommission und Mitgliedstaaten und soll mit ihren Grundsätzen auch für die EU-Partner gelten. Die OEZA sieht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit und Chance, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Rolle und des entwicklungspolitischen Profils der neuen Mitgliedstaaten der EU zu leisten.

Der Stellenwert der humanitären Dimension in den internationalen Beziehungen wird zunehmend prominenter. Humanitäre Hilfspolitik, die sich mit den Politikbereichen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik überschneidet, ist zu einem wichtigen Instrument der Außenbeziehungen geworden. Katastrophenprävention und die Berücksichtigung von Naturgefahren sollen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Entsprechung des *Hyogo Aktionsplans 2005–2015*, der anlässlich der *World Conference on Disaster Reduction 2005* angenommen wurde, stärker in den nationalen und internationalen Entwicklungspolitiken berücksichtigt werden.

Sicherheit und Entwicklung Die Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Entwicklung treten in den Grundsatzdokumenten und in der Praxis der internationalen Entwicklungszusammenarbeit immer stärker hervor. Dieser Erkenntnis wird durch die Errichtung der neuen VN-*Peace Building Commission* Rechnung getragen. Exemplarisch können auch die Bemühungen zum Aufbau der friedenserhaltenden Kapazitäten der Afrikanischen Union gesehen werden, zu denen die EU über die bisher aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds finanzierte *African Peace Facility* einen wichtigen Beitrag geleistet hat. In den nächsten Jahren wird es um eine Sicherstellung der Finanzie-

rung von sicherheitspolitischen Anliegen der internationalen Gemeinschaft gehen, die deren Eigenart berücksichtigt und nicht zulasten von allgemeinen entwicklungspolitischen Ansätzen gehen darf.

Im Prozess der Annäherung der Staaten Südosteuropas an die EU werden wichtige neue Entwicklungen stattfinden.

Das geplante neue Vorbeitrittsinstrument der EU (IPA – *Instrument for Pre-Accession Assistance*) soll die bisherigen Beitrittsinstrumente PHARE, CARDS, SAPARD und auch das Heranführungsinstrument für die Türkei in einem Instrument zusammenfassen und ab 2007 ersetzen. Zweck dieser Harmonisierung der finanziellen Instrumente ist eine Stärkung der Effektivität der gemeinschaftlichen Außenhilfe für die Staaten des Westbalkans und die Türkei. Die vorgesehene Trennung von Mittelzuweisungen für Kandidatenstaaten (derzeit nur Kroatien und die Türkei) und solchen, welche diesen Status noch nicht erreicht haben, birgt jedoch die Gefahr, dass die in ihrer Annäherung an die Union am weitesten entfernten Staaten benachteiligt werden.

IPA

Angesichts der Suspendierung Ende Juli 2006, die der Doha-Runde der WTO folgte, ist schwer abzuschätzen, wie sich der Welthandel im Berichtszeitraum entfalten und welche Auswirkungen dies auf die Entwicklungsanstrengungen haben wird.

WTO

Die Entschuldungsstrategie HIPC, die Österreich mitträgt, wird während des Planungszeitraums weiter umgesetzt werden. Erwartete Entschuldungen von Irak, Kamerun und insbesondere Nigeria werden im Planungszeitraum für Österreich ODA-relevant werden.

HIPC

2. Kontext: Österreichische Außenpolitik

Die OEZA ist eine wichtige Dimension der österreichischen Außenbeziehungen. Sie soll verstärkt Synergien mit außenpolitischen und außenwirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen nützen bzw. schaffen.

Synergien

Österreich trägt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die großen internationalen Weichenstellungen für die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit mit. Dies gilt insbesondere für die Millenniumsziele und Ergebnisse anderer großer VN-Konferenzen, für die im Rahmen der EU erarbeiteten inhaltlichen Prioritätensetzungen wie die EU-Aktionspläne zu Klimawandel und Biodiversität sowie für die Grundsätze der OECD hinsichtlich der Abwicklung von EZA. Hier arbeitet die OEZA in Abstimmung mit der außenpolitischen Fokussierung Österreichs eng mit den neuen Mitgliedstaaten der EU, insbesondere unseren Nachbarstaaten, zusammen. Österreich hat diesem Faktum auch als EU-Vorsitz 2006 gezielt Rechnung getragen (nähere Ausführungen zu diesen Punkten finden sich in den Kapiteln 3.3, 6. und 7.1).

In Südosteuropa agiert die OEZA stets im Kontext der europäischen Integration und der außenpolitischen Zielsetzung Österreichs, die Länder auf ihrem Weg zur vollen Einbindung in die europäischen Strukturen zu unterstützen.

Synergien mit der österreichischen Außenwirtschaft werden durch den Programmbereich „Wirtschaft und Entwicklung“, für den Leitlinien ausgearbeitet wurden, die im Planungszeitraum zur Anwendung kommen (siehe Kapitel 4.2.6), sowie durch die verstärkte Einbindung österreichischer Unternehmungen in die Auftragsvergabe internationaler Entwicklungsinstitutionen angestrebt. Zur Operationalisierung dieser Zielsetzung wurde mit dem BMWA eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen der Internationalisierungsoffensive (IO) unterzeichnet. Diese Kooperationsvereinbarung hat u. a. zum Ziel, die Interessen der österreichischen Wirtschaft stärker zu berücksichtigen und die Potenziale der österreichischen Wirtschaft im Rahmen der EZA besser zu nutzen.

Budgetziele

Der Stellenwert und das Profil der OEZA in der österreichischen Außenpolitik wird im Planungszeitraum 2006–2008 maßgeblich von der aktiven Umsetzung des im EU-Rahmen anvisierten Ziels bestimmt, die ODA-Leistungen bis zum Jahr 2010 auf 0,51 % anzuheben und für 2015 0,7 % zu erreichen. Die Umsetzung dieser von Österreich international eingegangenen Verpflichtung könnte – insbesondere nach Auslaufen der HIPC-Entschuldungen bis ca. 2008 – eine substanzielle Anhebung der programmierbaren EZA-Mittel bedeuten. Auch im Kontext der Mittelanhebung wird Österreich seine Konzentrationsbestrebungen in thematischer und inhaltlicher Weise fortsetzen, wie dies von der letzten DAC *Peer Review* des Jahres 2004 empfohlen wurde. *Hinweise auf Peer Review-Empfehlungen bzw. österreichische Umsetzungsbemühungen sind durch das Symbol ✓ gekennzeichnet.* Dabei wird die Länderprogrammierung – die derzeitige Liste der österreichischen Schwerpunktländer wird beibehalten – durch eine komplementierende Regionalprogrammierung unterstützt. Zeitlich befristete, humanitär bedingte Engagements – wie in Sri Lanka nach dem Tsunami des Dezember 2004 – sind nicht planbar und folgen Ad-hoc-Rahmenbedingungen.



In dem Ausmaß, in dem zusätzlich ODA-Mittel verfügbar werden, können diese auch für eine Anhebung der österreichischen Beiträge zu den VN-Entwicklungsorganisationen zumindest auf EU-Durchschnitt verwendet werden. Dadurch soll auch eine sichtbare Unterstützung des politischen Ziels der Kandidatur Österreichs für den Sicherheitsrat 2009/10 geleistet werden. Auf die Stärkung des Amtssitzes Wien wird dabei entsprechend Bedacht genommen werden. Im bilateralen Bereich ermöglichen zusätzliche Mittel den vorsichtigen Einstieg in neue Modalitäten der Abwicklung von EZA – wie die sektorielle Budgethilfe (siehe Kapitel 4.2.1) – und die Zusammenarbeit mit der österreichischen Wirtschaft. Dies wird den Aufbau neuer Kapazitäten in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht – etwa im Bereich der Makroökonomie, Finanzwissenschaft und Entwicklungsökonomie – erfordern.

Politikdialog mit NRO

Der graduelle Einstieg in neue Formen der Abwicklung der EZA wird die bedeutende Rolle der österreichischen und lokalen NRO in der Programm-Umsetzung nicht beschneiden. Für die österreichischen NRO bleiben darüber hinaus der Politikdialog mit den Regierungsstellen, der – wie 2005 – auch weiterhin seitens des BMaA durch regelmäßige Treffen gepflegt werden wird, sowie entwicklungspolitische Anwaltschaft im Allgemeinen wichtige Arbeitsfelder. Neue Arbeitsfelder erschließen sich für die österreichischen NRO im Zusammenhang mit dem Aufbau von EZA-Strukturen in den neuen EU-Mitgliedstaaten sowie im Hinblick auf die Notwendigkeit, in Partnerländern funktionsfähige Zivilgesellschaften aufzubauen.

**OEZA-Leitlinien
Menschenrechte**

Die von der österreichischen Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Ursula Plassnik, in besonderer Weise aufgegriffene Dimension der Rechtsstaatlichkeit (*rule of law*), die bereits jetzt in zahlreichen Länderprogrammen inkorporiert ist, wird durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem in Wien angesiedelten Programm der VN zur Verbrechensverhütung sowie mit anderen geeigneten multilateralen Organisationen wie UNDP noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Regionale Schwerpunkte in dieser Thematik werden im Südkaukasus sowie in Zusammenarbeit mit der Regionalorganisation ECOWAS in Westafrika gesetzt. Der letztgenannte Schwerpunkt wird es auch erlauben, dem von Österreich aktiv politisch unterstützten Konzept der menschlichen Sicherheit und dem österreichischen Engagement in den Konferenz-Aktivitäten des *Human Security Network* durch konkrete Programme bzw. Projekte verstärktes Gewicht zu verleihen. *Im Text des Dreijahresprogramms wird das Symbol 📖 immer wieder auf Programmdimensionen verweisen, die die Rechtsstaatlichkeit fördern sollen.*



Ruanda

RECHTSSTAATLICHKEIT, ZUGANG ZUR JUSTIZ, FAIRES VERFAHREN

Die Organisation *RCN Justice et Démocratie* ist seit 1998 mit Schwerpunkt auf Unterstützung des Justizsystems in Ruanda tätig. Ein breiter Zugang zur Justiz, gerade für arme Bevölkerungsgruppen, und die Garantie eines fairen Verfahrens sind dabei für das Vertrauen in funktionierende staatliche Strukturen essenziell. Hauptziel des von der OEZA geförderten Projekts ist es, die Prozessdauer der mit dem Genozid in Zusammenhang stehenden Strafverfahren zu verkürzen. Die Bestrafung der Täter ist eine wichtige Voraussetzung und Teil eines langfristigen Prozesses, um den sozialen Frieden in Ruanda wiederherzustellen. Noch immer warten ca. 100.000 Verdächtige in den überfüllten Gefängnissen auf ihre Verfahren. Oftmals sind die ruandischen Gerichte nicht in der Lage, ein Minimum an Qualität in diesen Verfahren sicherzustellen. Humane Gefängnisbedingungen, objektive Behandlung der Klagen, Anti-Korruptionsmaßnahmen im justiziellen Bereich und eine angemessene Prozessdauer stellen wichtige Bestandteile von *equity* im Kampf gegen die Straflosigkeit und zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit dar.

Die von der österreichischen Außenministerin Plassnik ebenso hervorgehobene Bedeutung der *Gender-Gleichstellung* wird in allen Aktivitäten der EZA als Querschnittsmaterie systematisch umgesetzt. Die spezifische Rolle von Frauen in Post-Konfliktsituationen, die Eindämmung von Gewalt gegen Frauen einschließlich traditioneller Praktiken, medizinische Hilfe und Hilfe beim Aufbau von funktionierenden Wirtschaftsstrukturen auf Mikroebene sowie politische Partizipation sind entwicklungs- und außenpolitische Handlungsfelder für Gleichheit und Nichtdiskriminierung von Frauen. *Auf Dimensionen der Gender-Gleichstellung wird im nachfolgenden Text durch das internationale Frauen-Zeichen ♀ hingewiesen.*

OEZA-Gender-Leitlinien



Äthiopien

GESUNDHEIT UND KÖRPERLICHE INTEGRITÄT ALS MENSCHENRECHT

Die *Afar Pastoralist Development Association (APDA)* ist eine lokale NRO in der Region Afar in Nordost-Äthiopien. APDA bildet mobile Gesundheitsteams, bestehend aus GesundheitsarbeiterInnen, mobilen SozialarbeiterInnen (Women Empowerment Workers, WEW) und traditionellen Geburtshelferinnen, für die Arbeit mit der nomadischen Bevölkerung aus. Im Projekt wird die Arbeit von 24 der etwa 50 MitarbeiterInnen von APDA weltweit finanziell unterstützt, dazu kommen noch Ausrüstung und Trainingskosten. Nomadische Afarfrauen werden in Hygiene und Ernährungslehre unterrichtet, bilden traditionelle Geburtshelferinnen aus und überwachen deren Arbeit und klären die Frauen und Männer über die negativen Folgen der weiblichen Genitalbeschneidung (*female genital mutilation, FGM*) und anderer schädlicher traditioneller Praktiken auf. Zusätzlich unterstützt das Projekt Dorfseminare zur Bekämpfung von FGM und von anderen schädlichen traditionellen Praktiken. Dazu wird u. a. der von Österreich finanzierte Film „*Cutting Edge*“ über FGM als Diskussionsgrundlage zur Verletzung des Rechtes auf Gesundheit und eines „ganzen Körpers“ gezeigt. Die Arbeit der WEW führt zu direkten Verbesserungen im Gesundheitszustand der betreuten Familien, hilft die Mütter- und Kindersterblichkeit einzudämmen, den allgemeinen Wissensstand zu Gesundheitsfragen und Ernährung zu verbessern und hat Vorbildwirkung zur Rolle der Frau in den betroffenen Gebieten.

**OEZA-Leitlinien
Friedenssicherung und
Konfliktprävention**

Entwicklungspolitische Initiativen im Bereich der Konfliktprävention und Friedenssicherung, für die Leitlinien ausgearbeitet wurden, sollen in Zukunft konsequent mit politischen Aktivitäten einhergehen, um den größtmöglichen Wirkungsgrad der österreichischen Maßnahmen zu erzielen. Starke Synergien bestehen in diesem Zusammenhang in Südosteuropa (siehe Kapitel 3.2.6). Konkrete Schritte zur Erhöhung des österreichischen Engagements in der Region stellen die neuen Koordinationsbüros/Außenstellen in Podgorica/Montenegro, wo durch eine Büro-Gemeinschaft mit Ungarn die enge Zusammenarbeit im Rahmen der von Österreich außenpolitisch priorisierten Regionalen Partnerschaft dokumentiert wird, und in Chisinau/Moldau dar. Ein Regionalkonzept für die Region Südkaukasus mit Schwerpunktsetzung auf Konfliktprävention, Friedenssicherung und *rule of law* ist in Ausarbeitung.

Das Zusammenwirken zwischen BMAA und ADA wird im Planungszeitraum weiterentwickelt werden, wobei vor allem durch die Ausarbeitung von Leitlinien in wichtigen thematischen Bereichen klare Vorgaben für die Programm- und Projektarbeit geschaffen werden (siehe Kapitel 4.2).

Koordination und Kohärenz

Die für die bilaterale Abwicklung durch die ADA budgetierten EZA-Gelder und die direkt beim BMAA budgetierten Beiträge zu multilateralen Entwicklungsorganisationen der VN stellen bekanntlich nur einen Teil der österreichischen Gesamt-ODA dar. Das BMAA pflegt den regelmäßigen Kontakt und Meinungsaustausch mit anderen Ressorts sowie den Ländern und Gemeinden bezüglich der Budgetierung und Programmierung relevanter Finanzmittel und versucht, auf diese Weise größtmögliche Kohärenz in den österreichischen ODA-Leistungen zu erreichen.

Dem BMAA kommt weiters aufgrund des Kohärenz-Gebots des EZA-Gesetzes die Aufgabe zu, die entwicklungspolitischen Anliegen der Bundesregierung auch in anderen Politikbereichen zu vertreten. Das BMAA wird daher weiter bemüht sein, in verschiedener Weise die Kohärenz zwischen relevanten Politikbereichen – insbesondere Handel und Entwicklung, Wirtschaft, Landwirtschaft und Nachhaltigkeit, Wissenschaft und Bildung, *Good Governance* und Sicherheit – zu fördern, nicht zuletzt durch das regelmäßige Zusammentreten einer 2005 ins Leben gerufenen interministeriellen Gruppe (siehe Teil III).

Nach entsprechender Abstimmung mit dem Gesundheitsressort wird das BMAA im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten bemüht sein, Grundexpertise im Bereich HIV/AIDS aufzubauen, da die Thematik international weiterhin von großer entwicklungspolitischer Relevanz sein wird. Da Gesundheit kein thematischer Schwerpunkt der bilateralen OEZA ist, wird die österreichische Gebersolidarität zu HIV/AIDS über die Mitwirkung an VN-Spezialprogrammen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel ausgeübt werden.

Die Darstellungen zu der Arbeit der internationalen Finanzinstitutionen sowie zu Ernährungssicherheit im vorliegenden Dreijahresprogramm wurden dankenswerterweise von den zuständigen Ressorts – BMF und BMLFUW – zur Verfügung gestellt.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der genannten Ziele der OEZA sowie eine offene Diskussion mit der interessierten Zivilgesellschaft in Österreich sind Anliegen der Öffentlichkeits- und Inlandsarbeit der OEZA. Schwerpunkte werden die Mitwirkung Österreichs an der multilateralen Entwicklungspolitik, das Thema menschliche Sicherheit, die Vermittlung der zentralen Rolle von Frauen im Entwicklungsprozess, aber auch der Ausbau und die Förderung von Kommunikationsbeziehungen im Rahmen von „Harmonisierung und Anpassung“ sein.

3. Geografische Prioritäten der bilateralen OEZA

3.1 Fokussierung

Die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit verlangt Arbeitsteilung und Komplementarität. Die OEZA wird daher, wie vom DAC der OECD empfohlen, im Planungszeitraum an der geografischen Konzentration festhalten.

Konzentration auf die ärmsten Länder

3.2 Grundsätze

Mit der geografischen Schwerpunktbildung strebt die OEZA im Zeitraum 2006–2008 folgende Ziele an:

- weitere Präzisierung der geografischen Reichweite (Schwerpunktregionen, Schwerpunktländer),
- Definition der beabsichtigten Dauer des OEZA-Engagements (ad hoc, kurz- oder langfristig),
- Angleichung der formalen und organisatorischen Standards der OEZA (Logistik des *Project Cycle Management*, Vereinbarungen, Verträge etc.),
- systematische Nutzung des Mehrwerts von Erfahrungen und Leistungskapazität der OEZA in Schwerpunktregionen und -ländern,
- Förderung der Präsenz der OEZA durch kumulativen Einsatz verschiedener Instrumente der Zusammenarbeit.

Abgestimmt mit der geografischen Prioritätensetzung wird die OEZA jeweils gemeinsam mit ihren Partnern ausgewählte thematische Schwerpunkte setzen, die den Intentionen des EZA-Gesetzes und spezifischen österreichischen Stärken und Interessen entsprechen.

Die Programme werden meist über einen Zeithorizont von drei Jahren laufen, jedoch immer mit einer längerfristigen Perspektive ausgestattet sein. Zentral für dieses Anliegen der OEZA ist eine adäquate budgetäre Vorsorge, die in Form einer „rollenden Planung“ flexibel gehandhabt wird.

Die OEZA wird geografische Schwerpunkte wie bisher in Form von bilateral vereinbarten Programmen mit Schwerpunktländern umsetzen. Neu gestaltet wird die regionale Schwerpunktsetzung der OEZA.

3.2.1 Schwerpunktländer der OEZA

Gemäß den Zielen und Prinzipien des EZA-Gesetzes setzt die OEZA in Schwerpunktländern ihre Instrumente und Verfahren konzentriert ein. Im Planungszeitraum 2006–2008 werden keine neuen Schwerpunktländer ausgewählt.

Kriterien der Zusammenarbeit

Für die Schwerpunktländer gilt:

- Jedes Zusammenarbeitsprogramm baut auf gründlicher analytischer Kenntnis der entwicklungspolitischen Situation des Landes auf. Die OEZA stellt ihre Kooperationsabsicht mit dem Land in Form von Grundsatzdokumenten dar (Landesprogramm).
- Die OEZA berücksichtigt regionale Bezüge, die Einfluss auf die Entwicklung des Landes haben.
- Die OEZA engagiert sich langfristig, akkumuliert entsprechende Erfahrungen.
- Ziel der OEZA ist es, berechenbare partnerschaftliche Beziehungen zu pflegen. Synergien mit anderen Formen der Zusammenarbeit werden ermutigt und unterstützt.
- Bilaterale periodische Konsultationen münden in mittelfristige indikative Programmvereinbarungen. Mit Partnern gemeinsam gestaltetes Monitoring und Evaluierung der Leistungen sind die Regel.

- Die OEZA respektiert und betont die Eigenverantwortung der Partner (*Ownership*) und erbringt bilaterale Leistungen komplementär zu deren Anstrengungen im Einklang mit anderen Entwicklungspartnern, speziell abgestimmt mit der Europäischen Union.
- Die OEZA setzt auf der Grundlage von Teilprogrammen (Regionalentwicklungsprogramme, Landesektorprogramme, Programm- und Budgethilfen) ein breites Spektrum von Instrumenten und Verfahren sowie Finanzierungs- und Kooperationsformen ein.
- Die OEZA ist logistisch im Land präsent (ÖB, KOBÜ) und kann auf konzentrierte *Backstopping*-Strukturen in Österreich zurückgreifen.

Liste der Schwerpunktländer

Folgende Länder werden in Fortschreibung der bisherigen Praxis im Zeitraum 2006–2008 in diese Gruppe fallen:

- Nicaragua,
- Kap Verde, Burkina Faso,
- Äthiopien, Uganda,
- Mosambik,
- Bhutan,
- Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien (inklusive Kosovo) und Montenegro,
- Palästinensische Gebiete,
- Moldau.

3.2.2 Schwerpunktregionen der OEZA

Kriterien der Zusammenarbeit

Die OEZA sieht die Zusammenarbeit mit Schwerpunktländern in einem regionalen Kontext, der durch entwicklungspolitisch ähnliche Fragestellungen gekennzeichnet ist. Die OEZA wird daher Synergien ausloten, die zur Lösung entwicklungspolitisch relevanter Probleme einer Region beitragen. Politisch und wirtschaftlich stabilisierende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung treten in den Vordergrund.

Damit sind folgende Erwartungen verbunden:

- Die OEZA bringt eigene bilaterale Erfahrungen komplementär zu den Aufgaben regionaler Institutionen ein.
- Die OEZA unterstützt damit langfristige Prozesse regionaler Zusammenarbeit und Integration. Sie fördert daher institutionelle Süd-Süd-Kooperationen und Netzwerke und regionalen Erfahrungsaustausch im Hinblick auf Entwicklung oder Verbreitung innovativer Problemlösungen.
- Prioritär werden Maßnahmen zu Entwicklungsproblemen unterstützt, die ohne regionalen Bezug nicht nachhaltig gelöst werden könnten.
- Die Umsetzung erfolgt in Form von thematischen Teilprogrammen. Derzeit laufende Projekte, die außerhalb des künftigen Profils der OEZA in der Region stehen, werden nach Möglichkeit in Programme anderer Geber eingebunden.
- Die Erarbeitung und Umsetzung regionaler Programme erfordert das vernetzte Zusammenwirken der Vorortstrukturen (ÖB, KOBÜ) mit den Zentralstellen (BMaA–Sektion VII, ADA), bilateralen und multilateralen Partnern.
- In die Entwicklung der Regionalprogramme werden Erfahrungen in den bisher als „Kooperationsländer der Entwicklungszusammenarbeit“ bezeichneten Ländern einbezogen.

Die OEZA wird im Zeitraum 2006–2008 in folgenden Regionen aktiv:

- Zentralamerika,
- Westafrika/Sahel,
- Ostafrika,
- Südliches Afrika,
- Himalaya-Hindukush,
- Südosteuropa/Westbalkan,
- Südkaukasus.

Liste der
Schwerpunktländer

3.2.3 Globale Instrumente mit spezifischen Richtlinien

Darüber hinaus gelangen globale Instrumente mit spezifischen Richtlinien auf den Gebieten Wirtschaft und Entwicklung, Bildungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, NRO-Kofinanzierung und Minenaktionsprogramm, wenn auch anteilmäßig beschränkt, weltweit zur Anwendung (vergleiche Kapitel 3.3.1, OEZA-Instrumente (Übersicht)).

3.2.4 Befristete OEZA-Engagements/Sonderprogramme

Die OEZA nimmt an aktuellen Anliegen der internationalen Gebergemeinschaft Anteil, ohne zu beabsichtigen, überall mittel- oder langfristig eigene bilaterale Programme einzurichten.

Der Bezug zum Kernprogramm der OEZA steht hier nicht im Vordergrund, sondern die Mitgestaltung entwicklungspolitisch besonders sinnvoller Initiativen. Eigene logistische Strukturen der OEZA werden dafür, auch aus Budgetgründen, nicht eingesetzt. Bilaterale Leistungen in diesem Rahmen werden in der Regel über multilaterale Institutionen oder Programme abgewickelt und mittelfristig begrenzt (Laufzeit 2 bis 3 Jahre).

Für den Zeitraum 2006–2008 bereits geplant ist das Engagement der OEZA in **Afghanistan**.

3.2.5 Übergangsregelungen

Auslaufende Kooperationen der OEZA mit Ländern wie Costa Rica, Pakistan, Bulgarien, Rumänien und Kroatien werden aufgrund von bestehenden Projektverpflichtungen im Programmrahmen des Dreijahresprogramms angeführt. Die Programme und Projekte in Ländern, welche im Rahmen der OEZA bisher als „Kooperationsländer“ bezeichnet wurden, gehen entweder thematisch in Regionalprogramme ein oder es werden alternative Finanzierungsmöglichkeiten gesucht.

3.3 Umsetzung

3.3.1 Programmentwicklung

Die Federführung für die Entwicklung von Regional- und Landesprogrammen wird von der Sektion VII des BMaA wahrgenommen. Dabei sind Fragen der Kohärenz des Programms mit außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Aspekten zu prüfen, die Koordination mit anderen Ressorts und Gebietskörperschaften zu beachten.

Eine flexible Koordinationsstruktur in Form von Länder- bzw. Regionalteams vernetzt die Arbeit des BMaA und der ADA sowie von österreichischen Vertretungsbehörden und Koordinationsbüros der Entwicklungszusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Partnerländer und relevanten Entwicklungspartnern.

OEZA-Instrumente der geografischen Schwerpunktsetzung (Übersicht)		
Geografische Reichweite	Grundsatzdokumente	Vereinbarungen mit Partnern
Schwerpunktland der OEZA	Landesprogramm	Indikative Kooperationsprogramme
		Periodische bilaterale Konsultationen
	Innerstaatliche Regionalentwicklungsprogramme	Bilaterale Abkommen
	Landessektorprogramme	Bilaterale Abkommen
	Programm- und Budgethilfen	Bilaterale Abkommen
	Projekte	Projektdurchführungsverträge
Schwerpunktregion der OEZA	Regionalprogramm	Vereinbarungen mit relevanten Regionalorganisationen
	Thematische Teilprogramme	
Globale Instrumente mit spezifischen Richtlinien: <ul style="list-style-type: none"> ■ Wirtschaft und Entwicklung ■ Bildungszusammenarbeit ■ Humanitäre Hilfe ■ NRO-Kofinanzierung ■ Minenaktionsprogramm 	Leitlinien	Projektverträge
Befristetes OEZA-Engagement	Sonderprogramm	
	Projekte	Projektdurchführungsverträge

3.3.2 Programm der Südzusammenarbeit

Zentralamerika

Die OEZA unterstützt die Bestrebungen der wirtschaftlichen und sozialen Integration in der Region Zentralamerika. Die Bemühungen der Länder um eine wirtschaftliche Integration verzeichnen punktuelle Erfolge. Die soziale Situation ist nach wie vor geprägt von extrem ungleicher Einkommensverteilung sowie sozialer, ethnischer und religiöser Benachteiligung (z. B. indigene Bevölkerungsgruppen, Minderheiten, wirtschaftlich und sozial ausgegrenzte Randgruppen, Flüchtlinge). Die besondere entwicklungspolitische Herausforderung für die nächsten Jahre bleibt somit die Armutsminderung. Ein umfassendes Regionalprogramm (Nicaragua, Guatemala, El Salvador) ist in Ausarbeitung und wird 2006 vorliegen.

Im Vorfeld des österreichischen EU-Vorsitzes hat die OEZA mit dem Dialogprogramm „Real 2006“ einen bi-regionalen Prozess initiiert, der im Frühjahr 2006 in Wien abgeschlossen wurde.

Die OEZA hat 2005 mit der Aufnahme bilateraler Konsultationen mit der Regierung von **Nicaragua** einen neuen Akzent gesetzt. Die Zusammenarbeit auf staatlicher und NRO-Ebene in den Bereichen Soziales (Bildung, Gesundheit, Wasser), ländliche Entwicklung sowie Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe wird fortgeführt. Nicaragua ist Pilotland im Rahmen des vom DAC der OECD initiierten Dialogs der internationalen Entwicklungspartner zu Harmonisierung und Anpassung der EZA.

Alle Länderprogramme im Volltext abrufbar unter: www.aussenministerium.at/oeza

Dialog EU-LATAM; www.real2006.net

MDG 1, 3, 5-8

Nicaragua

SEKTOR GESUNDHEIT – SWAP

Die OEZA hat 2005 zur Unterstützung der nationalen Gesundheitsstrategie in Nicaragua erstmals in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium und anderen Gebern (Schweden, Finnland, Niederlande und der Weltbank) einen Beitrag zum nicaraguanischen Sektorprogramm Gesundheit geleistet. Für einen Zeitraum von drei Jahren wird die OEZA den Sektorweiten Ansatz (SWAP) mit einem Beitrag von 2,5 Mio. Euro mitfinanzieren.

Afrika

Die OEZA unterstützt Bestrebungen der EU, eine kohärente Afrikapolitik zu definieren und umzusetzen. Die bilaterale OEZA sieht darin ein prioritäres Anliegen der OEZA insgesamt und unterstützt dieses mit konvergenten und komplementären Programmen. Besonderes Augenmerk wird auf mögliche Synergien mit den EU-Initiativen im Energie-, *Governance*- und Infrastrukturbereich gelegt werden.

Die Zusammenarbeit mit überregionalen Institutionen Afrikas, vor allem AU, NEPAD, der Afrikanischen Entwicklungsbank und regionalen Organisationen wie etwa ECOWAS und SADC, soll intensiviert werden.

Aus dieser grundsätzlichen Orientierung und den Erfahrungen in OEZA-Programmen mit Schwerpunktländern ergeben sich u. a. folgende thematische Ansätze:

- Basisinfrastruktur wie Wasserversorgung, Siedlungshygiene und erneuerbare Energie,
- angepasste nachhaltige Produktion wie organische Landwirtschaft und innovative Vermarktung,
- *Good Governance*, insbesondere Dezentralisierung und Verwirklichung der Menschenrechte,
- Konfliktprävention und Friedenssicherung,
- Privatsektorentwicklung,
- Kapazitätenentwicklung von Institutionen und Bildung.

Afrika-Fokus

Regionalansatz

Themen

Ansätze für eine stärkere Einbindung der österreichischen Wirtschaft in diesem Bereich bietet z. B. die Initiative „Go Afrika“, in deren Rahmen österreichische Wirtschaftstreibende ihre Expertise dafür einsetzen, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Programmländern voranzutreiben.

Afrika gesamt

MDG 1 und 3



DEZENTRALISIERUNG UND LOCAL GOVERNANCE

Dem in allen Regionen Afrikas, in denen die OEZA tätig ist, relevanten Ansatz der Dezentralisierung und lokalen Entwicklung wird seit der Neuorientierung entwicklungspolitischer Strategien in den 90er Jahren vermehrt Beachtung geschenkt. Auch sind diese Prozesse eine der wesentlichen Voraussetzungen zur Umsetzung von nationalen PRSPs. Im Rahmen des Afrikaprogramms der OEZA ist dieses Thema mittlerweile in allen Regionen verankert, womit u. a. der Überlegung Rechnung getragen wird, dass die Stärken und komparativen Vorteile eines kleinen Gebers durch konzentrierte Schwerpunktsetzungen auf Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene am besten zur Geltung kommen. Die OEZA betrachtet Dezentralisierung in erster Linie als nationalen Prozess, mit dem nicht nur eine Verlagerung staatlicher Funktionen auf die lokale Ebene erfolgt, sondern gleichzeitig eine Stärkung dezentraler Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen sowie deren Befähigung zur Gestaltung von Entwicklungsprozessen verbunden ist. Dies kann nach dem verbindlichen Prinzip der Partizipation nur im Zusammenwirken mit anderen Institutionen der zivilen Gesellschaft sowie der lokalen Bevölkerung geschehen.

Eine Förderung der Dezentralisierung dient dem Aufbau demokratischer Strukturen und Verfahren, bezweckt ein verbessertes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und ist aufgrund gesteigerter Akzeptanz und Identifikation auf eine Erhöhung der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Das Thema Dezentralisierung und lokale Entwicklung ist immer auch mit den Aspekten der Kapazitätsentwicklung und des *Empowerment* verknüpft.

Beispiele eines diesbezüglichen, immer an die jeweiligen Standort- und Rahmenbedingungen ausgerichteten österreichischen Engagements sind die zum Teil multi-sektoriellen Programme in Sofala/Mosambik, Nord Gondar/Äthiopien oder Kisoro/Uganda, in denen sowohl Maßnahmen des Aufbaus und der Förderung von Institutionen, vor allem in Form von Planungsunterstützung und Managementtraining, mit solchen auf technisch-operationeller Ebene verbunden werden.

Westafrika-Sahel

Das mit **Burkina Faso** vereinbarte „Indikative Kooperationsprogramm 2005–2007“ wird wie vorgesehen umgesetzt. Mit **Kap Verde** wird ein Landesprogramm für 2006–2008 fortgeschrieben, welches auf die geänderten Rahmenbedingungen (Auslaufen des LDC-Status) eingeht. Auf regionaler Ebene wird der Austausch von Erfahrungen der OEZA zu den Themen Konfliktprävention, nachhaltige Landwirtschaft, lokale Entwicklungsmodelle und Berufsbildung fortgesetzt. Multilaterale Initiativen (UNDP) werden neu aufgegriffen, die Arbeitskontakte zu regional wirksamen Institutionen verstärkt.

MDG 1, 3, 4, 5, 7
MDG 2 und 7

Kap Verde

BILDUNGSFONDS

Im Rahmen dieses Vorhabens werden in den ländlichen Gegenden der Insel Santiago in Koordination und Zusammenarbeit mit den Gemeinden, lokalen Institutionen und NRO berufliche Grundausbildungskurse sowie Alfabetisierungskurse angeboten. In den einzelnen Ausbildungsangeboten werden berufliche Basiskenntnisse, aber auch Themen wie Buchhaltung, *Gender* und Umwelt behandelt. Damit soll den aus sozial benachteiligten Gruppen kommenden TeilnehmerInnen eine Möglichkeit eröffnet werden, längerfristige Arbeit zu finden oder über Eigeninitiative Kleinunternehmen im formellen oder informellen Sektor zu gründen. In den handwerklichen Berufsausbildungskursen bekommen die TeilnehmerInnen, die die Kurse erfolgreich abschließen, auch eine handwerkliche Basisausstattung in Form von Werkzeugen zur Verfügung gestellt. Die Mehrzahl der TeilnehmerInnen im Rahmen der Alfabetisierung ist weiblich, was mit der traditionellen und teilweise immer noch vorhandenen Benachteiligung von Frauen im Rahmen des Bildungssystems zu tun hat.

Ostafrika

Das Landesprogramm mit **Äthiopien** 2004–2006 wird planmäßig umgesetzt. Die Fortschreibung für die Jahre 2007–2009 wird vorbereitet. Ein Landesprogramm der OEZA mit **Uganda** 2006–2008 wird fortgeschrieben. Der Abschluss eines weiteren Indikativen Landesprogramms Österreich – Uganda ist vorgesehen. Sektorielle Budgethilfe und Beiträge zu gemeinsamen Initiativen mehrerer Geber sollen ausgebaut werden.

MDG 1, 3-7

MDG 1, 3, 4, 5, 7

Regionale Themenschwerpunkte sind Wasser- und Siedlungshygiene, Demokratie (mit besonderer Berücksichtigung von Dezentralisierung, lokalem Rechtswesen, Rechtshilfe und Menschenrechten), Kapazitätsentwicklung, Konfliktprävention und Friedenssicherung. Regionale Integration wird verstärkt beachtet werden. Die OEZA wird Querverbindungen zu Programmen, die sich aus der „Große Seen Konferenz“ ergeben, aufgreifen.

Uganda

WASSERSEKTOR

Die OEZA unterstützt seit dem Jahr 1997 die Wasserver- und -entsorgung der im umkämpften Norden gelegenen Stadt Kitgum. Zunächst wurde das ursprüngliche Wasserversorgungssystem der Stadt wiederhergestellt und mit dem Aufbau einer selbst tragenden Struktur für den Betrieb und die Verwaltung begonnen. Anschließend wurde der Anschluss mehrerer öffentlicher Einrichtungen außerhalb des Stadtzentrums (Spital, Schulen, Internate) an dieses Wasserversorgungssystem gefördert. Im weiteren Verlauf begann man damit, die Siedlungshygiene der EinwohnerInnen im Sinne der Prinzipien von *Ecological Sanitation* (EcoSan) zu verbessern. Im Rahmen der derzeit laufenden Phase soll die Wasserversorgung der Stadt v. a. durch eine Unterstützung des Betriebs im *Operations & Maintenance*-Bereich stabilisiert werden. Ferner ist die Implementierung eines *Photovoltaic-Pumping*-Systems zur Sicherstellung eines konstanten Wasserangebots für die Bevölkerung von Kitgum vorgesehen, was unabhängig von der Sicherheitssituation in Norduganda möglich ist und die Abhängigkeit einer Versorgung der Stadt mit Strom und/oder Diesel für Generatoren und Pumpen zu beseitigen hilft.

MDG 7



Südliches Afrika

MDG 1, 3 - 5, 7 Die Zusammenarbeit mit dem Schwerpunktland **Mosambik** wird durch ein Landesprogramm 2006–2008 fortgeschrieben. Die OEZA beabsichtigt, zum Instrument der Budgethilfe im Einvernehmen mit der internationalen Gebergemeinschaft beizutragen.

Thematischer Schwerpunkt im Südlichen Afrika ist die Förderung lokaler/regionaler Entwicklungspläne. Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung sowie die Stimulierung lokaler Wirtschaftskreisläufe verbinden Armutsminderung mit der Entwicklung demokratischer Basisstrukturen.

In ausgewählten Provinzen/Bezirken liegt das Augenmerk auf:

- Kapazitätsentwicklung der lokalen dezentralen staatlichen Verwaltung und einem *Empowerment* der zivilen Bevölkerung zur Ausarbeitung integrierter Entwicklungspläne,
- Umsetzung ausgewählter Teilbereiche der lokal ausgearbeiteten und abgestimmten Entwicklungspläne wie Basisinfrastruktur, Wasser, Landnutzungsrechte, Jugendgerichtsbarkeit, Repräsentanz von Frauen in öffentlichen Funktionen und erneuerbare Energie,
- Konfliktprävention als lokales Querschnittsthema.

Eine aktive Teilnahme der OEZA am gemeinsamen entwicklungspolitischen Dialog zwischen den nationalen und dezentralen Verwaltungen sowie regionalen Strukturen wie SADC oder NEPAD, der internationalen Gebergemeinschaft sowie der Prozess von Harmonisierung und Anpassung stellen für die Programmierung im Südlichen Afrika 2006–2008 wesentliche Herausforderungen dar.

Die Zusammenarbeit mit SADC und dem NEPAD-Sekretariat in Pretoria soll anknüpfend an die Unterstützung von regionalen Transportstrategien verstärkt werden.

Mosambik

MDG 1 und 3



DISTRIKT- UND MUNIZIPALENTWICKLUNG IN SOFALA

Im Teilprogramm Dezentralisierung in der Provinz Sofala/Mosambik unterstützt die OEZA die mosambikanische Regierung in ihrem Bemühen, Entwicklungsprozesse auf lokaler Ebene zu fördern und dadurch die Armut der ländlichen Bevölkerung zu vermindern. In dieser Hinsicht findet das Prinzip der Subsidiarität und eine damit verbundene Verlagerung von Entscheidungsgewalt und Verantwortung auf die lokale Ebene seine Anwendung.

Durch Aufbau und Stärkung von Kapazitäten auf Ebene der lokalen Regierungsstrukturen sowie der Gemeinden wird die Möglichkeit geschaffen, Entwicklungspläne ausgehend von den Vorstellungen und Interessen der DorfbewohnerInnen sowie unter deren aktiver Partizipation zu erstellen. Dieser Prozess beinhaltet die Mitbestimmung und -beteiligung der armen Landbevölkerung im Rahmen der Erarbeitung, Umsetzung und des *Monitorings* dieser Entwicklungspläne.

Das Vorhaben wird in sieben ausgewählten Bezirken und Gemeinden der Provinz Sofala durchgeführt: Partner sind die Provinzdirektion für Planung und Finanzen der Provinzregierung, die Gemeinden Dondo und Marromeu sowie die Bezirksverwaltungen von Búzi, Dondo, Marromeu, Chibabava und Machanga. Primäre Zielgruppen sind einerseits die genannten Bezirksverwaltungen und Gemeinden sowie andererseits die organisierte Zivilgesellschaft im Projektgebiet. Begünstigt wird dadurch ein Großteil der ländlichen und suburbanen Bevölkerung von Sofala.

Die OEZA fördert österreichische NRO in Simbabwe, deren Projekte die zivilgesellschaftlichen Akteure unterstützen.

Palästinensische Gebiete

Im Einklang mit der EU-Road Map und den relevanten VN-Resolutionen unterstützt die OEZA in den palästinensischen Gebieten den Aufbau eines zusammenhängenden, souveränen demokratischen Staats. Die derzeitige politische Konstellation macht eine Kooperation auf Regierungsebene bis auf Weiteres nicht möglich. Bis die Bedingungen der internationalen Staatengemeinschaft an die Hamas erfüllt sind, wird die OEZA in Übereinstimmung mit der EU nicht mit der Hamas-Regierung zusammenarbeiten, sondern ihr Engagement mit lokalen NRO und internationalen Organisationen fortsetzen. Ein Landesprogramm 2006–2008 befindet sich in Ausarbeitung. Orientierungen bieten der Entwurf eines mittelfristigen nationalen Entwicklungsplanes und die EU-Entwicklungsstrategie 2005.

MDG 1, 6

Nachhaltige Gesundheits- und Wasserversorgung der palästinensischen Bevölkerung sowie der Aufbau von Kapazitäten für die wirtschaftliche, soziale und institutionelle Entwicklung des Landes sind thematische Schwerpunkte.

Die Zusammenarbeit mit lokalen NRO hat sich als sehr wirksam erwiesen.

Auf multilateraler Ebene werden Kooperationen vor allem mit VN-Organisationen (UNDP, UNFPA UNRWA) fortgesetzt.

Demokratische Entscheidungsprozesse und die Respektierung der Menschenrechte (sowohl von israelischer als auch von palästinensischer Seite) sind im Prozess der Staatenbildung unverzichtbar. Daher werden auch Projekte der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen Israelis und Palästinensern seitens der OEZA unterstützt.

Palästina

MEERWASSERENTSALZUNGSANLAGE GAZA

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist Grundvoraussetzung für die soziale und ökonomische Entwicklung von Menschen. Durch die Errichtung einer von der OEZA finanzierten Meerwasserentsalzungsanlage in der „Middle Area“ (Deir al Balah) des Gaza-Streifens wird für rund 80.000 Menschen im Umkreis von 15 Kilometern diese Entwicklungsbasis geschaffen. Gleichzeitig werden häusliche Abwässer gereinigt und für Bewässerungszwecke wieder verwendet. Trotz der anhaltenden Konfliktsituation in der Region ist der Baufortschritt der Anlage nahezu planmäßig vor sich gegangen. Eine Abschlussphase soll nun die Fertigstellung der Anlage und einige andere notwendig gewordene Verbesserungen und Umplanungen ermöglichen. Längerfristig wird das Projekt in die *Municipal Coastal Water Utility* eingegliedert und von dieser betrieben. Das Projekt wird in enger Kooperation mit der *Palestinian Water Authority* durchgeführt und durch Maßnahmen zur institutionellen und fachlichen Stärkung für die lokalen Partner begleitet.

Himalaya-Hindukush

- MDG 1, 7** Die OEZA unterstützt gemeinsame Anliegen der Region wie z. B. nachhaltige Gebirgsökologie, Energie und Schutz der Umwelt im Rahmen einer regionalen Institution, dem *International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD)*. Ab 2006 wird entsprechend den Zielen und Prinzipien der OEZA ein Regionalprogramm vorliegen. Neben dem bilateralen Engagement bestehen auch gemeinsame Vorhaben mit multilateralen Institutionen (*Asian Institute for Technology*, UNDP, UNFPA).
- MDG 1** Mit dem Schwerpunktland **Bhutan** wird die bestehende bilaterale Kooperation fortgeschrieben; im Februar 2006 wurden dazu bilaterale Konsultationen unterzeichnet. Als Orientierung dient der jeweils gültige bhutanische Fünfjahres-Entwicklungsplan. Die bhutanische Regierung verantwortet dabei Initiative für Auswahl, Gestaltung und Durchführung des Programms (Modell „*National Execution*“). 2006 soll die Entwicklung eines Landesprogramms einen Rahmen für langfristige Ausrichtung der Zusammenarbeit definieren. In **Nepal** wird die Kooperation mit Institutionen der zivilen Gesellschaft/NRO fortgesetzt; eine Kooperation mit der DEZA (CH) verstärkt. In **Pakistan** soll ein langjähriges Vorhaben im Tourismussektor abgesichert und abgeschlossen werden.

Himalaya

INTERNATIONAL CENTRE FOR INTEGRATED MOUNTAIN DEVELOPMENT (ICIMOD)

ICIMOD wurde vor zwanzig Jahren in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu von Staaten der Region Himalaya-Hindukush gegründet. Im Rahmen von ICIMOD sollen die Kooperation in der Region gestärkt, die Lebensbedingungen der BewohnerInnen erleichtert und nachhaltiger Schutz der Umwelt gewährleistet werden. Die OEZA unterstützt gemeinsam mit anderen internationalen Gebern Projekte und Programme von ICIMOD und trägt auch durch finanzielle Beiträge zum Bestand der Organisation bei. Im Dezember 2002 wurde von ICIMOD eine revidierte Strategie für die folgenden fünf Jahre bis 2007 vorgelegt. Der Fokus verlagert sich von angewandter Forschung hin zu einem *Mountain Learning and Knowledge Centre*.

3.3.3 Programm der Ostzusammenarbeit

Die Region Südosteuropa bleibt auch im Programmzeitraum 2006–2008 Schwerpunktregion der OEZA (Ostzusammenarbeit). Diese Schwerpunktsetzung ergibt sich primär aus der geografischen Nähe und den traditionellen Beziehungen, insbesondere jedoch auch aus der Bedeutung der Region für Stabilität, Sicherheit und Prosperität in Europa. Herausforderungen in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Wettbewerb, Migration und Menschenhandel können nur in einem gesamteuropäischen Kontext gelöst werden. Dazu kommt das Motiv der Solidarität mit einer Region, die in schwierigen Umbruchzeiten der internationalen Unterstützung bedarf. Das Programm der OEZA konzentriert sich dabei auf die Schwerpunktländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien (inklusive Kosovo) und Montenegro. In der Region Osteuropa und Zentralasien konzentriert sich das Engagement der OEZA auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Schwerpunktland Moldau. Die regionalen Aktivitäten beschränken sich auf die Region Südkaukasus. Mit den neuen EU-Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa beabsichtigt die OEZA z. B. verstärkt im Rahmen von trilateralen Kooperationen am Westbalkan zusammenzuarbeiten.

Schwerpunkt Südosteuropa/Westbalkan

Die Schwerpunktsetzung innerhalb der Region bzw. die **Dotierung** der einzelnen Länderrahmen orientiert sich nach den **Kriterien** Fortschritt im EU-Integrationsprozess, Bedarf (Armut), Konfliktpotenzial und politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Österreich. Entsprechend diesen Kriterien setzt die OEZA ihren Hauptschwerpunkt innerhalb Südosteuropas auf die so genannten Westbalkan-Staaten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien (inklusive Kosovo) und Montenegro. In Berücksichtigung des fortschreitenden EU-Integrationsprozesses wird das Engagement in Bulgarien, Kroatien und Rumänien zurückgenommen und läuft spätestens zum Zeitpunkt des EU-Beitritts aus.

Der wichtigste **internationale Rahmen** wurde durch die Europäischen Räte von Feira und Nizza geschaffen, welche den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) ins Leben gerufen und den Ländern des Westbalkans den Status von „potenziellen Kandidatenländern“ mit einer „klaren Beitrittsperspektive“ zuerkannt haben. Österreich teilt und unterstützt dieses außenpolitische Ziel der EU in besonderem Ausmaß und stellt daher die Aktivitäten der OEZA klar in den Kontext des EU-Integrationsprozesses dieser Länder.

Die vier **thematischen Schwerpunkte** in Südosteuropa werden im Programmzeitraum weitergeführt: Wirtschaft und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. Wirtschaft und Entwicklung wird sowohl als eigener Schwerpunktsektor als auch in Form von *Mainstreaming* umgesetzt. Im Bereich Umwelt, Wasser und Energie stellt die Relevanz der Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung ein wichtiges Auswahlkriterium dar. Die Bildungssysteme sollen verstärkt in ihrem Wirkungszusammenhang mit anderen wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Subsystemen wie Arbeit, Wirtschaft und Technologie gesehen werden. Die Teilbereiche Höhere Bildung und Berufsbildung bleiben der Schwerpunkt der Bildungsk Kooperationen der OEZA. Ergänzt wird das Programm der OEZA am Westbalkan durch die Finanzierung von Minenaktionsprogrammen. Darüber hinaus gibt es zur Stärkung des Investitionsstandortes diverse multilaterale Initiativen wie z. B. den „*Investment Compact*“ in Zusammenarbeit mit dem BMWA.

Südosteuropa

MINENAKTIONSPROGRAMM

Ein Schwerpunkt des Minenaktionsprogramms des BMaA liegt in Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Dabei wird darauf geachtet, dass die Minenaktivitäten komplementär zur Umsetzung des übrigen Landesprogramms eingesetzt werden. So werden etwa Entminungsmaßnahmen in Ostslawonien finanziert, wodurch gleichzeitig die Rahmenbedingungen für ein von der OEZA unterstütztes Regionalentwicklungs- und Tourismusprojekt in der Region geschaffen werden.

EU-Heranhführungsstrategie

MDG 8
Zielvorgabe 16

Themen

Balkan Case Challenge
2006; www.juridicum.at

Durch den Ausbau der **Zusammenarbeit mit anderen österreichischen Förderinstitutionen und dem privaten Sektor** insbesondere im Rahmen der Plattform Wirtschaft und Entwicklung (siehe Fokus „Wirtschaft und Entwicklung“) soll das österreichische Kooperationspotenzial in Südosteuropa bestmöglich ausgeschöpft werden. So ist etwa in Zusammenhang mit der österreichischen EU-Präsidentschaft ein StudentInnenwettbewerb – *Balkan Case Challenge* – im ersten Halbjahr 2006 in enger Verbindung mit der österreichischen Wirtschaft durchgeführt worden.

MDG 1 und 7

Die OEZA-Programme und Projekte in der Region sollen auch in Zukunft darauf ausgerichtet werden, jeweils einen konkreten **Beitrag zu Konfliktprävention und Versöhnung** zu leisten, sei es durch die Auswahl der Partnergemeinden, die Förderung regionaler Kooperationsansätze oder die Gestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen der einzelnen Projekte. Die Einforderung politischer Konditionalität bleibt auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Bestandteil des Zusammenarbeitsprogramms in dieser Region, wobei die Gewährleistung der Minderheitenrechte eine bleibende Herausforderung ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Schwerpunktland **Albanien** wird derzeit im Rahmen der Landesprogrammentwicklung 2006–2008 neu definiert. Dabei baut die OEZA auf den Ergebnissen einer umfassenden Evaluierung des bisherigen Programms auf, das folgende inhaltliche Schwerpunkte hatte: Energie und Wasser – Aufbau von lebenswichtiger Basisinfrastruktur, Berufsbildung – Schaffung moderner Ausbildungsstrukturen sowie Förderung der regionalen Entwicklung und Schaffung von Beschäftigung.

Das im Sommer 2004 erstellte Landesprogramm **Bosnien und Herzegowina** 2005–2007 befindet sich in Umsetzung. Mitte 2006 ist eine *Mid-Term-Review* vorgesehen. Das Programm sieht zwei inhaltliche Schwerpunkte vor: Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung. Zusätzlich werden Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina gefördert. Bei der Umsetzung setzt die OEZA auf die mobilisierenden Kräfte im Land, die Jugend und die Unternehmerschaft. Die Nutzung des Potenzials der bosnisch-herzegowinischen Diaspora in Österreich sowie des österreichischen Privatsektors sind weitere Strategien des OEZA-Landesprogramms mit Bosnien und Herzegowina.

Bosnien und Herzegowina

UNTERSTÜTZUNG DES AUFBAUS DER GRUNDBUCHSVERWALTUNG



Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement ist eine der drei Säulen der OEZA-Leitlinien für Wirtschaft und Entwicklung. Funktionierende Grundbuchsysteme sind wichtiger Bestandteil funktionierender rechtsstaatlicher Strukturen und Voraussetzung für privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit. Ein Engagement Österreichs liegt nahe, wurde doch die Grundbuchverwaltung in Bosnien und Herzegowina im 19. Jahrhundert nach österreichischem Vorbild aufgebaut – und nicht zuletzt ist Österreich derzeit führender Auslandsinvestor in Bosnien und Herzegowina. Im Rahmen des OEZA-Projekts, das im Sinne von Harmonisierung und Anpassung gemeinsam mit anderen bilateralen Gebern umgesetzt wird, werden Schulungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen der Gerichte und der Aufbau EDV-gestützter Grundbuchdatenbanken an den Gerichten in Bosnien und Herzegowina gefördert.

MDG 7

Der Bereich Umwelt, Wasser und Energie stellt den Hauptschwerpunkt des Landesprogramms **Mazedonien** 2005–2007 dar. Die OEZA verfolgt dabei zwei Zielsetzungen: Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sowie die Förderung kostengünstiger, umweltfreundlicher Energielösungen. Zusätzlich fördert die OEZA in Mazedonien Maßnahmen in dem als Querschnittsthema definierten Bereich Wirtschaft und Entwicklung, etwa den Aufbau der mazedonischen *Investment Promotion Agency*.

Die Zusammenarbeit mit **Serbien** wird derzeit definiert. Das in Ausarbeitung befindliche Landesprogramm Serbien 2006–2008 sieht eine Schwerpunktsetzung auf die beiden Bereiche Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung vor. In Diskussion ist eine geografische Konzentration auf die Regionen Vojvodina und Südserbien. Das Thema Öffnung und Integration soll als Querschnittsthema verankert werden. Die optimale Nutzung des österreichischen Kooperationspotenzials stellt aufgrund der intensiven österreichisch-serbischen Beziehungen gerade in Serbien ein wichtiges Anliegen der OEZA dar. Im **Kosovo** hat die OEZA eine institutionelle Partnerschaft gemeinsam mit dem österreichischen und kosovarischen Bildungsministerium im Bereich Höhere Bildung initiiert. Weiters werden Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung finanziert.

MDG 7

Die Kooperation mit **Montenegro** wird im Programmzeitraum ausgebaut. Die Eröffnung eines Koordinationsbüros in Podgorica 2005 war ein erster Schritt dazu. 2006 wird das bestehende Programm fortgeschrieben, welches schwerpunktmäßig die touristische Regionalentwicklung in der Nordostregion sowie komplementäre Kreditprogramme für Klein- und Mittelbetriebe und Berufsbildungsmaßnahmen fördert. Ab der zweiten Jahreshälfte 2006 sollen im Rahmen eines umfassenden Programmierungsprozesses die Grundlagen für die weitere Zusammenarbeit geschaffen werden. Unter anderem soll dabei geprüft werden, inwieweit die OEZA das Thema Umwelt, das in Montenegro als Staatsziel verankert ist, aufgreifen könnte.

MDG 1 und 7

Neues Koordinationsbüro
Podgorica

Montenegro

FÖRDERUNG EINER NACHHALTIGEN REGIONAL- UND TOURISMUS-ENTWICKLUNG DER BJELASICA-REGION

Der Nordosten Montenegros ist die wirtschaftlich am meisten benachteiligte Region des Landes, verfügt jedoch über großes Potenzial für alpinen, naturnahen Tourismus – ein Bereich, in dem Österreich wertvolle Erfahrung und Know-how anbieten kann. Im Zentrum des OEZA-Engagements steht der Aufbau eines Regionalverbandes, der Gemeinden, Nationalpark sowie NRO und Ministerien unter ein Dach bringt, um das touristische Angebot der Region zu verbessern. Weiters werden im Rahmen dieses Projekts konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in und um den Nationalpark Bjelasica finanziert. Komplementär dazu finanziert die OEZA in der Region KMU-Kreditlinien für die Bereiche Ökolandwirtschaft und Tourismus und fördert die Modernisierung des Berufsschulwesens im Bereich Tourismus.

Neben den bilateralen Länderprogrammen wird die OEZA auch in den kommenden Jahren Südosteuropa übergreifende Kooperationen fördern (**Regionalprogramm Südosteuropa**). Dabei steht die langfristige Friedenssicherung durch die Förderung regionaler Kooperation im Vordergrund. Ein aktueller, im Planungszeitraum auszubauender Schwerpunkt wird eine Initiative gegen Menschenhandel, insbesondere den Handel mit Frauen und Kindern, sein, wobei die zentralen Bereiche Prävention, Opferschutz und -betreuung und Täterverfolgung mit einem regional koordinierten Ansatz umgesetzt werden.

In Umsetzung der EU-ODA-Beschlüsse könnten schwerpunktmäßig sowohl bewährte Ansätze der Bildungszusammenarbeit als auch die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern wie den IFIs, anderen Fördereinrichtungen wie der Oesterreichischen Kontrollbank sowie dem österreichischen Privatsektor ausgebaut werden. Durch Letzteres könnten vermehrt auch wirtschaftlich tragfähige Investitionen, die der langfristigen Entwicklung dienen, gefördert werden:

- Finanzierungsmodelle auf Fondsbasis zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben (Beispiel *European Funds for Southeast Europe*),
- Förderung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Grundbuch, Justizwesen),
- Infrastrukturprojekte insbesondere in den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie in Übereinstimmung mit der BMF-IFIs-Strategie,
- Förderung von integrativen Regionalentwicklungsprojekten in Schwerpunktregionen und
- Programme zur Unterstützung der Arbeitsmarktverwaltungen und Stärkung der sozialen Kohäsion.

Osteuropa und Zentralasien

MDG 6 In Osteuropa und Zentralasien werden wegen der Notwendigkeit der Konzentration der Mittel der OEZA mit Ausnahme Moldaus derzeit nur punktuell Projekte im Wege von multilateralen Programmen oder global zur Verfügung stehenden Instrumenten der OEZA gefördert. Dazu zählen die NRO-Kofinanzierungslinie sowie das Instrument des *Know How Transfer Centres*. Dieses steht sowohl Südosteuropa als auch der Region Osteuropa und Zentralasien zur Verfügung. Es ist beim Österreichischen Städtebund eingerichtet und finanziert kleinere Kooperationsprojekte im Verwaltungsbereich. Ziel ist es, den Ländern einen Zugang zum österreichischen Verwaltungs-Know-how insbesondere auf kommunaler Ebene zu verschaffen.

Basierend auf einem derzeit in Ausarbeitung befindlichen Regionalkonzept **Südkaucasus** soll dieser Region im Programmzeitraum 2006–2008 verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der Zivilgesellschaft sollen zu Konfliktprävention und Konfliktlösung in der Region beitragen. Eine enge Abstimmung mit dem EU-Nachbarschaftsprogramm ist vorgesehen.

MDG 1 und 7 Der 2004 begonnene schrittweise Ausbau der Zusammenarbeit mit **Moldau** wird im Programmzeitraum 2006–2008 fortgesetzt. In Vorbereitung befinden sich ein bilaterales Kooperationsabkommen sowie ein Landesprogramm. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Verbesserung der Wasserversorgung und der landwirtschaftlichen Berufsbildung sowie die Bekämpfung des Menschenhandels.

4. Thematische Prioritäten

4.1 Neue Akzentsetzungen

Ein professionelles Angebot der OEZA als Beitrag zur Entwicklung eines Partnerlandes erfordert neben finanziellen Mitteln vor allem Maßnahmen der Qualitätssicherung. Zu diesen gehören die permanente Auseinandersetzung mit Fachfragen, der Dialog mit Partnern, die Koordination mit anderen Gebern, die Überprüfung der Instrumente der Zusammenarbeit sowie Evaluierungen und Bewertungen der erbrachten Leistungen. Dabei darf die Dimension der bestmöglichen Mischung von Instrumenten/Modalitäten für jeden dieser Schwerpunkte nicht außer Acht gelassen werden. Diese grundlegenden Regeln wurden in der Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit 2005 niedergelegt.

Die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der OEZA basieren auf mehreren grundsätzlichen Überlegungen, die in ihrer Gesamtschau eine klare Entscheidungsgrundlage für die Schwerpunktsetzungen ergeben. Um die von der OECD/DAC in der *Peer Review* 2004 erneut empfohlene Konzentration sicherstellen zu können, ist die OEZA gefordert, die Zahl dieser Schwerpunkte, die in vielen Partnerländern zum Teil historisch gewachsen ist, insgesamt und für jedes einzelne Partnerland begrenzt zu halten. Dies erscheint auch aus Effizienz- und Kapazitätsgründen geboten. Die grundsätzlichen Überlegungen umfassen im Einzelnen:

- **Neue Rahmenbedingungen:** Die inhaltlichen Vorgaben für die Schwerpunktsetzung 2006–2008 haben sich weiterentwickelt:
 - Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen der Partnerländer („Alignment“),
 - Übereinstimmung mit neuen Vorgaben der internationalen Gebergemeinschaft (VN/MDG, EU, OECD/DAC),
 - Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien des EZA-Gesetzes,
 - Nutzung des Potenzials der österreichischen Wirtschaft sowie anderer Kooperationspartner unter Wahrung der Kohärenz zwischen den Beteiligten (andere öffentliche Stellen, Wissenschaft und Forschung, Zivilgesellschaft, Privatsektor).
- **Kontinuität und Flexibilität in der Durchführung:** Die OEZA behält auf Basis dieser Kriterien zum einen jene Schwerpunkte bei, die schon bisher eine wichtige Rolle gespielt haben. Für die Bereiche Wasser und Abwasser, Bildung und Kapazitätsentwicklung, Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe und Ländliche Entwicklung liegen gültige Sektorprogramme vor. Zum anderen wird sich Österreich im Zusammenhang mit dem Prinzip der *Ownership*, das heißt der Eigenverantwortung der Partner für ihre Entwicklung, thematische Schwerpunkte und Instrumente immer wieder einer inhaltlichen Überprüfung unterziehen müssen. Da die Ziele der Partnerländer oft in enger Abstimmung mit multilateralen Organisationen wie der Weltbank festgelegt werden, schließt sich hier der Kreis der Abstimmung zwischen Partnerländern und der OEZA, gleichzeitig weist dies aber auch auf die Notwendigkeit der Abstimmung mit den multilateralen Gebern hin.

Strategisch verfolgt die OEZA für den Zeitraum 2006–2008 folgende thematische Schwerpunktsetzungen:

- Wasser und Siedlungshygiene
- Ländliche Entwicklung
- Energie
- Privatsektorentwicklung
- Bildung
- *Good Governance*
 - Verwirklichung der unteilbaren bürgerlich-politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte mit Fokus auf Kinder und Menschen mit Behinderungen
 - Rechtsstaatlichkeit
 - Demokratisierung/Dezentralisierung
 - Friedenssicherung und Konfliktprävention



Neuentwicklungen

Ownership

Schwerpunkthemen

OEZA-Leitlinien Bildung
in Ausarbeitung

OEZA-Leitlinien
Good Governance und
OEZA-Leitlinien
Menschenrechte;
www.aussenministerium.at/oeza

Uganda

SOUTH WESTERN TOWNS WATER AND SANITATION-PROJEKT

MDG 7



Seit Initiierung des Programms vor zehn Jahren wurde die Wasserver- und entsorgung von 30 Kleinstädten in Südwestuganda auf Basis eines von der OEZA entwickelten Modells der Selbstbeteiligung beim Bau und anschließender Selbstverwaltung des Betriebes sicher gestellt. Die Einbeziehung der späteren Nutznießer schon lange vor Beginn der Bauarbeiten stellt die Bereitschaft zur Mitarbeit bereits beim Bau und später zur Bezahlung der angebotenen Leistungen sicher. Auf diese Weise werden die für die Erhaltung und Wartung des Systems notwendigen Mittel aufgebracht und auch zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen (v. a. für Frauen) geschaffen. Der Zusammenschluss der kleinen Wassergenossenschaften in einen Dachverband nach österreichischem Vorbild ermöglicht die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen durch die einzelnen Mitglieder sowie die Unterstützung in technischen Fragen (wie z. B. Qualitätsüberprüfungen oder für den weiteren Ausbau), die sonst nicht leistbar wären.

Frauenrechte und
Entwicklung:
OEZA-Gender-Leitlinien;
[www.aussenministerium.at/
oeza](http://www.aussenministerium.at/oeza)

Für alle angeführten thematischen Schwerpunktsetzungen gelten die im EZA-Gesetz erwähnten Prinzipien der OEZA, nämlich die Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen des Partnerlandes und die Integration aller Maßnahmen in das soziale und kulturelle Umfeld der Zielgruppen, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie die besondere Bedachtnahme auf Kinder und Menschen mit Behinderungen.

Der Nachdruck dieses Dreijahresprogramms auf menschliche Sicherheit mit seinem multidimensionalen Ansatz erlaubt es zudem, dass der Blick auf die geschlechtsspezifischen Prozesse von Unsicherheit und Sicherheit gerichtet wird. *Gender Mainstreaming* bedeutet, dass sich ökonomische, politische und soziale Prozesse verstärkt auf die internationalen Frauenrechte und deren nationale Umsetzungsverpflichtungen stützen. Ebenso nützt die OEZA die Synergien zwischen Armutsbekämpfung und Umweltschutz als Prinzip der Programmumsetzung. Die Berücksichtigung der Bereiche *Gender* und Umwelt als wichtige Instrumente für Armutsbekämpfung wird im Rahmen des Projektzyklusmanagements bei allen Projekten und Programmen durch entsprechende Prüfverfahren sichergestellt.

4.1.1 Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit

Neue Wege in der
Abwicklung von EZA

Die *Paris Declaration on Aid Effectiveness* vom 2. März 2005 setzt neue Impulse für die Qualitätssicherung von Entwicklungszusammenarbeit. Sie umfasst fünf Leitprinzipien, nämlich Eigenverantwortung, Anpassung an Systeme der Partner, Harmonisierung der Geber-Standards, Ergebnisorientierung, beidseitige Rechenschaftspflicht über den Prozess der Zusammenarbeit sowie einen Katalog von entsprechenden Ergebnisindikatoren. Fortschritte und Erfolge der EZA in den Partnerstaaten werden transparent und nachweisbar auf Landesebene begleitet und überprüft. Die Pariser Erklärung stellt einen systematischen Rahmen für die finanzielle und technische Hilfe zur Erreichung der MDGs dar. Der VN-Gipfel 2005 und der Europäische Konsensus haben die Zielsetzungen der neuen Effektivitätsagenda bekräftigt.

Auf Empfängerseite ist die wesentlichste Anforderung der Aufbau von Kapazitäten, um Eigenverantwortung und Selbstentscheidung wahrnehmen zu können. Umsetzungsstandards für Armutsstrategien und Modalitäten der Finanzflüsse müssen flexibilisiert, aber auch vorhersehbar gemacht werden. Mehrjährige Programmplanungen (EU-Aktionsplan) und erfüllbare Konditionalitäten für ein transparentes öffentliches Finanzsystem sind eine notwendige Grundbedingung. Erfolge und Perspektiven aus den gemeinsamen Lernprozessen werden bei der Revision der Ziele und Indikatoren im Jahr 2008 relevant sein.

Die OEZA wird die Pariser Erklärung im Zeitraum 2006–2008 durch einen nationalen Aktionsplan, durch interne Harmonisierung sowie durch Akzentuierung des Themas im Rahmen des EU-Vorsitzes umsetzen. Auch die Kommission legt einen Fokus auf gemeinsame Bemühungen, die Effektivität der EU als Gebergruppe zu erhöhen. Konkret handelt es sich dabei um die Sammlung der praktischen Erfahrungen im Pilotland Mosambik sowie um die Erstellung von gemeinsamen Programm- und Finanzrahmen für die Programmhilfe. Kofinanzierungen bzw. Arbeitsteilungen vor Ort im Sinn des neuen *Development Consensus* sollen die gesamteuropäische Identität im Entwicklungssektor steigern. Ein Seminar im Vorfeld der österreichischen EU-Präsidentschaft 2005 in Wien hat speziell die Integration der neuen Mitgliedstaaten zum Ziel gehabt.



Der nationale Aktionsplan der OEZA wird die Implementierung folgender Schritte beinhalten:

- Alle Interventionen der OEZA richten sich an den fünf Leitprinzipien aus.
- Der Anteil an programmgestützten Ansätzen wird gegenüber dem Projektansatz nachvollziehbar ausgebaut.
- Die OEZA beteiligt sich in einzelnen Schwerpunktländern vor Ort an gemeinschaftlich koordinierten Programmen zur Erreichung der Indikatoren.
- Der Programmzyklus der OEZA wird schrittweise den mittelfristigen Partnerprioritäten angepasst (z. B. in Westafrika), sodass in der Programmierung Aspekte der Komplementarität mit anderen Gebern verstärkt analysiert und Möglichkeiten der Delegation bzw. der Aufgabenteilung (auch im Interesse weiterer geografischer oder sektorieller Fokussierung) aufgegriffen werden können.
- Adaption, gemeinsam mit der ADA, der internen Verfahren im Sinn von Harmonisierung. Ein erster Schritt wird in der Einführung international kompatibler Berichterstattung liegen. Auch eine Aufwertung der Rahmenvorgaben auf den Gebieten *Good Governance*, *Gender* und der Bekämpfung von HIV/AIDS wird sofort wirksam.
- Die OEZA wird sich am *Monitoring*-Prozess der Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit 2005 aktiv beteiligen.
- Mitarbeit in der DAC-Arbeitsgruppe „Fragile Staaten“.

Nationaler Aktionsplan

4.1.2 Rolle österreichischer NRO

NRO sind ein entscheidendes Bindeglied zwischen den Zivilgesellschaften in Österreich und in den Partnerländern und bleiben daher ein wichtiger Partner für die OEZA. In folgenden Tätigkeitsbereichen sieht die OEZA eine Kooperation mit NRO vor:

OEZA-Leitlinien für NRO-Kooperation in Ausarbeitung

Programm und Projektarbeit: NRO setzen Programme und Projekte um, v. a. dort, wo sie über spezifische Arbeitsschwerpunkte und Know-how verfügen und mit Bevölkerungsgruppen vor Ort direkt zusammenarbeiten. Diese Programm- und Projektarbeit kann durch zwei Ansätze wahrgenommen werden: NRO als Entwicklungspartner auf Basis der Kofinanzierung durch die Förderung von Vorhaben, die auf der Eigeninitiative und den Themenschwerpunkten der NRO beruhen, die jedoch auch eine Abstimmung mit den Zielen und Programmen der OEZA erfahren haben; NRO als Auftragnehmer (Durchführungsorganisation) im Rahmen der OEZA Landes-, Sektor-, und Regionalprogramme mit dem Ziel der direkten Umsetzung der OEZA-Programme.

Personelle Entwicklungszusammenarbeit: Mit der Entsendung von Entwicklungsfachkräften und auch von Freiwilligen in Aufgabengebiete der Entwicklungszusammenarbeit werden einseits wertvolle Leistungen in den Ländern erbracht und andererseits langfristig Wissen und Werte von und über Entwicklungsländer in die österreichische Zivilgesellschaft eingebracht und damit das Verständnis für Entwicklungspolitik in der Bevölkerung verstärkt. NRO sind Entwicklungspartner auf Basis der Kofinanzierung für die Implementierung entsprechender Personalprogramme.

Entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit: Eine wichtige Rolle erfüllen NRO in Richtung Sensibilisierung der öffentlichen Meinung in Österreich für Fragen über globale Zusammenhänge und der nachhaltigen Entwicklung. Diese können den Menschen in Österreich anhand der konkreten Herausforderungen in den Partnerländern bewusst gemacht werden.

Dieser Aufgabenbereich wird an Bedeutung gewinnen. Eine Unterstützung entsprechender Maßnahmen wird daher aus Mitteln der OEZA zur Verfügung gestellt.

Anwaltschaft: Der Diskurs mit Akteuren der österreichischen Außenpolitik und mit den global tätigen österreichischen Firmen sowie die Einbringung in globale Foren und Netzwerke erfolgen im Interesse der armen und benachteiligten Menschen der Entwicklungsländer.

OEZA-Maßnahmenbereiche für NRO:

- Ausbau der Rolle der österreichischen NRO im Bereich des „*Capacity Building*“: dazu zählen Maßnahmen (inklusive neue Konzepte und Strategien) im Bereich des Transfers von Know-how und Unterstützung von lokalen NRO mit dem Ziel der Erlangung der Selbstständigkeit.
- Stärkung des Bereichs entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit.
- Förderung der Vernetzung zwischen den Organisationen sowie von Projektpartnerschaften zwischen Organisationen (wobei dies zugleich auf gemeinsamer Projektarbeit und Kapazitätsaufbau beruhen soll).
- Unterstützung von innovativer Projektarbeit. Solche Pilotprojekte sind Vorhaben, die in einem neuen Sektor oder zur Erprobung neuer Systeme, Methoden, Ansätze oder Themen durchgeführt werden.

OEZA-Maßnahmenbereiche im Rahmen der NRO-Kofinanzierung:

- Beibehaltung der eigenen Budgetlinie für Kofinanzierung im Rahmen des OEZA. Weiterentwicklung der spezifischen Förderinstrumente, die jeweils durch Richtlinien beschrieben sind.
- Bei der Kofinanzierung mehrerer Projekte einer Organisation wird ein Übergang von einzelnen oder kleinen Projekten hin zu Programmen angestrebt. Dabei sollen die Projektträger (NRO) nach einer klar definierten Programmatik ihre Programmaktivitäten entwickeln. Die Programmatik soll mit den Zielen der OEZA-Länder-, Sektoren- und Regionalprogrammen abgestimmt sein.

4.1.3 Rolle österreichischer Wirtschaftsunternehmen

Österreichische Unternehmen können zunehmend eine wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen. Zum einen können sie als Investoren in den Partnerländern der OEZA zu Wachstum und Beschäftigung beitragen, Know-how und Technologie transferieren und (auch für arme Bevölkerungsgruppen) relevante Güter und Dienstleistungen anbieten. Investitionen und Geschäftspartnerschaften österreichischer Unternehmen können andererseits auch positive *Spillover*-Effekte auf die Entwicklung des lokalen Privatsektors haben, indem v. a. durch *Business Linkages* zu einheimischen Klein- und Mittelbetrieben bzw. deren Integration in Wertschöpfungsketten die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Produktivität lokaler KMU gestärkt bzw. ihr Zugang zu nationalen und internationalen Absatzmärkten erleichtert wird. Nicht zuletzt können österreichische Betriebe auch durch die Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung (*Corporate Social Responsibility*) direkt zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele, insbesondere der MDGs, beitragen. Die OEZA zielt daher darauf ab, die Kooperation mit österreichischen Unternehmen zu intensivieren, um das entwicklungspolitische Potenzial unternehmerischer Tätigkeit verstärkt zu mobilisieren.

4.2 Neue Vorgehensweise

4.2.1 Strategische Leitlinien und Kapazitätenaufbau

In Fortführung und Erweiterung der in der bisherigen Dreijahresprogrammplanung festgelegten Schwerpunktsektoren hat die OEZA 2005 mit der Formulierung von Leitlinien („*policies*“) begonnen, die detaillierte Vorgaben für die Gestaltung der Bereiche enthalten. Ziel dieses Prozesses der inhaltlichen und strategischen Positionierung ist es, sowohl die grundsätzliche Politik der OEZA in einzelnen Arbeitsbereichen verbindlich festzulegen als auch die Basis für die Ausarbeitung operativer Strategien für die Arbeit der ADA zu schaffen. Diese Konzentration ist Grundlage dafür, entsprechende Kapazitäten für die fachliche Begleitung in den gewählten Sektoren zu gewährleisten. Die OEZA erwartet sich von dieser Vorgehensweise

- klare inhaltliche Festlegung und Akkumulierung von Expertise und
- bessere Mitgestaltungsmöglichkeiten im internationalen Kontext.

Dieser Prozess ist auch eine Antwort auf die Empfehlungen des Prüfberichts der DAC *Peer Review* 2004, der im Sinne der Millenniumsziele und der Armutsreduktion sowie der von der OEZA sicherzustellenden Kohärenz aller Maßnahmen detaillierte Politiken und Strategien fordert. Darüber hinaus widmet der DAC-Bericht den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der OEZA („*main sectors*“) ein eigenes Kapitel mit konkreten Empfehlungen zu den Millenniumszielen, zu Frieden und menschlicher Sicherheit sowie für den Bereich Wirtschaft und Entwicklung.

Leitlinien-Prozess der OEZA



Im Folgenden wird das Instrumentarium bzw. werden die Modalitäten jener inhaltlichen Schwerpunkte für den Zeitraum 2006–2008 dargestellt, in denen neue Impulse gesetzt werden.

4.2.2 Programm- und Budgethilfe

In den Schlussfolgerungen der DAC-Prüfung der OEZA 2004 wird festgehalten, dass Österreich mit seinen Partnerländern fast ausschließlich im Rahmen von Projekten kooperiert. Andere Modalitäten der Zusammenarbeit (direkte Budgethilfe, *Basket-Funding*) hätten bisher nur einen marginalen Anteil. Die OECD empfiehlt Österreich daher, einen größeren Anteil seiner Mittel direkt durch die Partner in den Empfängerländern verwalten und umsetzen zu lassen.

OEZA-Leitlinien zur Budgethilfe in Ausarbeitung

Um dieser Empfehlung nachzukommen sowie im Lichte der in der Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit 2005 zwischen Geberländern und Empfängerländern getroffenen Vereinbarungen über die Prinzipien der Zusammenarbeit, wird die OEZA in den Partnerländern der Schwerpunktregionen systematisch prüfen, ob die Bedingungen für eine Beteiligung der OEZA an sektorieller Budgethilfe im Rahmen von SWAPs gegeben sind bzw. bereits in kleinem Umfang laufende Budgethilfen (Uganda) weiterführen und vertiefen. Wo die Bedingungen für die Teilnahme an SWAPs nicht erfüllt sind (z. B. weil keine allgemein anerkannte Sektorpolitik existiert), wird die OEZA mithelfen, mittels Kapazitätsaufbau gemeinsam mit anderen Gebern die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Generell bekennt sich die OEZA dazu, in ihren Partnerländern unter den gegebenen Rahmenbedingungen und angesichts der Bedürfnisse des Partnerlandes den effizientesten und effektivsten Mix an Modalitäten einzusetzen. Dabei wird die OEZA den Anteil an bilateraler Hilfe, der über Budgethilfe abgewickelt wird, schrittweise erhöhen, wobei aber nicht die gesamte bilaterale Hilfe für ein Partnerland über Budgethilfe abgewickelt werden soll. In Sektoren, in denen im Rahmen eines SWAPs sektoruelle Budgethilfe geleistet wird, wird es auch weiterhin komplementäre Projekte geben – einerseits zur Stärkung der administrativen Strukturen des Partnerlandes und andererseits zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Die OEZA geht dabei davon aus, dass der graduelle Ausbau der Programm- und Budgethilfe mit einem Ausbau der Unterstützung von Zivilgesellschaft und Parlament kombiniert werden muss, damit diese bei den staatlichen Organen die Grundleistungen für die Bevölkerung wirksam einfordern können.

Die OEZA beabsichtigt, unter Bedachtnahme auf die zur Verfügung stehenden Budgetmittel sowie auf das Vorhandensein der erforderlichen Voraussetzungen in den Partnerländern der OEZA bis Ende 2008 für Budgethilfe mindestens 10–15 % des operativen OEZA-Budgets aufzuwenden. Die OEZA wird dabei in erster Linie sektorielle Budgethilfe leisten und in diesem Prozess auch die internen administrativen und analytischen Strukturen aufbauen und stärken, die für den verantwortungsvollen und wirksamen Einsatz von Budgethilfe erforderlich sind. Der Einsatz sektorieller Budgethilfe bietet die Möglichkeit, auf dem im Rahmen der bisherigen Kooperation in den Schwerpunktsektoren der OEZA gesammelten Wissen aufzubauen und damit komparative Vorteile der OEZA einzubringen.

Uganda

BUDGETHILFE

Die Gebergemeinschaft hat Uganda in den Jahren 2003–2004 insgesamt 850 Mio. US Dollar an Budgethilfe zur Verfügung gestellt – das entspricht ca. 48 % des Budgets. Betrug der Anteil der Budgethilfe am Bruttoinlandsprodukt 1999 noch 3 %, so hat er sich bis 2001 fast verdreifacht (auf 8 %). Budgethilfe hat kontinuierlich an Bedeutung gewonnen und macht zurzeit 42 % der gesamten Unterstützungsleistungen der Gebergemeinschaft aus (2000 waren es noch 28 %). Diese Budgethilfe ist an Konditionen hinsichtlich des transparenten Budgetvollzuges, demokratischer Reformen und Fortschritte bei der Armutsbekämpfung gebunden. Aufgrund der zunehmenden Unzufriedenheit der Gebergemeinschaft hinsichtlich der mangelnden Fortschritte bei der Einführung eines Mehrparteiensystems hat Großbritannien im April 2005 die Auszahlung einer Rate von ca. 10 Mio. US-Dollar (5 Mio. Pfund) ausgesetzt (in Summe sagte Großbritannien für 2004–2005 40 Mio. Pfund zu). Österreich hat seit 1993 im Rahmen mehrerer Beiträge für die Bereiche Verwaltungsreform, Reform des Justizsystems und *Local Government* ca. 10 Mio. Euro an Budgethilfe geleistet.

4.2.3 Friedenssicherung und Konfliktprävention

OEZA-Leitlinien für Friedenssicherung und Konfliktprävention:

[www.aussenministerium.at/
oeza](http://www.aussenministerium.at/oeza)

Die Sicherstellung des Friedens und der menschlichen Sicherheit ist als eines der Hauptziele der OEZA im EZA-Gesetz festgelegt. Dies ist umso relevanter, als seit 1989 eine Zunahme an Konflikten mit einem veränderten Profil festzustellen ist (innerstaatliche Konflikte). Die OEZA wird sich bei der Umsetzung dieses Ziels in den kommenden Jahren v. a. in den folgenden vier Interventionsfeldern engagieren:

- **Mainstreaming:** Jede OEZA-Intervention kann potenziell unvorhergesehene Folgen bzw. gewaltfördernde (Neben-)Auswirkungen im Partnerland auslösen oder latente Konflikte verschärfen. *Mainstreaming* bedeutet daher in diesem Zusammenhang eine Prüfung des möglichen Konfliktpotenzials auch bei OEZA-Interventionen, die nicht direkt auf Konfliktprävention abzielen („do no harm“-Gesichtspunkt). In besonders sensiblen Sektoren, wie Wasserversorgung und Siedlungshygiene oder ländlicher Entwicklung, wird bei der Ausarbeitung von Projekten der OEZA daher der Aspekt der Konfliktprävention bereits systematisch berücksichtigt.
- **Stärkung lokaler Institutionen im Bereich der Konfliktprävention:** Für ein nachhaltiges System zur Friedenssicherung und Konfliktprävention sind lokale Organisationen in den Schwerpunktregionen der OEZA eine unverzichtbare Grundvoraussetzung. Die OEZA bekennt sich daher dazu, insbesondere in Afrika verstärkt mit regionalen und subregionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, die im Bereich Konfliktprävention und Friedenssicherung aktiv sind, und diese beim Aufbau effizienter und leistungsfähiger Strukturen zu unterstützen. Beispiele sind ECOWAS subregional in Westafrika oder die AU auf regionaler Ebene. Darüber hinaus haben gerade im Bereich der Konfliktprävention Organisationen der Zivilgesellschaft eine wichtige und zu den staatlichen Strukturen komplementäre Rolle. Die OEZA wird in diesem Arbeitsbereich daher auch Organisationen der Zivilgesellschaft durch Maßnahmen im Bereich des Institutionenaufbaus unterstützen.

Kosovo Forces/Austrian Contingent

CIMIC-KLEINPROJEKTEFONDS

Das österreichische Kontingent von KFOR ist seit Beendigung der Kämpfe im Kosovo zur Friedenssicherung in der Region Suhareka stationiert. Ein Teil ihres Mandats ist es, im Rahmen von CIMIC (zivil-militärische Kooperation) durch die Förderung konkreter Projekte einen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung der Region und damit zur Konfliktprävention und Konfliktbewältigung zu leisten. Gleichzeitig kann dadurch die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der KFOR-Präsenz gefördert werden. Im Sinne einer erhöhten Kohärenz der österreichischen Unterstützungsleistungen im Kosovo stellt die OEZA im Rahmen ihres Landesprogramms Kosovo Fördermittel für die Durchführung von Kleinprojekten durch CIMIC zur Verfügung. Schwerpunktmäßig sollen in Übereinstimmung mit den Sektorschwerpunkten des Landesprogramms Projektaktivitäten in den Bereichen Bildung und Wirtschaft gefördert werden.

Westafrika

FRIEDENSSICHERUNG UND MANAGEMENT VON KONFLIKTEN

Als Beitrag zur Vermeidung und Lösung von gewaltsamen Konflikten in der Region Westafrika wird eine strategische Partnerschaft namens PASPA (*Parténariat Stratégique pour la Paix*) aufgebaut, die einen Teil des regionalen Staatenbundes ECOWAS, die staatliche Stelle „*Bonne Gouvernance*“ in Burkina Faso und Netzwerke der Zivilgesellschaft umfasst. Das Projekt setzt beim Aufbau von Institutionen, der Ausbildung der Mitglieder von PASPA und bei Kampagnen zur Bewusstseinsbildung bei Konflikten an. Vom Standort Burkina Faso aus soll eine erfahrene internationale Durchführungsorganisation diese Aktivitäten mit PASPA umsetzen.

- **Förderung der Reintegration:** Die OEZA hat sich bereits bisher im Bereich der Reintegration und Rehabilitation von Soldaten in der Konflikt- und Nachkonfliktphase engagiert, beispielsweise bei der Reintegration von traumatisierten Kindersoldaten in Norduganda, und wird dieses Engagement auch in Zukunft weiterführen. Die OEZA beschränkt sich in diesem Arbeitsbereich aber nicht allein auf die Reintegration von Ex-Soldaten, sondern bezieht auch andere durch Konflikte entwurzelte Bevölkerungsgruppen mit ein, insbesondere Kinder und Frauen sind hier ein besonderes Anliegen der OEZA.
- **Stärkung der Justiz- und Sicherheitssysteme:** Effektive und demokratisch legitimierte Sicherheitssysteme sind eine wichtige Voraussetzung für die Prävention und die Aufarbeitung von Konflikten. Die OEZA wird daher ihr bisheriges Engagement im Justizbereich weiterführen. Dieses Engagement umfasst insbesondere die Unterstützung der Justizreform in den Partnerländern, Jugendstrafgerichtsbarkeit, Unterstützung von Gesetzgebung und die Erleichterung des Zugangs zum Rechtssystem.



Moldau

ENTWICKLUNG EINES ZEUGENSCHUTZPROGRAMMS

Verarmung und wirtschaftliche Perspektivenlosigkeit kennzeichnen die Lebenssituation der Menschen in Moldau und haben dazu geführt, dass Moldau in den letzten Jahren eines der Hauptherkunftsländer für Opfer von Menschenhandel geworden ist. Im Rahmen des Landesprogramms Moldau unterstützt die OEZA die moldauischen Behörden im Kampf gegen den Menschenhandel und trägt damit zur Stärkung der rechtsstaatlichen Strukturen und zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Moldau bei. In enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen Innenministerium wird im moldauischen Innenministerium eine unabhängige Dienststelle für Zeugenschutz aufgebaut. Schwerpunkt ist ein Ausbildungsprogramm für moldauische Beamte, die mit den europäischen Standards (EUROPOL) für Zeugenschutzprogramme vertraut gemacht werden. Mit diesem Projekt engagiert sich die OEZA im Schnittstellenbereich zwischen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik und trägt gleichermaßen moldauischen wie österreichischen bzw. europäischen Anliegen Rechnung.

Große Aufmerksamkeit misst die OEZA bei allen oben angeführten Interventionsfeldern der Frage von Kindern in bewaffneten Konflikten bei.

Uganda

REHABILITIERUNG UND REINTEGRATION FRÜHERER KINDERSOLDATEN

Ziel des Projektes ist es, ehemaligen Kindersoldaten neben einer psychologischen Betreuung eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen und sie in weiterer Folge dazu zu befähigen, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten. In einem Versuch mit 300 Jugendlichen wurde bereits erfolgreich getestet, ob das geplante Ausbildungsangebot mit der Nachfrage am Arbeitsmarkt tatsächlich übereinstimmt. Während des Aufenthalts der Kinder im Zentrum versuchen MitarbeiterInnen, die Familien der Jugendlichen ausfindig zu machen und die Rückkehr in ihre Familien vorzubereiten.

Zusätzlich bietet das Projekt auch eine Komponente zur Fortbildung von Erwachsenen an, wobei der Frauenanteil bei 60 % liegen wird. Geplant ist Unterricht in Lesen und Schreiben, Haushaltsführung und grundlegender Hygiene sowie Aufklärung über Menschen- und Frauenrechte.

4.2.4 Entwicklungspolitische Dimension der Schuldenreduktion

MDG 8 Zielvorgabe 15

Österreich nimmt aktiv an der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) zur Reduktion der Schuldenlast der ärmsten Länder bis zu deren Auslaufen aktiv teil und trägt die Entschuldungsstrategie im Pariser Club mit.

Überschuldung ist ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung und die Reduktion der Armut in vielen Entwicklungsländern. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist die Reduktion der Schulden dieser Länder daher ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele, da die Entwicklungsländer mit den im Staatshaushalt in Folge der Schuldenreduktion frei werdenden Mitteln entsprechend ihren eigenen Prioritäten Maßnahmen zur Armutsreduktion finanzieren können. Damit hat die Reduktion der Schulden im Wesentlichen den gleichen Effekt wie generelle Budgethilfe. Die Entwicklungswirksamkeit der Entschuldungsmaßnahmen hängt zentral vom verantwortungsvollen und effektiven Einsatz der frei werdenden Mittel durch die Partnerländer ab.

Um die Nachhaltigkeit des positiven Effekts der Schuldenreduktion zu sichern, haben sowohl die Geber- als auch die Empfängerländer dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig ein dauerhaft aufrecht zu erhaltendes Niveau der Verschuldung nicht überschritten wird. Die Gewährung neuer Kredite sollte daher in Hinkunft an Schuldentragfähigkeitsanalysen, wie sie im Rahmen von *International Development Association*, IDA, 14. Auffüllung, vereinbart wurden, gebunden werden. Ländern, die sich an der Schwelle zu einer neuerlichen Überschuldung befinden, sollten nicht Kredite, sondern „nicht rückzahlbare Zuschüsse“ gewährt werden, jedoch in geringerem Umfang, um ihre Motivation zu einem verantwortungsvollen Management des Staatshaushaltes nicht zu konterkarieren („*moral hazard*“).

Der Anteil der Schuldenreduktion an den ODA-Leistungen Österreichs wird in den kommenden Jahren insbesondere in Folge der Schuldenreduktion für den Irak vergleichsweise hoch sein. Angesichts der im Rahmen der EU von Österreich mitgetragenen Verpflichtung, die ODA schrittweise zu erhöhen (2006: 0,33 %, 2010: 0,51 %, 2015: 0,7 %), ist es ein zentrales Anliegen der OEZA, dass die Mittel für ihre bilaterale Projekt- und Programmhilfe keinen starken Schwankungen unterliegen.

4.2.5 Das Engagement der OEZA im Energiebereich

Ziele und Bedeutung

Die OEZA misst Interventionen im Energiebereich auf bilateraler und multilateraler Ebene in Bezug auf die Erreichung entwicklungspolitischer und außenpolitischer Zielsetzungen und in Übereinstimmung mit der BMF-IFIs-Strategie eine hohe Priorität zu.

OEZA-Leitlinien Energie für Nachhaltige Entwicklung in Ausarbeitung

MDG 7

- Energie und ihre Dienstleistungen sind für die OEZA wichtige Instrumente, die bei entsprechender Ausgestaltung zur Armutsbekämpfung und Erreichung der Entwicklungsziele wesentlich beitragen können (EZA-Gesetz, MDGs). Ohne Zugang zu modernen und leistbaren Energiedienstleistungen ist keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung für die Menschen in Entwicklungs- und Transformationsländern möglich.
- Die OEZA leistet durch ihre Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz im Rahmen ihrer Interventionen einen Beitrag zur Gestaltung einer ökologisch nachhaltigen Zukunft.
- Die OEZA sieht in ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zur Mitgestaltung einer weltweit gerechten Energieordnung und trägt dadurch zur Prävention von Konflikten zwischen und innerhalb von Staaten bei.
- Die OEZA versucht, im Energiebereich verstärkt die Österreichische Wirtschaft einzubinden, die in diesem Feld über komparative Vorteile und spezielles Know-how verfügt. In Entwicklungs- und Transformationsländern besteht im Energiesektor ein großer Investitionsbedarf, der Entwicklungszusammenarbeit und privates Engagement erfordert.

Maßnahmen 2006–2008

Der umfassende Energieansatz der OEZA verfolgt in Abstimmung und Kohärenz mit anderen nationalen und internationalen Akteuren sowohl auf bilateraler Programm- und Projektebene als auch auf multilateraler Ebene konkrete Maßnahmen, deren Wirkungen sich gegenseitig verstärken. Das Profil des österreichischen Engagements im Energiebereich soll in den nächsten Jahren sowohl bilateral als auch multilateral weiter gestärkt und geschärft werden. Dabei werden die Synergien mit der österreichischen Wirtschaft genutzt (vgl. Kap 4.2.6 Wirtschaft und Entwicklung).

- Auf der bilateralen Projekt- und Programmebene spielt Energie einerseits als Sektor und andererseits als Querschnittsmaterie für andere Sektoren eine wichtige Rolle. Neben der Beachtung von Energieeffizienz verfolgt die OEZA auf der Projektebene auch die Stärkung komparativer technologischer Vorteile im Bereich erneuerbarer Energien. Die österreichische Kooperation konzentriert sich vorzugsweise auf die Bereiche Wasserkraft, moderne Biomasse, Solarthermie und ausgewählte Bereiche der Geothermie.
- Auf multilateraler Ebene unterstützt die OEZA im Rahmen der EU, VN-Organisation, IFIs und Eigeninitiativen Maßnahmen, die auf eine gerechte und nachhaltige Gestaltung der weltweiten Energieordnung abzielen. Österreich hat in Bezug auf die Bemühungen um die internationale Zusammenarbeit im Bereich „Energie für Nachhaltige Entwicklung“ seit Mitte der 90er Jahre Themenführerschaft erlangt. Die nächste Gelegenheit zu einer konzertierten Anstrengung, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu intensivieren, bietet sich im Rahmen der zweijährigen Diskussionen der Kommission für Nachhaltige Entwicklung 2006–2007. Die österreichische Themenführerschaft und der EU-Vorsitz 2006 eröffneten hier besondere Möglichkeiten. So wurden im April 2006 Ratschlussfolgerungen zur Integration von Energie in die EZA angenommen.

Albanien und Mazedonien

SOLARENERGIE

Die Landesprogramme für Albanien und Mazedonien setzen einen klaren Schwerpunkt auf den Sektor Umwelt, Wasser und Energie. Dem Teilbereich „Erneuerbare Energien“ wird seitens der OEZA in Übereinstimmung mit den Entwicklungsprioritäten Albaniens und Mazedoniens und internationalen Zielsetzungen wie der Einhaltung des Kyoto-Protokolls verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Im Rahmen des OEZA-Projekts wird österreichisches Know-how im Bereich Solarenergie durch Ausbildungs- und *Capacity Building*-Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Produktionslinien zur Verfügung gestellt. Nationale Qualitätsprüfungseinrichtungen sollen u. a. für solarthermische Anlagen eingerichtet und Demonstrationsanlagen in öffentlichen Einrichtungen, wie Spitälern oder Kindergärten, finanziert werden.

OEZA-Leitlinien für
Wirtschaft und Entwicklung
in Ausarbeitung

4.2.6 Wirtschaft und Entwicklung/Privatsektorentwicklung

„Wirtschaft und Entwicklung“ hat die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern der OEZA zum Ziel. Wirtschaftliche Entwicklung stellt eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für eine nachhaltige Reduktion der Armut in Entwicklungsländern dar. Die OEZA setzt in ihren Interventionen im Bereich „Wirtschaft und Entwicklung“ daher einen Schwerpunkt auf die Förderung von „*Pro-Poor-Growth*“ und versteht darunter einen Wachstumsprozess, an dem arme Bevölkerungsgruppen überproportional teilhaben und der daher auch zur Reduktion der Verteilungsungleichheit führt. In geografischer Hinsicht konzentriert sich das Arbeitsfeld vorrangig auf die Schwerpunktländer der OEZA und verfolgt vorrangig drei Ansatzpunkte:

■ **Stärkung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement in den Partnerländern („*Enabling Environment*“)**

Unter Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement versteht die OEZA das politische, wirtschaftliche und institutionelle Umfeld, in dem privatwirtschaftliches Handeln stattfindet und das die Entwicklung einer ökosozialen Marktwirtschaft fördert oder bremst bzw. die Funktionsweise und Ergebnisse von Marktprozessen gestaltet. Die OEZA engagiert sich in diesem Bereich in erster Linie für die Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen (z. B. durch finanzielle Beteiligung und inhaltliche Mitarbeit des BMWA im Rahmen des „*Investment Compact*“) und stimmt sich hier eng mit dem Bereich *Good Governance* ab. Die OEZA wird sich aber auch an der Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten, beteiligen, sofern dies die der OEZA zur Verfügung stehenden Budgetmittel erlauben. In Wahrnehmung des im EZA-Gesetz verankerten Kohärenzgebotes wird die OEZA entwicklungspolitische Anliegen verstärkt in die österreichische Positionierung bei Verhandlungen zu internationalen Regelwerken für Handel und Investitionen (z. B. WTO, OECD) einbringen.

■ **Maßnahmen zur Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben**

Für 2006 ist eine Überarbeitung und Aktualisierung der derzeit gültigen MKMB-Politik geplant. Die Interventionen der OEZA zur Förderung des lokalen Privatsektors untergliedern sich in zwei Teilbereiche:

- *Business Development Services*, um v. a. lokalen Unternehmensverbänden und MKMB Zugang zu Wissen und Know-how zu verschaffen, sowie
- Aufbau effizienter und inklusiver Finanzsektoren, insbesondere um lokalen MKMB den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu ermöglichen.

■ Einbeziehung des Potenzials der europäischen/österreichischen Wirtschaft

Für das Oberziel der Armutsreduktion durch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung muss nicht nur der Privatsektor in Entwicklungs- und Transitionsländern mobilisiert und dynamisiert werden, auch die Privatwirtschaft entwickelter Staaten kann einen wichtigen Beitrag leisten. Die OEZA konzentriert sich daher in der Partnerschaft mit der österreichischen Wirtschaft in erster Linie auf Maßnahmen, die zum Ziel haben:

- Synergien zwischen öffentlichen und privaten Leistungen zu nutzen und zusätzliche private Mittel für entwicklungspolitische Anliegen zu mobilisieren,
- Synergien mit anderen Instrumenten der öffentlichen Hand zu nutzen (insbesondere den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung),
- das Engagement der österreichischen/europäischen Wirtschaft in Entwicklungs- und Reformländern zu erhöhen und die positiven Entwicklungseffekte privater Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen in den Zielländern zu maximieren,
- durch komplementäre öffentliche Leistungen die Nachhaltigkeit und Effizienz privatwirtschaftlichen Engagements zu erhöhen und so positive gesamtwirtschaftliche Effekte in den Zielländern zu fördern,
- die unternehmerische Verantwortung ausländischer und lokaler Unternehmen zu stärken und die Wirtschaft für entwicklungspolitische Anliegen zu sensibilisieren,
- Verbesserung der langfristigen Kooperationschancen für österreichische Unternehmen.

Im Fokus: Entwicklungspolitische Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele und Aufgaben

Die OEZA informiert die österreichische Öffentlichkeit über Entwicklungspolitik. Sie fördert Verständnis für Fragen der internationalen Entwicklung und kommt ihrem Auftrag nach, den Beitrag Österreichs zu einer nachhaltigen Entwicklung transparent und nachvollziehbar darzustellen. Eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist Schwerpunkt aller EU-Partner und des DAC der OECD. Mit dem Förderprogramm für Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit von NRO in Österreich verfolgt die OEZA das Ziel einer lebendigen Kommunikation und Auseinandersetzung über Entwicklungspolitik unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit.

Öffentlichkeitsarbeit

Schwerpunkte

Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist es, über die Thematisierung von Entwicklungspolitik hinaus Programme und Projekte der OEZA – in Abstimmung mit der geförderten Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit – aktiv, auch in den Partnerländern zu kommunizieren. Im Mittelpunkt für den Planungszeitraum 2006–2008 stehen daher:



- Informationen über die Mitwirkung Österreichs an der **Entwicklungspolitik der EU** und der internationalen Gemeinschaft;
- Konkretisierung der einander bedingenden Zusammenhänge von **Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten** im Sinne eines umfassenden Begriffs der „menschlichen Sicherheit“ auf verschiedensten Dialogebenen. Die Vermittlung der **zentralen Rolle von Frauen** in Entwicklungs-, aber auch Friedens- und Versöhnungsprozessen spielt hier eine besondere Rolle.
- Weiterentwicklung der professionellen Kommunikation über EZA im Rahmen von **Harmonisierung und Anpassung**;
- **Ausbau und Förderung der Kommunikationsbeziehungen**, Akzeptanz und Zusammenarbeit zwischen den im Rahmen der OEZA tätigen staatlichen Stellen, Organisationen, Interessensvertretungen, NRO, Firmen und Personen.

Förderprogramm

NRO kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie aufgrund ihrer Erfahrungen über vielfältige Kontakte und Kompetenz in allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung verfügen und finanziell und personell in der österreichischen Gesellschaft verankert sind. Das Förderprogramm der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit 2004–2006 legt die allgemeinen Förderkriterien fest; es wird 2006 für den nächsten Dreijahreszeitraum neu erarbeitet. Die Inhaltlichen Schwerpunkte der Förderungen liegen auf den Themen:

- Millenniumsziele;
- Fairer Handel;
- Globales Lernen;
- Dialog der Kulturen, 2006 besonders Lateinamerika, 2007 EU-Jahr des interkulturellen Dialogs.

Themen der Öffentlichkeitsarbeit

Die geförderten Projekte richten sich v. a. an Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, an Kinder und Jugendliche, an die Medien, an Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen sowie an Gruppen und Organisationen.

OEZA-Leitlinien Öffentlichkeitsarbeit in Planung

Die **Qualitätsentwicklung**, d. h. die Verbesserung der inhaltlichen und methodischen Zugänge in der Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, in den einzelnen Programmen sowie der Einsatz innovativer Kommunikationsformen sind wesentliche Voraussetzungen für die Förderung. Die **nachhaltige Wirksamkeit** der Projekte wird durch eine kontinuierliche Arbeit zu Schwerpunktthemen und mit ausgewählten Zielgruppen erreicht. Eine inhaltliche wie methodische Erweiterung erfolgt über Kooperationen besonders in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft inklusive Landwirtschaft und Kultur.

5. Internationale humanitäre Hilfe

Humanitäre Krisen nach bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen oder technologischen Katastrophen können durch Effekte der Unterbrechung von Entwicklungsprogrammen und akuter politischer Destabilisierung, der Vernichtung oder Beeinträchtigung gesellschaftlicher Institutionen und sozialer Netzwerke, der Zerstörung wirtschaftlicher Ressourcen und nachteiliger Beeinflussung des Investitionsklimas zu einer negativen Beeinflussung der Entwicklungsperspektiven eines Landes führen und Entwicklungsfortschritte um Jahre und Jahrzehnte verzögern. Den Betroffenen in armen Ländern, denen plötzlich ihre Existenzgrundlage entzogen wird, fehlen Handlungsalternativen. Ihre Verwundbarkeit gegenüber sekundären Gefährdungen wie etwa Epidemien oder Hungersnöten wird schlagartig erhöht. Diese besondere Verwundbarkeit armer Länder spiegelt sich in der Notwendigkeit wider, Soforthilfemaßnahmen mit längerfristigen Wiederaufbauprogrammen und Entwicklungszusammenarbeit abzustimmen. Die humanitäre Hilfe leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Ziels 1 der MDGs.

Verletzlichkeit von
Entwicklungsländern

Durch die Bereitstellung von bedarfsorientierter, effektiver humanitärer Hilfe trägt Österreich dazu bei, in Krisen- und Katastrophensituationen Menschenleben zu retten und zu schützen, Not zu lindern bzw. zu vermeiden und die Unversehrtheit und Würde von betroffenen Menschen zu bewahren. Weiterführendes Ziel der humanitären Hilfe der OEZA ist es, im Kontext der Notsituation Möglichkeiten für Eigeninitiative und -verantwortung zu schaffen sowie Vertrauen in **staatliche Regierungs- und Verwaltungsstrukturen** und damit Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Gesellschaft wiederherzustellen. Auch durch Präventionsmaßnahmen sollen im Rahmen der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe die Entwicklungsperspektiven berücksichtigt werden („Kontinuum“). Jede Katastrophen- und Krisensituation hat ihre spezifischen Ursachen und erfordert spezifische Ansätze, die auf die betroffene Bevölkerung und Situation abgestimmt sein müssen. Humanitäre Hilfe braucht daher einen besonders hohen Grad an Flexibilität.

Kontinuum

5.1 Aktuelle Herausforderungen

Gegenwärtig steht die Internationale Gemeinschaft vor drei großen Herausforderungen, die in den EU-Leitlinien zur Humanitären Hilfe aus dem Jahr 1996 zusammengefasst sind:

- Gewaltsame Konflikte, in denen der Übergang zwischen humanitärer Krise und Entwicklungszusammenarbeit in einem breiteren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhang betrachtet werden muss und ein wichtiges Element darstellt, das in den einzelnen Phasen und Interventionsbereichen berücksichtigt werden muss;
- Naturkatastrophen, bei denen internationale Geber Vorbereitungsmaßnahmen treffen können, um das Selbsthilfepotenzial der Bevölkerung zu erhöhen;
- Strukturelle Krisen, in deren Rahmen die internationalen Geber ihre Politik anpassen müssen, damit sie sich allmählich aus den Ländern zurückziehen können, in denen kein Bedarf an humanitärer Hilfe mehr besteht. Das bedeutet, dass rechtzeitig geeignete Instrumente zur Ablösung der Hilfe umgesetzt werden müssen.

Österreich hat sich der zunehmenden Bedeutung der humanitären Dimension in den internationalen Beziehungen und der solidarischen Mitverantwortung zu stellen. Um einen effektiven Beitrag zu leisten und die Kohärenz österreichischer humanitärer Hilfsleistungen mit den Hilfsbemühungen der internationalen Gemeinschaft sicherzustellen, werden die landesspezifischen humanitären Hilfsinterventionen nach Möglichkeit in planvoller Weise mit der internationalen Gemeinschaft abgestimmt.

5.2 Normative Grundlagen

Good Humanitarian Donorship

Die normativen Grundlagen in der österreichischen humanitären Hilfe beruhen in erster Linie auf den einschlägigen Vorschriften der Genfer Konventionen von 1949, der Zusatzprotokolle von 1977 und des Völkergewohnheitsrechts sowie auf den Grundsätzen, die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung erarbeitet haben. Die humanitäre Hilfe der OEZA orientiert sich weiters an den Leitlinien der EU, des OECD-DAC, den internationalen humanitären Konventionen und den Grundprinzipien der *Good Humanitarian Donorship-Initiative* die am 16./17. Juni 2003 in Stockholm von den wichtigen humanitären Geberländern vereinbart wurden.

OEZA-Leitlinien Humanitäre Hilfe in Ausarbeitung

Die Ziele der internationalen humanitären Hilfe der OEZA ergänzen das Mandat der internationalen Katastrophenhilfe, die in Österreich durch das Bundesministerium für Inneres koordiniert wird. Die humanitäre Hilfe der OEZA ergänzt die Internationale Katastrophenhilfe des BMI, da neben der unmittelbaren Katastrophenphase auch die Folgephasen der Rehabilitation, des Wiederaufbaus und der Katastrophenprävention programmatisch unterstützt werden können. Die thematischen Einsatzbereiche der humanitären Hilfe sind humanitäre Sofortmaßnahmen (Phase der ersten 6 Monate nach Eintreten des Katastrophenfalls), die besonders sensible Phase des Wiederaufbaus sowie Aktivitäten der Katastrophenprävention innerhalb von OEZA-Programmregionen.

5.3 Einsatzprinzipien

Humanität, Neutralität, Unparteilichkeit, Nichtdiskriminierung

Die Humanitäre Hilfe der OEZA wird ausschließlich nach den Grundsätzen der Humanität, Neutralität, Unparteilichkeit und Nichtdiskriminierung, d. h. unabhängig von der ethnischen, religiösen und politischen Zugehörigkeit der Betroffenen geleistet. Hilfsmaßnahmen, die sich nicht an diesen Grundsätzen orientieren, werden – unabhängig von der wohlmeinenden Absicht und der Wirksamkeit – in diesem Sinne nicht als humanitäre Hilfe eingestuft. Wie in den Zusatzprotokollen zu den Genfer Konventionen definiert, muss humanitäre Hilfe unparteiisch erfolgen, d. h. „ohne jede nachteilige Unterscheidung“. Diese Unparteilichkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Zugang zur betroffenen Zivilbevölkerung auf allen Seiten eines Konflikts. Dies wird u. a. durch die primäre Rolle ziviler Organisationen bei der Durchführung österreichischer humanitärer Maßnahmen sichergestellt, die von allen Beteiligten an einem Konflikt als neutral akzeptiert werden.

Bedarfsorientierung

Humanitäre Hilfe muss eine direkte Antwort auf die erhobenen Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung sein. Die Bereitstellung von Mitteln durch die OEZA für humanitäre Hilfsmaßnahmen erfolgt auf Basis von Bedarfsanalysen und in Abstimmung mit den Hilfsanstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Besondere Aufmerksamkeit wird Österreich den so genannten „vergessenen Krisen“ schenken.

Gewährleistung von Mindeststandards

Um die Effektivität und Nachhaltigkeit von humanitären Hilfsprogrammen zu gewährleisten, müssen alle geförderten Hilfsmaßnahmen Mindeststandards erfüllen, die in der *Humanitarian Charter* und den *Minimum Standards in Disaster Response der Principles and Good Practices of Humanitarian Donorship* 2003 festgelegt sind. Eine wichtige Regel von humanitärer Hilfe in Katastrophen- und Krisensituationen ist die Grundregel „*Do no harm*“, d. h. die Vermeidung negativer Auswirkungen durch humanitäre Interventionen. Nach diesem Prinzip sollen unbeabsichtigte Folgen von humanitärer Hilfe kritisch untersucht und ungewollte Konfliktverschärfung (aber auch potenzielle Konfliktverlängerung) erkannt, vermieden und abgefedert werden. Notwendig dafür ist die Überprüfung der inhaltlichen und operativen Aspekte von Hilfsvorhaben hinsichtlich ihrer Konfliktrelevanz, Konfliktrisiken und tatsächlichen Wirkungen, die in der ADA durch fachlichen Input des Referats für Qualitätssicherung und Wissensmanagement (vor allem der *Desks* für Menschenrechte, Demokratisierung und Friedenssicherung) berücksichtigt werden kann.

Stärkung der nationalen und internationalen Koordination

Humanitäre Hilfe der OEZA beruht auf dem Grundsatz der Kohärenz, Koordination und Einbettung in die Hilfsanstrengungen der Internationalen Gemeinschaft. Vorhaben und Programme der OEZA im humanitären Bereich werden im Vorfeld mit internationalen humanitären Akteuren, insbesondere mit den Appeals von EU, VN und IKRK/IFRK abgestimmt. In Österreich sind aufgrund der Komplexität der Aufgabe der Katastrophenhilfe in Entwicklungsländern zahlreiche Akteure in Projekten der humanitären Hilfe tätig (u.a. einzelne Bundesressorts wie BMAA, BMI, BMLFUW; Landesregierungen, Gemeinden, private Stiftungen, NRO etc.).

5.4 Zielgruppen

Humanitäre Hilfe erfolgt unter der Beachtung des Prinzips der Nichtdiskriminierung der von Katastrophen- und Krisensituationen betroffenen Menschen. Hilfe wird Menschen ungeachtet ethnischer Abstammung, Religion, Gesellschaft, Staatsangehörigkeit, sozialer Stellung oder politischer Ansicht primär nach dem Kriterium des Bedarfes geleistet. Ein besonderer **Gender-Schwerpunkt** ergibt sich aus der tragenden Rolle, die Frauen in Katastrophenfällen und in der Phase des Wiederaufbaus einnehmen können und sollen.



Die humanitäre Hilfe der OEZA wird sich daher auch im Zeitraum 2006–2008 prioritär an besonders verletzte Gruppen richten:

- Zivilbevölkerung in Not,
- Bevölkerungsgruppen, die in Notsituationen besonders verwundbar sind (Frauen, Kinder, und behinderte Menschen),
- Flüchtlinge, Vertriebene (IDPs) und Obdachlose.

5.5 Zielländer

Die Internationale Humanitäre Hilfe der OEZA wird sich 2006–2008 in erster Linie an folgende Zielländer wenden:

- Partnerländer der OEZA und deren angrenzende Nachbarstaaten,
- Entwicklungsländer und Regionen, die von großen humanitären Krisen betroffen sind,
- Übergangsländer nach Definition des OECD-DAC, die von großen humanitären Krisen betroffen sind und im Kontext internationaler Solidarität besondere Bedeutung für Österreich haben.

5.6 Katastrophenhilfefonds

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2006 wurde die Einrichtung eines Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland („Auslandskatastrophenfonds“) beschlossen. Der Fonds hat das Ziel, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland wie beispielsweise Natur- und Hungerkatastrophen zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Er verfügt jedoch über keine Rechtspersönlichkeit und wird vom BMAA verwaltet. Die Mittel des Fonds werden über Zuwendungen des Bundes nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes, Zuwendungen anderer Gebietskörperschaften und sonstiger öffentlicher und privater Akteure aufgebracht. Über die Verwendung der Mittel des Fonds entscheidet in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung; die Bereitstellung der Budgetmittel erfolgt im Wege einer Überschreitungsermächtigung in der genehmigten Betragshöhe.

Auslands-
katastrophenfonds

Im Fokus: Ernährungssicherheit und Nahrungsmittelhilfe

Zielvorgabe für die FAO¹

Nach neuesten Schätzungen sind 815 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern von chronischer Unterernährung betroffen, darüber hinaus sind weitere 5–10 % der Bevölkerung aufgrund von Krisen oder unvorhersehbaren Ereignissen akut gefährdet. Besonders betroffen sind bäuerliche Kleinproduzenten, Hirtennomaden und Landlose. In Afrika südlich der Sahara kann die Nahrungsmittelproduktion kaum mehr mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Übernutzung der Böden, Überweidung und zunehmende Erosion sind die Folge. Hunger und Unterernährung führen zu größerer Anfälligkeit gegenüber Krankheiten wie HIV/AIDS und stehen einer produktiven Arbeit oder auch der Schulbildung entgegen.

MDG 1 Im Rahmen des „Millenniums-Projekts“ der VN wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Strategieempfehlungen zur Erreichung der Millenniumsziele erarbeitet. Als Hauptaufgabengebiete zur Sicherung der Ernährung wurden die Verbesserung der Praktiken des internationalen Agrarhandels, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, die Schaffung und Sicherung von Zugang zu Land, Wasser, Ausbildung und Krediten, der Aufbau von lokalen Märkten und die Schaffung von Sicherheitsnetzen für akut Hungernde identifiziert. Darüber hinaus ist für nachhaltige Ernährungssicherung auch die Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Ressourcen notwendig.

Auf Basis der Erklärungen der beiden FAO-Welternährungsgipfel 1996 und 2002 und der VN-Millenniums-Erklärung 2000 ist die Bekämpfung von Hunger und Armut zentrales entwicklungspolitisches Ziel der OEZA auf dem Gebiet der Ernährungssicherheit, wobei der ländlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle zukommt.

Österreich ist seit dem Jahre 1947 Mitglied bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Der jährliche Mitgliedsbeitrag richtet sich nach dem Länderschlüssel der Vereinten Nationen, wird aus dem Budget des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) entrichtet und betrug im Jahr 2005 etwa 3 Mio. Euro. Die Mitgliedsbeiträge stellen – neben freiwilligen Beiträgen und spezifisch programmorientierten Beiträgen – das Grundbudget für die FAO-Arbeit dar.

Österreichische Schwerpunkte

Österreich wird seine Bemühungen im Bereich Ernährungssicherung weiterhin auf die Wahrung der identifizierten Schwerpunkte der FAO zur Senkung der Anzahl der Hungernden in der Welt konzentrieren, wobei besonderes Augenmerk auf eine nachhaltige Entwicklung der Sektoren Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei unter Einbindung der Verantwortung der nationalen Regierungen für die Umsetzung regionaler, nationaler und lokaler Entwicklungspläne zur Nahrungsmittelsicherheit gelegt wird. Das Instrument Nahrungsmittelhilfe kommt aus österreichischer Sicht nur in akuten Krisensituationen in Betracht und muss den Kriterien hinsichtlich Qualität, Quantität, Zielgruppenorientierung und Zeitgerechtigkeit genügen. Zur Nahrungsmittelhilfe in Krisenfällen erfolgt ein jährlicher Beitrag Österreichs von 1,490 Mio. Euro durch das BMLFUW im Rahmen des Nahrungsmittelhilfeübereinkommens.

¹) OCHA, World Food Programm und UNRWA werden im Kapitel 7.2, Entwicklungsagenda der VN, behandelt.

Multilaterale Instrumente

Neben vielfältigen Programmen und Sondereinrichtungen der FAO zur weltweit flächendeckenden Armuts- und Hungerbekämpfung wurde mit der Annahme der freiwilligen Richtlinien zur Unterstützung der fortschreitenden Umsetzung des Rechtes auf Ernährung durch das FAO-Komitee für Welternährungssicherung und den FAO-Rat im Herbst 2004 ein weiteres, auf einem menschenrechtlichem Ansatz basierendes Hilfsinstrument geschaffen. Für Österreich – wie für die anderen EU-Mitgliedstaaten – gilt es im Zeitraum 2006–2008, den Prozess der weltweiten Umsetzung des Rechts auf Ernährung als wichtigen Bestandteil menschlicher Sicherheit im Rahmen nationaler Strategien, v. a. die Sicherstellung eines nachhaltigen Zugangs zu Nahrungsmitteln im Sinne von Ernährungssicherheit, zu begleiten und zu forcieren.

Einen weiteren Beitrag zur Realisierung der Ziele der Welternährungsgipfel und damit der Hauptziele der FAO stellt das, nach Jahren der Verhandlung angenommene internationale Abkommen über Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft dar, das die Erhaltung der Biodiversität sowie einen besseren Zugang und Gebrauch indigenen Ressourcen zum Inhalt hat. Österreich wird sich im exekutiven Lenkungsorgan des Abkommens ab 2006 u. a. für die Abgeltung und den Ausgleich der gegenseitigen Vorteile zum Schutz der indigenen Bauern einsetzen.

Österreich ist im Rahmen seiner FAO-Mitgliedschaft schwerpunktmäßig auch im Bereich *Gender* und Ländliche Entwicklung tätig und wird diese Arbeit verstärkt fortführen.

Betreffend die internationale Nahrungsmittelhilfe und die Mitarbeit am VN-Welternährungsprogramm wird Österreich auch weiterhin im Rahmen der budgetären Möglichkeiten finanzielle Beiträge für Nahrungsmittelhilfslieferungen an in Notfall geratene, bedürftige Regionen der Welt zur Verfügung stellen. Die Beschaffung hat soweit wie möglich vor Ort bzw. in der Region zu erfolgen. Schwerpunktländer sind Länder in der Sahel Zone und im Raum Ostafrika, wo Hungerkatastrophen besonders dramatisch sind. Darüber hinaus gilt es in diversen internationalen Arbeitskreisen, verstärkt auf Nachhaltigkeit der Ernährungssicherheit hinzuarbeiten.

In Österreich verfolgt die OEZA gemeinsam mit dem BMLFUW die Aufgabe, die Öffentlichkeit über die kritische Situation der internationalen Ernährungslage zu sensibilisieren und informieren.

Recht auf Ernährung

Biodiversität



6. Programmrahmen

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT SÜD			
Zentralamerika Schwerpunktregion	Zentralamerikanischer Integrationsprozess Sektoren: ländliche Entwicklung Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe Soziales Private Wirtschaftspartnerschaften	OEZA-Regionalprogramm 2007–2009 in Ausarbeitung	Lateinamerika-Schwerpunkt der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006: Forum der zentral-amerikanischen Staaten zu Harmonisierung und Anpassung am 10.5.2006 <i>Round Table</i> der Menschenrechtsprokuratoren aus Lateinamerika und Europa vom 24.–26. April 2006 Seminarreihe „Real 2006“ Regionaler Erfahrungsaustausch
Guatemala Partnerland in der Schwerpunktregion	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe ländliche Entwicklung Sozialer Sektor	Wird in Regionalprogrammierung Zentralamerika übergeführt	
El Salvador Partnerland in der Schwerpunktregion	Ländliche Entwicklung: Fokus auf Erwachsenenbildung Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe	Wird in Regionalprogrammierung Zentralamerika übergeführt	
Nicaragua Schwerpunktland	Ländliche Entwicklung Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe Sozialer Sektor (Bildung, Gesundheit, Wasser)	OEZA-Landesprogramm 2007–2009 (und darüber hinausgehend) wird mit Sektorprogrammen erarbeitet	– Bilaterale jährliche Konsultationen – Harmonisierung und Anpassung: gemeinsame Analyse mit EU – Abstimmung mit Regionalprogramm Zentralamerika – Drittlandkooperation – Umsetzung der Ergebnisse der NRO-Evaluierung – Beteiligung am SWAP für Gesundheit – <i>Basket-Fund</i> -Finanzierung

²⁾ Die operative Umsetzung der Programme kann auf das gesamte Spektrum der zur Verfügung stehenden Instrumente zurückgreifen.

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Afrika gesamt	EU-Strategie für Afrika wird unterstützt	Bisherige OEZA-Erfahrung wird mit thematischem Profil aufgearbeitet	Kooperation mit regionalen Organisationen und Projekten: AU, NEPAD, IFIs, ADEA, APRM, PIDG, ICF Initiativen der Zivilgesellschaft Förderung länderübergreifender Projekte Süd-Süd-Kooperation
Westafrika Schwerpunktregion	Konfliktprävention Lokale Entwicklungsmodelle und regionale Integration Produktionsgrundlagen, Vermarktung und Handel Wissenschaftskooperation und Bildung	OEZA-Regionalprogramm 2006–2008	Kooperation mit – regionalen Institutionen (<i>Club du Sahel</i> , ENDA, ECOWAS), – multilateralen Programmen – und Initiativen der Zivilgesellschaft. Regionale Energiepolitikentwicklung Wissenstransfer aus OEZA-Erfahrung
Senegal Partnerland in der Schwerpunktregion	Dezentralisierte ländliche Entwicklung	Landessektorprogramm 2006–2008	Initiativen der Zivilgesellschaft und lokaler Entwicklungspläne
Kap Verde Schwerpunktland	Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (Wasser) Entwicklung dezentraler Initiativen Kapazitätenentwicklung	OEZA-Landesprogramm 2006–2008 Bilaterales Kooperationsabkommen 2006–2008	Sektorielle Budgethilfe Kooperation mit Brasilien
Burkina Faso Schwerpunktland	Nachhaltige ländliche Entwicklung Handwerks-, Mikro- und Kleinbetriebsförderung Technisches Unterrichtswesen und Berufsbildung	OEZA-Landesprogramm und Teilprogramme 2005–2007 Bilaterales Kooperationsabkommen 2005–2007	Jährliche bilaterale Konsultationen Beteiligung an Programmhilfe für Technisches Unterrichtswesen und Berufsbildung

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Ostafrika Schwerpunktregion	Demokratie/ Dezentralisierung <i>Good Governance</i> Wasser/Siedlungshygiene Konfliktprävention/ Friedenssicherung	Regionalprogramm Ostafrika in Vorbereitung	Projekte und Programme mit regionaler Reichweite Kapazitätenentwicklung Wissenschaftskooperation Zukünftiges Engagement der OEZA wird mit anderen Gebern koordiniert
Kenia Partnerland in der Schwerpunktregion		Wird in Regionalprogram- mierung Ostafrika übergeführt	<i>National Civic Education Programme</i> Beitrag zu Basket Fund mehrerer Geber Evaluierung des bisherigen Gesamtprogramms der OEZA
Burundi Partnerland in der Schwerpunktregion		Wird in Regionalprogram- mierung Ostafrika übergeführt	
Ruanda Partnerland in der Schwerpunktregion		Wird in Regionalprogram- mierung Ostafrika übergeführt	
Tansania Partnerland in der Schwerpunktregion		Wird in Regionalprogram- mierung Ostafrika übergeführt	Teilnahme an <i>Local Government Basket Fund</i>
Uganda Schwerpunktland	Wasser und Siedlungshygiene Privater Sektor: – <i>Local Economic Development</i> – organische Landwirtschaft <i>Good Governance</i> und Rechtsentwicklung Dezentralisierung Sonderprogramm für Norduganda	OEZA-Landesprogramm 2006–2009 in Vorbereitung	Bilateraler Programmdialog Sektorbudgethilfe, Teilnahme an SWAPs und <i>Basket Funds</i> mehrerer Geber Kapazitätenentwicklung Wissenschaftskooperation NRO-Kofinanzierungen.

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Äthiopien Schwerpunktland	Region Amhara: Ernährungssicherheit	OEZA-Landesprogramm 2004–2006	
	Region Somali: Gesundheit Energie	OEZA-Landesprogramm 2007–2010 in Vorbereitung	
	Traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen, Menschenrechte, Partizipation der Zivilgesellschaft		
	Kapazitätenentwicklung		
Südliches Afrika Schwerpunktregion	<i>Good Governance</i> , Demo- kratie und Menschenrechte	OEZA-Regionalprogramm ab 2007 in Ausarbeitung	Verstärkte Kooperation mit SADC
	Dezentralisierung und Distriktentwicklung Landfragen		
Namibia Partnerland in der Schwerpunktregion	Dezentralisierung und Distriktentwicklung	Wird in Regionalprogram- mierung Afrika-Süd übergeführt	
Simbabwe Partnerland in der Schwerpunktregion	Nahrungsmittelsicherung durch Unterstützung lokaler Initiativen	Wird in Regionalprogram- mierung Afrika-Süd übergeführt	
Südafrika Partnerland in der Schwerpunktregion	Dezentralisierung und Distriktentwicklung	Wird in Regionalprogram- mierung Afrika-Süd übergeführt	Zusammenarbeit mit NEPAD-Sekretariat
Mosambik Schwerpunktland	Dezentralisierung (inklusive Wasser- und Siedlungshygiene) und Distriktentwicklung	OEZA-Landesprogramm ab 2007 in Vorbereitung	Bilateraler Programmdialog Sektorielle Budgethilfe Landwirtschaftsministerium
	Ländliche Entwicklung		Kooperation mit Brasilien
Palästinensische Gebiete Schwerpunktprogramm	Konkrete Beiträge zum Nahost-Friedensprozess	OEZA-Programm 2006–2008	Maßnahmen, die den Friedensprozess fördern Bis auf Weiteres keine Zusammenarbeit auf Regie- rungsebene. Durchführung der Programme auf NRO- und multilateraler Ebene

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Palästinensische Gebiete Schwerpunktprogramm	<p>Wasserversorgung</p> <p>Gesundheitsdienste</p> <p>Kapazitäts- und Institutionenentwicklung</p> <p>Humanitäre Hilfe/Krisenintervention mit Komponenten Rehabilitation, Arbeits- und Einkommensbeschaffung</p> <p><i>Good Governance</i>, Menschenrechte, Demokratisierung</p> <p>Unterstützung der palästinensischen Zivilgesellschaft</p>	<p>OEZA-Sektorprogramm 2006–2008 in Vorbereitung</p> <p>OEZA-Sektorprogramm 2006–2008 in Vorbereitung</p>	<p>Kooperation im Rahmen Gaza/Weltbank-Abzugsplan</p> <p>Kooperation mit und Beiträge zu UNRWA, insbesondere <i>Emergency Appeal</i></p> <p>Gemeinsame Geberinitiative mit Dänemark, Schweden und Schweiz</p> <p>NRO Fonds</p>
Himalaya-Hindukush Schwerpunktregion	<p>Regionale Zusammenarbeit durch angewandte Forschung</p>	<p>OEZA-Regionalprogramm Himalaya/Hindukush 2006–2008</p>	<p>Institutionelle Kapazitäten stärken</p> <p>Kooperation und Erfahrungsaustausch mit regionalen Forschungsinstitutionen: ICIMOD, <i>Asian Institute for Technology</i></p>
Nepal Partnerland in der Schwerpunktregion	<p>Kulturelle Zusammenarbeit</p> <p>Ländliche Entwicklung</p> <p>Tourismus</p>		<p>Evaluierung Kulturprojekte</p> <p>Kooperation mit NRO</p> <p>Kooperation mit DEZA (CH) verstärken</p>
Pakistan Partnerland in der Schwerpunktregion		<p>Wird in Regionalprogrammierung Himalaya/Hindukush übergeführt</p>	<p>Absicherung der Ergebnisse von OEZA-Projekten</p>
Bhutan Schwerpunktland	<p>Energie</p> <p>Hochgebirgsökologie</p> <p>Tourismus</p> <p>Kulturelle Zusammenarbeit</p> <p>Institutioneller Kapazitätenaufbau</p>	<p>OEZA Landesprogramm 2006 – 2008 wird vorbereitet</p> <p>Sektorprogramm Energie 2005–2007</p>	<p>bilaterale jährliche Konsultationen</p> <p>Evaluierung</p> <p>Drittlandkooperation: Berufsvorbildung, -ausbildung und -spezialisierung</p>

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT OST

Südosteuropa/ Westbalkan Schwerpunktregion	Themenbereiche, in denen regionale Kooperation einen besonders großen Mehrwert hat, wie Bekämpfung von Organisierter Kriminalität speziell: Menschenhandel Stabilitätspaktinitiativen in OEZA-Schwerpunktbereichen, z. B. <i>Investment Compact, Task Force Education and Youth</i> Konfliktprävention und Versöhnung Ausbau inhaltlicher Schwerpunkt Wirtschaft und Entwicklung	OEZA Strategie: Regionale Kooperation Südosteuropa (Juni 2004) OEZA-Regionalprogramm 2006–2008 in Vorbereitung	Internationale Kooperationen <i>Know How Transfer Center</i> (kleinere Verwaltungskooperationen bis zu EU-Integration) NRO-Kofinanzierungslinie Länderübergreifende Projekte in Grenzregionen Enge Zusammenarbeit mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa
Bulgarien Partnerland in der Schwerpunktregion	<i>Phasing out</i> 2005 abgeschlossen	OEZA- <i>Phasing out</i> -Strategie (Mai 2004)	
Kroatien Partnerland in der Schwerpunktregion	Wirtschaft und Entwicklung	<i>Phasing out</i> wird vorbereitet	
Rumänien Partnerland in der Schwerpunktregion	<i>Phasing out</i> wird 2006 abgeschlossen	OEZA- <i>Phasing out</i> -Strategie (Mai 2004)	
Albanien Schwerpunktland	Wasser, Abwasser, Umwelt Tourismusbildung Querschnittsthemen: – <i>Good Governance</i> – <i>Gender</i>	OEZA-Landesprogramm 2004/2005 Neues OEZA-Landesprogramm 2006–2008 in Vorbereitung (bis Sommer 2006)	Prüfung von Beteiligung an <i>Sector Wide Approach</i> Bildung

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Bosnien und Herzegowina Schwerpunktland	Bildung (Höhere Bildung und Berufsbildung) Wirtschaft und Entwicklung Querschnittsthema: Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaats	OEZA-Landesprogramm 2005–2007 Bilaterales Rahmenabkommen in Vorbereitung	Stärkung wichtiger – gesamtstaatlicher Institutionen (z. B. Staatsgerichtshof) – Prozesse (z. B. Einführung der MwSt.) – wirtschaftspolitischer Schlüsselreformen (z. B. Grundbuch)
Mazedonien Schwerpunktland	Umwelt, Wasser, Energie Regionalentwicklung Querschnittsthema: Wirtschaft und Entwicklung	OEZA-Landesprogramm 2005–2007 Bilaterales Rahmenabkommen in Vorbereitung	<i>Capacity building</i> Programm gemeinsam mit Albanien (Solarenergie)
Serbien Schwerpunktland	Beschäftigung schaffen Verbesserung von <i>Employability</i> Querschnittsthema: Europäische Integration: Europäische Werte und Standards	OEZA-Landesprogramm 2006–2008 Bilaterales Rahmenabkommen in Vorbereitung	Zusammenarbeit mit Entwicklungsprogrammen Serbiens auf regionaler Ebene
Kosovo	Bildung: Schwerpunkt Höhere Bildung Wirtschaft und Entwicklung mit Schwerpunkt auf ländliche Entwicklung Querschnittsthema: Konfliktprävention und interethnische Kooperation	OEZA-Programm 2006–2008 in Ausarbeitung MoU mit UNMIK und BMBWK im Bereich Höhere Bildung in Vorbereitung Bilaterales Rahmenabkommen in Vorbereitung	Institutionelle Partnerschaft mit BMBWK und kosovarischem Bildungsministerium
Montenegro Schwerpunktland	Regionalentwicklung/ Tourismus Förderung von Klein- und Mittelbetrieben Bildung Ökoeffizienz	OEZA-Programm 2004/05 Fortschreibung 2006 Weiterentwicklung 2007–2009 geplant Bilaterales Rahmenabkommen in Vorbereitung	Integrativer Ansatz – Konzentration auf Region Nordostmontenegro

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Osteuropa/Zentralasien			
Südkaucasus Schwerpunktregion	Konfliktprävention und Konfliktlösung Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft <i>Good Governance</i> (Menschliche Sicherheit)	OEZA-Regionalkonzept Südkaucasus	Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und NRO
Moldau Schwerpunktland	Integrativer Ansatz zur Entwicklung des ländlichen Raums mit Fokus auf – Wasser/Abwasser – Berufsbildung	OEZA-Landesprogramm 2006–2008 in Vorbereitung Bilaterales Abkommen in Vorbereitung	Kooperation mit DEZA (CH)

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT GLOBAL

Global	Förderung von ausgewählten entwicklungspolitischen Maßnahmen <i>auch</i> außerhalb der geografischen Schwer- punktsetzung	OEZA-Richtlinien für Finan- zierungsinstrumente die global eingesetzt werden können (z. B. Unterneh- menspartnerschaften etc.)	Dialog der Kulturen- Dialog mit der islamischen Welt Verstärkter Dialog mit Europäischer Kommission: Bildung, Wasserinitiative, Infrastruktur
Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	Synergien mit europäischer/ österreichischer Privatwirt- schaft nutzen – private Mittel mobilisieren – positive Entwicklun- gseffekte von Investitionen maximieren – unternehmerische Verant- wortung stärken (CSR)	OEZA-Leitlinie Wirtschaft und Entwicklung in Ausarbeitung	Finanzierungsinstrumente: – Entwicklungspartner- schaften – Unternehmenspartner- schaften
Zusammenarbeit mit Nicht- regierungsorganisationen	Förderung von NRO-Projekten – komplementär zu regiona- len bilateralen Programmen der OEZA; – außerhalb geografischer Schwerpunktsetzung wer- den geringere Fördersätze angewendet	OEZA-Leitlinie NRO- Kooperation in Ausarbeitung	Finanzierungsinstrumente: – Mikroprojekte – NRO-Einzelprojekte Süd und Ost – NRO-Rahmenprogramme – EU-Ergänzungs- finanzierung – personelle EZA

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²
Bildungszusammenarbeit	<p>Kapazitätenentwicklung</p> <p>Grundbildung, Berufsbildung und Höhere Bildung im Rahmen der Landesprogramme</p> <p>Wissenschafts-/Forschungskooperation – in Landes- und Regionalprogrammen mit Schwerpunktländern – ferner zu thematischen Prioritäten der OEZA zugunsten von LDC</p>	<p>Sektorpolitik Bildungszusammenarbeit in Überarbeitung</p> <p>Erstellung von OEZA-Leitlinien und Strategie ab 2006 in Vorbereitung</p>	<p>Süd-Süd-Kooperationen</p>
Humanitäre Hilfe	<p>Humanitäre Sofortmaßnahmen, Wiederaufbauprojekte und Präventionsprojekte mit Priorität in den geografischen Schwerpunkten der OEZA</p>	<p>OEZA-Leitlinien Humanitäre Hilfe in Ausarbeitung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Kooperation mit BMLFUW für Nahrungsmittelhilfe – Richtlinien für die Finanzierung von humanitären Sofortmaßnahmen – Kofinanzierung von Wiederaufbauprojekten – Kofinanzierung von Projekten der Katastrophenprävention
Westsahara	<p>Bildung</p> <p>Infrastruktur von Flüchtlingslagern</p>		
Irak Sonderprogramm	<p><i>Phasing out</i></p>		<p>punktueller Kooperation mit multilateralen Organisationen</p>
Afghanistan Sonderprogramm	<p><i>Phasing out</i></p> <p>Beitrag zum Wiederaufbau</p> <p>Demokratie/Frauenrechte</p> <p>Drogenkontrolle</p>		<p>Human Security Network</p> <p>Absicherung der Ergebnisse bilateraler Projekte 2006</p>
Minenaktionen	<p>Minenaktionen in Südosteuropa</p> <p>Minenaktionen in Afrika</p> <p>Globale Initiativen</p>	<p>OEZA-Minenaktionsprogramm 2006–2009</p> <p>Ottawa Übereinkommen; <i>EC Mine Action Strategy & Multi-annual Indicative Programming 2005–2007</i></p>	<p>Verfolg <i>Nairobi Action Plan</i></p>

Region/Land Arbeitsbereich	Programmpriorität	Umsetzung 2006–2008	
		Programmdokument	Spezifische Maßnahmen ²

ÖSTERREICH

Entwicklungs- politische Beratung	Fachberatung des BMaA für Entwicklung von Leitlinien, Programmen und bilateralen Dialog	OEZA-Leitlinien Handel und Entwicklung sowie Migration und Ent- wicklung in Vorbereitung	
Öffentlichkeitsarbeit der OEZA	Öffentlichkeitsarbeit der OEZA im BMaA		Themenschwerpunkte: OEZA, MDGs, Menschliche Sicherheit, Nachhaltige Entwicklung
Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung	Förderung der Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit von Privatorganisationen	OEZA-Richtlinien	Themenschwerpunkte: Globales Lernen, MDGs, Lateinamerika 2006, EU-Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008
Evaluierung	Evaluierung von Landespro- grammen, Sektorprogram- men, Instrumenten Metaevaluierung	Zweijahresprogramm 2006–2007	

7. Gestaltung der multilateralen EZA

7.1 Entwicklungspolitik auf Ebene der EU

Auf der Ebene der Europäischen Union setzt sich Österreich 2006–2008 zum Ziel, den Beitrag der EU zur Erreichung der MDGs weiter zu optimieren. Dies soll in einer zweifachen Priorisierung erreicht werden:

- weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Koordination der EZA der EU-Partner und der Europäischen Kommission;
- fortgesetzte Verbesserung im Qualitätsmanagement der gemeinschaftlichen EZA.

Österreich-Beitrag Im österreichischen EZA-Portfolio stellt der finanzielle Beitrag in die gemeinschaftliche EZA einen der größten Einzelposten dar (161 Mio. Euro im Jahr 2004, das sind 30 % der Gesamt-EZA Österreichs).

7.1.1 Zentrale Anliegen aus österreichischer Sicht

Umsetzung der MDGs Die EU hat sich in den letzten Jahren als Koordinierungsforum für die Entwicklungspolitik der EU-Mitgliedstaaten bewährt. Vor dem Hintergrund der entwicklungspolitischen Weltkonferenzen hat die EU ambitionierte Maßnahmenpakete beschlossen und mit deren schrittweisen Umsetzung begonnen. Die Verpflichtungen auf der Millenniums-Generalversammlung wurden durch die Ergebnisse der 2002 abgehaltenen Konferenzen von Monterrey, Johannesburg und zuletzt am VN-Weltgipfel 2005, insbesondere hinsichtlich Erhöhung von Quantität (Zeitpläne zur Erreichung von 0,7 %) und Qualität der ODA, weiterentwickelt.

EU-ODA-Beschlüsse In Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz von Monterrey (2002), von Folgeprozessen (Rom 2003, Paris 2005) und des VN-Weltgipfels (2005) hat die EU Aktionspläne entwickelt, deren sukzessive Implementierung nun ansteht. Für den Zeitraum 2006–2008 liegt die Herausforderung in der Integration der Aktionspläne in die Praxis der entwicklungspolitischen Arbeit. Österreich wird die gemachten Zusagen konsequent mit Leben erfüllen.

Für die nächsten Jahre plant die OEZA-Aktivitäten in folgenden Arbeitsbereichen:

■ EZA-Volumen

Österreich wird national seine Zusagen zur EZA Anhebung einhalten und 2006 das Monterrey Zwischen-Ziel von 0,33 % EZA des BNE nach den derzeit vorliegenden Prognosen erreichen. Danach ist das nächste Etappenziel 0,51 % des BNE für das Jahr 2010. Auf EU-Ebene wird die Erfüllung der Mitgliedstaatszusagen durch ein jährliches *Monitoring* überwacht. Österreich hat sich dafür eingesetzt, dass die Zeitpläne von allen Mitgliedstaaten respektiert werden.

In der politischen Debatte werden im Rahmen dieser Diskussion Themen, wie die Frage der Anrechnung der Entschuldungen auf die EZA bzw. die Verringerung der Volatilität der EZA-Ströme, an Bedeutung gewinnen.

■ Schwerpunkt Afrika

EU-Afrika-Strategie Die EU hat im Vorlauf zum VN-Weltgipfel 2005 eine politische Weichenstellung getroffen: Die EU wird ihre Entwicklungspolitik auf Afrika konzentrieren. Die auf verschiedene Säulen der EU verteilten Aktivitäten in Afrika sollen besser aufeinander abgestimmt und eine umfassende „Afrikastrategie“ entwickelt werden.

Im Rahmen der Afrika-Strategie wird eine Infrastrukturinitiative gesetzt. Aus österreichischer Sicht ist wichtig, dass dabei die vorhandenen afrikanischen Institutionen (NEPAD, AU etc.) und ihre Pläne voll einbezogen werden. Dabei muss auch auf die armutsreduzierenden Wirkungen der Infrastruktur Bedacht genommen werden. Außerdem unterstreicht Österreich die Bedeutung des produktiven Sektors, der Integration des Sicherheitssektors und die Rolle der Justizsysteme.

■ Harmonisierung, Koordinierung und effiziente Hilfe

Das Hauptaugenmerk in diesem Bereich verlagert sich auf die Vor-Ort-Ebene: Aufbauend auf der Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit 2005 und der Entwicklungspolitischen Erklärung der EU und dem Konsensus für Entwicklungspolitik 2005 (siehe Kapitel 7.1.2) hat Österreich die Einleitung weiterer Harmonisierungsschritte auf EU-Ebene vorangetrieben. So trug Österreich dazu bei, wesentliche Akzente im Bereich effizienter Hilfe zu setzen. Ein revidierter gemeinsamer Standardrahmen für Länderstrategiepapiere und gemeinsame Programmierung wurde auf EU Ebene angenommen. In Anlehnung an das VN-Modell wurde so der Weg für die EU und die bilaterale und geberweite Hilfe geebnet, im Rahmen eines zweistufigen Ansatzes gemeinsame Länderanalyse und -strategien einzuführen. Die OEZA wird ihre Programmierung entsprechend anpassen. Weiterführende Arbeiten werden die Bereiche Kofinanzierung, Komplementarität (Arbeitsaufteilung unter Gebern), die Verbesserung der *roadmaps* und Beiträge zu den verschiedenen Teilen des EU Geber Atlases betreffen.

■ Global Public Goods

Die EU hat zugesagt, das Resultat der *Task Force on Global Public Goods* (GPG) aufzugreifen. Derzeit prüft die EU, inwieweit ein EU-interner Aktionsplan diesen Ansatz unterstützen könnte. Ein entsprechender Bericht der Europäischen Kommission sollte 2006 herausgebracht werden. Österreich hat den Denkansatz der GPGs grundsätzlich immer unterstützt.

■ Innovative Finanzierung

Im Bereich der innovativen Finanzierung (Besteuerung von Flugzeugtreibstoff, Flugtickets, *Tobin Tax*, *International Financing Facility* etc.) wurden im Vorfeld des Weltgipfels von 2005 große Anstrengungen unternommen, eine einheitliche EU-Position zu erreichen. Diese Anstrengungen sind vorläufig ohne EU-weit bindendes Ergebnis geblieben. Einzelne EU-Mitgliedstaaten haben in Form von Pilotprojekten begonnen, einige dieser Konzepte (freiwillige Abgabe auf Flugtickets, *International Financing Facility on Immunization*) zu verwirklichen. Es wird vom Verlauf dieser Versuche abhängen, ob eine bzw. welche der Ideen neuerlich auf europäischer Ebene diskutiert werden wird. Österreich hat sich gegenüber einer bindenden EU-weiten Besteuerung von Flugtickets wegen positiver Gesamteffekte aufgeschlossen gezeigt, erachtet aber eine freiwillige Abgabe als derzeit nicht zielführend.

■ Entwicklungspolitische Kohärenz

Die Bedeutung der entwicklungspolitischen Kohärenz aller Aktivitäten bzw. Politiken mit Auswirkungen auf die Entwicklungsländer wurde im Laufe der letzten Jahre immer wieder und immer prominenter, zuletzt vom Europäischen Rat im Dezember 2004 bzw. im Juni 2005, unterstrichen. Auch im österreichischen EZA-Gesetz ist die entwicklungspolitische Kohärenz verankert (siehe Teil III – Entwicklungspolitische Kohärenz). Auf europäischer Ebene unterstützte Österreich die Kommission bei ihrem Vorhaben, die Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Kohärenz institutionell abzusichern. Ratschlussfolgerungen zu Aktionsprioritäten für Rat, Kommission und Mitgliedstaaten hinsichtlich Arbeitsweisen wurden 2006 angenommen und bilden den Rahmen für ein gleitendes Arbeitsprogramm. Konkrete Initiativen der EK sind für das zweite Halbjahr 2006 in Aussicht genommen worden.

„Damit sichergestellt ist, [...] dass politische Maßnahmen außerhalb der Entwicklungspolitik den Entwicklungsländern bei der Verwirklichung der MDGs helfen können.“
Konsens zur
Entwicklungspolitik 2005

■ Bekämpfung der „Armutskrankheiten“ HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria

Besondere Anstrengungen werden im Rahmen der EU bei der Bekämpfung der drei übertragbaren Armutskrankheiten unternommen. Ein im Mai 2005 beschlossener Aktionsplan soll die Anstrengungen der EU-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft auf allen Aktionsebenen besser aufeinander abstimmen.

7.1.2 EU-Dimension der EZA

Als größter ODA-Geber hat die EU –Kommission und Mitgliedstaaten gemeinsam – einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklungspolitik und die Modalitäten der EZA weltweit. Die Positionen bzw. Zusagen der EU auf den großen Weltkonferenzen (Monterrey 2002, Johannesburg 2002, Weltgipfel 2005 etc.) lassen bereits Konturen einer – erfolgreichen – **gemeinsamen Entwicklungspolitik der EU** erkennen. So hat die EU etwa im Bereich der Außenhandelspolitik, der handelspolitischen Sonderbehandlung der LDCs, eine globale Vorreiterrolle eingenommen.

In diese Logik fügt sich ein, dass das neue Leitbild, der Konsens für Entwicklungspolitik 2005, die EZA-Politik der EU, d. h. der EU-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (EG), und nicht nur die von der Kommission für die Gemeinschaft verwaltete EZA-Politik, abdeckt: Wie bereits im *Development Policy Statement* 2000 angedacht, setzt der Konsens für Entwicklungspolitik 2005 damit die Politiklinie der „3 Ks“ – Koordination, Komplementarität und Kohärenz – auf höchster Ebene fort. Österreich hat in dieser Debatte seit seinem ersten EU-Vorsitz hohes Profil.

Die Verhandlungen zur **Struktur der Außenhilfe der Gemeinschaft** in der nächsten Finanziellen Vorausschau laufen unter dem Stichwort Vereinfachung. Die Anzahl der Instrumente oder Programme mit den Schwerpunkten Vorbeitritts-, Nachbarschafts-, Stabilitäts-, Entwicklungszusammenarbeits- und Industrieländerinstrument sowie Menschenrechte wurde reduziert. Nicht geändert wurden die Instrumente für Humanitäre Hilfe und für Makrofinanzhilfe. Hinsichtlich der Dotierung der gemeinschaftlichen EZA mit den AKP Staaten für die nächste Finanzperiode kam es im Rahmen der Verhandlungen zur Finanziellen Vorausschau im Dezember 2005 zu einer Einigung, den 10. Europäischen Entwicklungsfonds mit 22,682 Mrd. Euro auszustatten. Das Finanzprotokoll wurde unter österreichischem Vorsitz Anfang Juni 2006 von dem EU-AKP-Ministerrat angenommen. An der Programmierung der Mittel wird gearbeitet.

Das 2005 unterzeichnete **Abänderungsabkommen zum Cotonou-Abkommen** wird während der nächsten Jahre ratifiziert. Die Abänderungen sollen eine höhere Effizienz bei der Abwicklung der EZA bewirken. Außerdem wurden einige der EU wichtige politische Konzepte im Abkommen (Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Internationaler Strafgerichtshof, Bekämpfung des Terrorismus) verankert.

EPAs Seit 2002 haben die Verhandlungen zwischen der EU und den zu Regionen zusammengeschlossenen AKP-Staaten über regionale **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** begonnen. 2008 ist das erklärte Zieldatum für den Abschluss der Verhandlungen. Der Ansatz der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen soll die regionale Integration der Entwicklungsländer stärken. Für Ende 2006 ist eine Konferenz zur politischen Halbzeitbewertung der Verhandlungsprozesse geplant. Österreich setzt sich bei diesen Verhandlungen für eine durchgängige Berücksichtigung der Entwicklungsdimension ein. Der Rat hat sich im April 2006 auch in diesem Sinne geäußert.

7.1.3 Österreichische EU-Präsidentschaft 2006

Österreich hat unter seinem Vorsitz die Arbeit an den politischen und rechtlichen Grundlagen der EZA der Gemeinschaft fortgesetzt. Inhaltlich hat die Umsetzung der in Kapitel 7.1.1 genannten EU-Zusagen (Implementierungsmatrix zur EU-Afrika-Strategie, Format für gemeinsame Länderstrategiepapiere, Politikkohärenz für Entwicklung etc.) die Arbeit geprägt. Eine EU-Strategie für die Partnerschaft mit der Karibik konnte verabschiedet sowie die Ausarbeitung von Politikleitlinien für Infrastruktur und *Governance* in Afrika vorbereitet werden. Verhandlungen zum Instrument für EZA konnten entscheidend vorangebracht werden. Besondere Aufmerksamkeit hat Österreich der Zusammenarbeit mit dem EP geschenkt. Aber auch der Zivilgesellschaft wurde Gelegenheit gegeben, ihrer tragenden Rolle nachzukommen.

EU-Rat vom
10./11. April 2006

Österreich hat in seiner Vorsitzperiode in Bereichen Akzente gesetzt, in denen Österreich über besondere Erfahrung verfügt oder ein besonderes Interesse an der Belebung des EU-Prozesses hat. So veranstaltete Österreich am Beginn der Präsidentschaft ein EU-Seminar auf hoher Beamtenebene zu Fragen der Energie in der EZA in Wien. Dies diente auch der Positionierung in entwicklungspolitischer Hinsicht für die Beratungen der Kommission für Nachhaltige Entwicklung 2006–2007 (siehe Kapitel 7.2).

Energie

Anfang Juni 2006 tagte in Papua Neuguinea als höchstes Organ der Partnerschaft der jährliche AKP-EU-Ministerrat, der von Österreich in Zusammenarbeit mit dem AKP-Ko-Vorsitz vorbereitet und durchgeführt wurde. Die AKP-EU-Parlamentarierversammlung wurde im Juni in Wien abgehalten. Die Einigung über die Dotierung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sowie die EEF-gestützte Finanzierung der Afrikanischen Friedensfazilität unter österreichischer Präsidentschaft stellen Meilensteine in der Implementierung des Cotonou-Abkommens dar.

AKP-EU

Eine hochrangige Diskussion zum Stand der VN-Reform im Entwicklungsbereich am 9. Juni 2006 in Wien gab weiters Gelegenheit, Fortschritte zur Effizienzsteigerung im VN-System in die Wege zu leiten. Zum Thema Humanitäre Hilfe hat ein Treffen hoher Beamter in Wien stattgefunden. Die ebenfalls in Wien veranstaltete Konferenz „*Building Peace – Empowering Women*“ erörterte Strategien zur besseren Integration von Frauen in Friedensprozessen. Im Rahmen des REPARIS-*(The road to Europa, program of accounting reform and institutional strengthening)*-Projekts in Zusammenarbeit mit der Weltbank wurde die Installierung eines Weltbank-Büros in Wien in Aussicht genommen. EZA-Komponenten fanden in den EU-Lateinamerikagipfel im Mai 2006 in Wien und zum Außenministertreffen der EU mit den Westbalkan-Staaten Eingang. So war Österreich Gastgeber eines internationalen, von SICA (System für Zentralamerikanische Integration) organisierten, Forums zu Harmonisierung und Anpassung. Schließlich hat Österreich sein Augenmerk auf die Fortsetzung des Dialogs mit den neuen Mitgliedstaaten über den Aufbau von EZA-Strukturen, die den Erfordernissen der Pariser Erklärung über ODA-Wirksamkeit 2005 Rechnung tragen, gerichtet.

VN-Reform

Humanitäre Hilfe



Weltbankbüro
in Wien

EU-LAC-Gipfel

7.2 Entwicklungsagenda der VN

Die Millenniums-Erklärung vom 8. September 2000 und die darin enthaltenen MDGs haben zu einer wesentlichen Intensivierung der Entwicklungsanstrengungen beigetragen. Das Gipfeltreffen im September 2005 in New York hat darauf aufbauend zu einem neuen Verständnis der Kohärenz von Entwicklung, Sicherheit und Frieden beigetragen und – im Vorfeld – auch Zusagen über eine deutliche Erhöhung der ODA erwirkt. Das Schlussdokument ist maßgeblich für die Entwicklungspolitik der nächsten Dekade.

Neue Impulse

Ebenso wird entsprechend den Ergebnissen der WTO-Runde in Hong Kong im Dezember 2005 das Thema „aid for trade“ in der multilateralen OEZA im Planungszeitraum 2006–2008 eine wichtige Rolle spielen. Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer soll neben einer Öffnung der Märkte das Wirtschaftswachstum verbessern, wobei besonderes Augenmerk auf den Aufbau von Kapazitäten, die Stärkung von Strukturen und *rule of law* gelegt wird.

Für die VN-EZA-Organisationen bilden – neben den genannten Grundsatzdokumenten – mittelfristige Arbeitspläne und die 2005 beschlossene umfassende Strategieüberprüfung der VN (*Triannual Comprehensive Policy Review*) den Rahmen ihrer Tätigkeiten.

7.2.1 ODA-Erhöhung

Österreich-Beitrag

Österreich hat sich im Rahmen der EU verpflichtet, bis 2006 mindestens 0,33 % seines BNE und bis 2010 mindestens 0,51 % seines BNE an ODA zu leisten und damit den EU-Durchschnitt (EU-15) zu erreichen. Die OEZA wird sich nicht nur bemühen, diesen EU-Durchschnitt insgesamt zu erzielen, sondern nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten auch in Bezug auf die Beiträge Österreichs zu VN-EZA-Organisationen. 2005 leistete Österreich rund 14,5 Mio. Euro an freiwilligen Beiträgen zu den Kernbudgets von VN-EZA-Organisationen.

Österreich strebt für die Periode 2009/10 einen nicht ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat an. Bei der dazu erforderlichen Wahl 2008 werden eine Reihe von Staaten bei ihrem Wahlverhalten auch die ODA-Leistungen der Kandidatenländer und deren Beiträge zu den VN-EZA-Organisationen berücksichtigen.

7.2.2 Rolle der EU/Europäische Kommission im multilateralen Kontext

Die EU ist im EZA-Bereich die weltweit größte Gebergemeinschaft, die Europäische Kommission ist der größte Geber in Afrika und war 2004 auch der größte Beitragszahler von UNDP-Projekten. Notwendige weitere Vernetzungen der internationalen EZA-Anstrengungen sind nur unter möglichst enger Einbindung der Kommission und dann möglich, wenn die EU „mit einer Stimme spricht“. Das ist bei VN-Gipfeln und Großkonferenzen bereits der Fall, nicht aber vor und während der Verwaltungsrats tagungen der einzelnen Fonds und Programme der VN, die die Ergebnisse dieser Konferenzen operationell umsetzen müssen. Österreich gehört zu jenen EU-Ländern, die auch in diesem Bereich EU-Kooperation aktiv anstreben. Die OEZA wird sich daher bemühen, diesbezügliche Bemühungen in den kommenden Jahren zu intensivieren.

7.2.3 Österreichs Mitarbeit in den VN-EZA-Organisationen

Koordination und Kohärenz

Nicht zuletzt unter dem Druck sehr begrenzter Mittel zu den Administrativbudgets wurden in den vergangenen Jahren beträchtliche Effizienzsteigerungen erzielt. Die Organisationen sind heute wesentlich besser untereinander vernetzt, stimmen ihre Programme inhaltlich und zunehmend auch laufzeitmäßig untereinander ab und koordinieren die EZA-Anstrengungen vor Ort mit anderen Organisationen und dem Partnerland. Insbesondere im Außenvertretungsnetz der VN-Organisationen ist zum Teil noch beträchtliches Potenzial für Einsparungen und Effizienzsteigerungen vorhanden.

Die OEZA wird auch weiterhin aktiv Bemühungen in dieser Richtung unterstützen. Österreich war daher aktiv an der Ausarbeitung eines Abkommens UNDP-UNIDO über die Vertretung vor Ort beteiligt. Im Einklang mit den Evaluierungsergebnissen dieser Vereinbarung muss es in den nächsten Jahren das Ziel sein, integrierte VN-Büros in großflächigem Stil zu etablieren.

Einsätze junger ÖsterreicherInnen bei Europäischer Kommission und VN

JPOs,
www.jposc.org

In einer sich stetig mehr vernetzenden internationalen Umwelt ist die Kenntnis der internen Abläufe der Partnerorganisationen unerlässlich. Wesentliches Werkzeug ist die – zeitlich befristete – Entsendung junger Österreicherinnen und Österreicher, die eine Karriere im Bereich der internationalen Politik anstreben. Österreich konnte 2005 fünf JPOs neu entsenden und hat bisher insgesamt 18 *Junior Professional Officers* (JPOs) finanziert. In Umsetzung der EU-ODA-Beschlüsse bis 2010 könnte diese Budgetlinie maßgeblich aufgestockt werden, um immer mindestens 25-30 JPOs im Einsatz zu haben.

UNDP

Dem größten VN-Entwicklungsprogramm kommt eine Doppelrolle zu:

- Durchführung der eigenen Programme;
- Koordination der VN-Aktivitäten vor Ort (als Vorsitz der VN-Entwicklungsgruppe und mittels Zuständigkeit für das System der Residenten Koordinatoren).

Die Arbeit von UNDP konzentriert sich auf die Programmebene und die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, *Democratic governance*, Energie und Umwelt, HIV/AIDS, Krisenvorbeugung und Wiederaufbau, sowie Umsetzung und Förderung der MDGs. Die Zielvorgaben sind im Mehrjahresfinanzierungsplan 2004–2007 vorgegeben, *Gender* und Süd-Süd-Kooperation sind horizontal in allen Schwerpunktbereichen anzuwenden.



Österreich unterstützt diese Konzentration auf Sektoren und beabsichtigt in den kommenden Jahren, sich finanziell und inhaltlich vermehrt in jene thematischen Trust Funds einzubringen, die der sektoriellen österreichischen Schwerpunktsetzung entsprechen. Dies gilt insbesondere für die Sektoren Energie, *Democratic governance* und Wirtschaft und Entwicklung. Weiters ist Österreich bemüht, die Zusammenarbeit mit UNDP in den österreichischen Schwerpunktländern in Bereichen zu verstärken, in denen Synergien und Erfahrungsaustausch zu erwarten sind.



Bosnien und Herzegowina

EARLY WARNING SYSTEM

Das Early Warning System (EWS) ist eine seit mittlerweile fünf Jahren herausgegebene Publikation des UNDP, die regelmäßig viermal jährlich erscheint und Informationen zur Lage der bosnischen Regierung, zu internationalen Organisationen sowie zur Zivilgesellschaft liefert. Ziel ist es, grundlegende Information für Politik- und Programmentwicklung für die Regierung sowie die Gebergemeinschaft und die zivile Gesellschaft bereitzustellen und als Wegweiser durch die kompliziert zu analysierende Situation des Landes zu dienen. Österreich unterstützt dieses Projekt mit ca. 100.000 Euro.

Palästinensische Gebiete

AUSBILDUNGSSTÄTTEN IN RAFAH

Dieses zur Gänze von Österreich finanzierte UNDP-Projekt zielt darauf ab, durch die Finanzierung von 320 sechsmonatigen Arbeitsplätzen bei lokalen NRO und im privaten Sektor der steigenden Arbeitslosigkeit unter jungen Hochschulabsolventen im Gazastreifen entgegenzuwirken. Einerseits bietet dies den jungen Akademikerinnen und Akademikern die Gelegenheit, Erfahrung zu sammeln und ihre Fähigkeiten auszubauen, andererseits aber stellt es für zivilgesellschaftliche Organisationen die Möglichkeit dar, die Kapazitäten ihrer Human Resources zu erweitern.

UNFPA

Seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (1994) hat sich der VN-Bevölkerungsfonds zunehmend auf den Bereich „Reproduktionsgesundheit“ konzentriert. Dieser Sektor hat durch die sich intensivierenden Anstrengungen in der HIV/AIDS-Bekämpfung zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Der Mehrjahresfinanzierungsplan 2004–2007 nennt folgende Schwerpunkte für die Arbeit der Organisation: Reproduktionsgesundheit und Familienplanung, nationale Bevölkerungspolitik unter Berücksichtigung von nachhaltiger Entwicklung, Armut und HIV/AIDS sowie Gleichberechtigung und Frauenförderung.

Nepal



EMPOWERMENT FÜR FRAUEN

Durch die verstärkte Einbindung der local community in die örtliche Verwaltung wird im Rahmen dieses UNFPA-Projekts durch „partnership, participation & empowerment“ eine nachhaltige Entwicklung gefördert. Insbesondere unterprivilegierte Frauen sollen in den Bereichen Gesundheitsfürsorge, Bildung, Umwelt und Verwaltung lokaler Ressourcen vermehrt involviert werden.

Die OEZA wird sich bemühen, die exemplarisch gute Zusammenarbeit mit UNFPA auf Länderebene weiterzuführen, da UNFPA-Projekte vielfach die österreichischen Anstrengungen ergänzen, und die Organisation auch für Wissenstransfer und Zusammenarbeit sehr offen ist.

UNCTAD

Während die westlichen Staaten ihre Handelsinteressen inzwischen hauptsächlich in der WTO wahrnehmen, spielt die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung bei internationalen Handels-, Investitions- sowie Entwicklungsfragen für die Entwicklungsländer eine bedeutende Rolle. Durch die zunehmende Betonung der Entwicklungsdimension des Handels liegt für die UNCTAD in den nächsten Jahren die Herausforderung insbesondere darin, ihren spezifischen Mehrwert, d. h. integrative Behandlung von Handel und Entwicklung, Rolle als *Think-Tank* und Beratung und technische Hilfe im WTO-Prozess, einzubringen.

Synergien mit UNIDO

Österreich ist im Rahmen der UNCTAD bemüht, insbesondere Synergieeffekte mit der UNIDO zu nützen. 2006 wird eine *Midterm Review* über die Ergebnisse der Ministerkonferenz von UNCTAD XI im Rahmen der EU-Präsidentschaft von Österreich zu betreuen sein.

UNIDO

2004 hat die VN-Organisation für industrielle Entwicklung als weiteren Abschnitt im Reformprozess die Restrukturierung des Außenvertretungsnetzes in Angriff genommen. Kernstück bildet ein zweijähriges Pilotprojekt mit UNDP (Einrichtung von UNIDO-Desks in vorerst 15 UNDP-Vertretungen). Österreich hat diese Bestrebungen in Richtung integrative Vernetzungen der VN-Vertretungsbüros aktiv unterstützt. In Ergänzung zu diesem Prozess werden auch in den kommenden Jahren die Bestrebungen zur verstärkten Fokussierung der Organisation verstärkt fortgesetzt werden müssen.

In der inhaltlichen Arbeit wird sich UNIDO auf die Umsetzung des *Medium Term Programme Framework 2006–2009* konzentrieren. Kernbereiche werden Privatsektor, Kapazitätsaufbau im Handelsbereich, Umwelt und Energie, insbesondere Abfallwirtschaft, aber auch Agro-Industrie sein, womit sich UNIDO als eine Umsetzungsagentur der *Global Environmental Facility* zunehmend an der Schnittstelle Industrie – Nachhaltigkeit/Umwelt positioniert.

Die zwei Bereiche, die UNIDO aus österreichischer Sicht vordringlich abdecken soll, betreffen den Aufbau bzw. die Stärkung industrieller Kapazitäten und die Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, die ermöglichen sollen, Exportchancen durch geöffnete Märkte auch wahrzunehmen. Konkret unterstützt Österreich finanziell den Aufbau/Ausbau des *National Cleaner Production Center*-Programms der Organisation. Dieses österreichische Engagement soll in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

**National Cleaner
Production Centers**

Nicaragua

STÄRKUNG UND VERBREITUNG VON PRODUKTIONSKONGLOMERATEN (CLUSTER)

Die OEZA hat während der letzten Jahre die ersten Projektphasen „Vernetzung und Bildung von Produktionskonglomeraten (Cluster)“ finanziert. UNIDO als Implementierungsorganisation hat in dieser Zeit eine gut bewährte Methodik zur Integration der produktiven Sektoren in Nicaragua entwickelt. Diese neue Phase des Projekts ist bei den wichtigsten nationalen Stellen der Implementierung des Nationalen Entwicklungsplanes angesiedelt. Zentrale Leitlinien des Projekts sind die Entwicklung von lokalen Kapazitäten und die Unterstützung von lokalen Initiativen bei der Bildung von Produktionskonglomeraten. Durch das Projekt soll ein Beitrag zur Stärkung der lokalen Institutionen und zur Implementierung des Nationalen Entwicklungsplanes geleistet werden.

Im Sinn der angestrebten Effizienzsteigerung ist Österreich bemüht, im Zuge der Erarbeitung eines langjährigen Unternehmenskonzepts der UNIDO die bestehenden Stärken der Organisation zu wahren und neue Tätigkeitsbereiche nur aufzunehmen, wenn sie bestehende Geschäftsfelder ergänzen. Den Überlegungen, in der Organisation eine eigene Expertise für Krisenbewältigung aufzubauen, steht Österreich skeptisch gegenüber.

UNIDO-Reform

Die Koinzidenz des österreichischen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2006 mit dem Vorsitz im Verwaltungsrat der UNIDO wird weitere Möglichkeiten eröffnen, die österreichischen Anliegen frühzeitig zu betreiben.

UNODC

Der Schwerpunkt des VN-Büros für Drogen und Kriminalität hat sich in den letzten Jahren von der Drogenkontrolle zur Reduktion des Drogenangebots verlagert. Mitverantwortlich dafür ist auch die außer Kontrolle geratene Opiumproduktion in Afghanistan.

Iran

STÄRKUNG DER GRENZKONTROLLEN AFGHANISTAN

Die 936 km lange Grenze zwischen Afghanistan und Iran ist mit illegalem Drogenhandel (v. a. Heroin) extrem hoch frequentiert. Oftmals haben es die Grenzkontrollen mit bewaffneten Händlern zu tun, was schon viele Grenzpolizisten das Leben gekostet hat. Das UNODC-Projekt, an dem sich auch andere Geber wie die Europäische Kommission beteiligen, wird ein einfaches System der gegenseitigen Information und Zusammenarbeit zwischen den afghanischen und iranischen Grenzposten etablieren; Österreich trägt 200.000 Euro bei. Insbesondere werden die Grenzposten mit adäquaten Gerätschaften ausgestattet und Trainings für die Grenzpolizei im Umgang mit dem gesamten Bereich Drogenhandel vorgesehen. Iran und Afghanistan haben ein bilaterales Abkommen unterzeichnet, in dem der Bau von 25 Grenzposten durch den Iran festgelegt wurde.

Im Bereich der Verbrechenverhütung konzentriert sich UNODC derzeit auf den Ratifikations- und Umsetzungsprozess zu den Übereinkommen der letzten Jahre zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie der Korruption und die technische Unterstützung von Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang. *De lege ferenda* wird eine globale Rechtssetzung im Bereich der Geldwäschebekämpfung und Verhinderung von Computerkriminalität erwogen, wobei Österreich letzteres bevorzugen würde. Ein Zukunftsbereich für UNODC ist die Terrorismusbekämpfung. Nicht zuletzt aufgrund österreichischem Mittel- und Ideeneinsatz kam es zu einer deutlichen Aufwertung des *Terrorism Prevention Branch* des UNODC ab dem Jahr 2002.



Ein wichtiger Aspekt in der Verbrechenprävention ist die Bekämpfung des Menschenhandels. Hier entfaltet die Tätigkeit des UNODC starke menschenrechtliche und entwicklungspolitische Bezüge. Österreich sieht in der Bekämpfung des Menschenhandels einen Schwerpunkt der Organisation und hat diesen neben bilateralen Aktivitäten auch durch Zweckbindungen von freiwilligen Beiträgen zum *Centre for International Crime Prevention* untermauert.

UNESCO

Österreich unterstützt die umfangreichen Strukturreformmaßnahmen und die Konzentration auf eine limitierte Anzahl von Kernaufgaben des engagierten Generaldirektors Matsuura. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist die Arbeit der VN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf dem Gebiet der Menschenrechtserziehung vorbildlich.

Afghanistan

WIEDERHERSTELLUNG DES MUSEUMS VON KABUL

Im Rahmen des materiellen Kulturgüterschutzes unterstützt die UNESCO den Wiederaufbau in Afghanistan und im Irak. Österreich finanzierte in diesem Zusammenhang eine Untersuchungsmission von Universitätsprofessorin Deborah Klimburg-Salter (Universität Wien, Institut für Kunstgeschichte) für die Wiederherstellung des Museums von Kabul/Afghanistan.

Irak

WAHRUNG DES KULTURERBES

Die Kulturerbe-Expertin und Universitätsprofessorin Helga Trenkwalder (Universität Innsbruck, Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik) nahm im Mai 2004 in Paris an der ersten Plenartagung des Internationalen Koordinationskomitees zur Wahrung des Kulturerbes des Irak teil und war auch bei der zweiten Plenartagung im Juni 2005 vertreten.

UNEP

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) hat das wichtige Mandat des VN-Umweltschutzprogramms als „Stimme der Umwelt“ auch innerhalb der VN bestätigt. UNEP konzentriert sich in den letzten Jahren inhaltlich auf Kapazitätsaufbau, internationales Chemikalienmanagement, Weiterentwicklung von Umweltrecht, nachhaltige Produktions- und Konsummuster sowie die Dokumentation von umweltrelevanten Daten. UNEP kooperiert in diesen Bereichen eng mit VN-Entwicklungsorganisationen, darunter UNIDO (*Cleaner Production*) und UNDP (*Capacity building*).

2002 wurde mit dem „Cartagena-Prozess“ eine Initiative zur Stärkung des UNEP initiiert, die eine Teilnahme aller VN-Mitglieder im Verwaltungsrat sowie eine vertiefte Koordination auf Ministerebene im Umwelt-Governance-System anstrebt. Eine zweite mögliche Reform ist in der Diskussion um die Gründung einer UNEO (VN-Umwelt-Organisation) als Aufwertung von UNEP angedacht.

Umwelt-Governance-System

Österreich fördert diesen Prozess und setzt sich für die integrierte Behandlung von Umweltthemen im VN-System ein. Außerdem engagiert sich Österreich v. a. bei Internationalem Umweltrecht sowie für eine Optimierung des Mitteleinsatzes bei der Gestaltung bzw. Neustrukturierung des UNEP-Budgets.

Westbalkan, Zentralasien & Kaukasus

ENVIRONMENT AND SECURITY PARTNERSHIP – ENVSEC

Seit 2003 existiert die Partnerschaft zwischen OSZE, UNDP Osteuropa und UNEP, die am Westbalkan, in Zentralasien und im Kaukasus aktiv ist. Inhaltlich bemüht sich die Partnerschaft um Bewusstseinsbildung, die Erstellung von Situationsanalysen, Kapazitätsaufbau, Politikintegration/Governance und um die operationelle Durchführung von Projekten. Ebenso existiert eine wissenschaftliche Kooperation mit zahlreichen Partnern zur Erarbeitung der Querverbindungen zwischen Umwelt und Sicherheit. Österreich (BMLFUW) unterstützt die Partnerschaft mit einem Beitrag von 10.000 Euro jährlich und ist Mitglied des Advisory Board.

IOM

Die Internationale Organisation für Migration hat in den vergangenen Jahren neben ihren Hauptaufgaben Registrierung und Transport von Flüchtlingen eine Reihe von neuen Aufgaben im Zusammenhang mit Not- und Post-Konfliktsituationen übernommen. Zuletzt hat IOM während der Krise im Darfur und nach der Tsunami-Katastrophe wertvolle Hilfe geleistet.

Österreichs Beitrag zum administrativen Jahresbudget der IOM sowie auch sämtliche von Österreich (ko-)finanzierten IOM-Projekte werden vom BMI entrichtet. Österreich wird im Rahmen der EU-Präsidentschaft 2006 gemeinsam mit IOM, Großbritannien und der Europäischen Kommission eine „Wiener Erklärung über Migration“ verhandeln.

Zentralasien

GRENZKONTROLLMECHANISMEN – BOMCA

Im Rahmen der des UNDP/EU Projektes *Border Management for Central Asia* (BOMCA) ist die IOM damit beauftragt, die Visumpolitik und Praxis der Staaten Zentralasiens zu evaluieren und im Anschluss Hilfestellung bei einer Adaptierung auf westliches Niveau zu helfen. Ein Vertreter des BMA ist als Experte in diesem Projekt tätig.

Darüber hinaus führt die OEZA derzeit Gespräche über eine mögliche Koordination der Rückkehr- und Reintegrationshilfe für freiwillig Rückkehrende nach Moldau sowie eine österreichische Beteiligung an der verstärkten Zusammenarbeit der IOM mit Algerien bzw. den Maghrebstaaten.

OCHA

Das seit 1998 bestehende Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten wirkt als zentraler Koordinator der humanitären Akteure (Staaten, Internationale Organisationen, andere Teile des VN-Systems, NRO etc.). Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der *United Nations Consolidated Appeals Process*, ein strategisches Planungs- und Koordinierungsinstrument der humanitären Hilfe für komplexe humanitäre Krisen. Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen sollte dieser Koordinationsmechanismus aus österreichischer Sicht unbedingt unterstützt und seine Weiterentwicklung gefördert werden.

Im Rahmen von OCHA ist die derzeit unter österreichischem Vorsitz stehende Konsultativgruppe der *Military and Civil Defence Unit* angesiedelt. Die Gruppe dient als Verbindungsstelle der Anfragen zur Bereitstellung militärischer und ziviler Expertise/Ressourcen im Krisenfall. Die finanzielle und personelle Beteiligung an der *Interagency Internal Displacement Division* bekräftigt Österreichs Engagement auch zum Schutz von intern Vertriebenen. Die österreichische Mitarbeit an diesem zunehmend wichtiger werdenden Koordinationsinstrument ist ein Markenzeichen Österreichs in diesem Bereich und soll fortgesetzt werden.

Military and Civil Defence Unit

UNHCR

Am Jahresende 2004 waren rund 17 Mio. Menschen vom Mandat des VN-Hochkommissars für Flüchtlinge erfasst; das Jahresbudget des UNHCR belief sich auf rund 1 Mrd. US Dollar. Österreich beteiligt sich an den Programmen dieses Hilfsorgans, das in praktisch allen Erdteilen operativ ist.

Tschad

NOTHILFSPROGRAMM FÜR SUDANESISCHE FLÜCHTLINGE AUS DAFUR

Mit dem vorliegenden Beitrag wird das Nothilfprogramm von UNHCR im Sudan unterstützt, um den vom Konflikt in der Dafur-Region betroffenen Flüchtlingen humanitäre Hilfe leisten zu können. Die Ziele des UNHCR Nothilfprogramms sind v. a. der Schutz der Flüchtlinge an der Grenze zu Chad, besonders von Kindern, und die Versorgung der Flüchtlinge mit Trinkwasser.

OHCHR



Die VN-Hochkommissarin für Menschenrechte identifiziert als Fokus ihres Aktionsplans zur effizienteren Umsetzung von Menschenrechten ein verstärktes Länderengagement, Stärkung der Führungsrolle des OHCHR, Verbesserung in Kooperation, Management und Planung. Eine stärkere Involvierung von OHCHR in Armutsbekämpfung und Umsetzung der MDGs kann generell in der Verlagerung der analytischen Kapazitäten vor Ort und einer engeren Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und VN-Agenturen, spezifisch in der Förderung des Bereichs *transitional justice*, Rechtsstaatlichkeit und in der Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern geortet werden.

In diesem Zusammenhang plant das OHCHR derzeit ein Projekt in **Uganda** im Bereich der Menschenrechtsbeobachtung, Schutz der Zivilbevölkerung, Stärkung der lokalen Kapazität. Eine österreichische Zusammenarbeit, v. a. im Bereich Norduganda, ist angedacht.

Österreichs Beiträge sind im Vergleich zu anderen EU-Partnern sehr gering (2004 auf Platz 21 unter den wichtigsten Beitragszahlern). Diese Situation entspricht nicht dem traditionell großen internationalen Engagement Österreichs auf dem Gebiet der Menschenrechte. Eine Erhöhung der regulären Beitragszahlungen ist daher nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten ab 2007 geplant.

IKRK

Österreich unterstützt die operative Arbeit des Internationalen Roten Kreuzes durch gezielte Beitragsleistung zur Hilfeleistung in Krisenregionen, insbesondere auch für Entminungsprogramme. Darüber hinaus leistet Österreich einen Beitrag zum Hauptsitzbudget des IKRK. Die OEZA wird sich bemühen, diese gute Zusammenarbeit mit dem IKRK fortzusetzen.

Äthiopien

MINENAKTIONSPROGRAMM DES IKRK

Das IKRK ist in Äthiopien vor dem Hintergrund der Folgen des internationalen bewaffneten Konflikts mit Eritrea (1998–2000) sowie interner bewaffneter Konflikte und Unruhen tätig. Die Versorgung mit Prothesen und die physische Rehabilitation von durch Landminen geschädigten Personen ist das Ziel der Tätigkeit. Unabhängig agierend und doch in enger Zusammenarbeit mit den Behörden und relevanten nationalen und internationalen Organisationen, fördert das IKRK Initiativen, um die Bedürfnisse der am meisten verletzbarsten Personen abzudecken.

WFP³

Das Welternährungsprogramm als Sonderprogramm der VN verfügt über ein System von Nahrungsmittelbevorratung und Beförderungsmöglichkeiten. Der österreichische Beitrag zum Welternährungsprogramm beträgt jährlich 1,323 Mio. Euro und wird vom BMLFUW entrichtet.

Österreich wird sich in Zukunft dafür einsetzen, das Welternährungsprogramm bei akuten Notfällen gegebenenfalls projektbasiert heranzuziehen.

3) FAO wird in Kapitel 5.1.1, Ernährungssicherheit und Nahrungsmittelhilfe, behandelt.

UNIFEM

Der VN-Fonds für die Besserstellung von Frauen hat sich im Rahmenprogramm 2004–2007 vier Ziele gesetzt, die sich weitgehend mit österreichischen Schwerpunkten decken:

- Reduzierung der „feminisierten“ Armut,
- Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen,
- Eindämmung der Ausbreitung von HIV/AIDS unter Frauen und Mädchen,
- Gleichberechtigung in Post-Konflikt-Situationen.

Diese Ziele verfolgt UNIFEM auf den Ebenen Politik und Institutionenaufbau, wobei der Schwerpunkt bisher v. a. auf der Unterstützung von Partnerländern bei der Formulierung der gesetzlichen Grundlagen für Gleichberechtigung lag (z. B. Afghanistan, Ruanda, Kosovo), während man sich nunmehr auf die Umsetzung konzentriert (Training von Richtern, Sicherheitskräften etc.).

**Afrika gesamt****PARTNERSHIP FOR GENDER EQUALITY AND WOMEN'S EMPOWERMENT**

Ziele: Österreich unterstützt UNIFEM beim Aufbau des Gender-Büros der Afrikanischen Union (AU) zur Verwirklichung der von der AU proklamierten Frauenrechte sowie von Geschlechtergleichstellung auf regionaler, subregionaler und nationaler Ebene.

Aktivitäten:

- Kapazitätsaufbau für Menschenrechtsprogramme, *Gender Mainstreaming* und *Monitoring* innerhalb der AU
- Stärkung der Menschenrechte von Frauen in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen
- Mobilisierung von Frauen und deren effektiver Partizipation im AU-Wirtschafts- und Sozialrat und im Pan-afrikanischen Parlament
- Sudan/Darfur: Sicherstellung der Teilnahme von Frauen am Friedensprozess; *Monitoring* der Situation der Intern Vertriebenen
- Gender-Training für Soldaten in AU-Friedenseinsätzen (einschließlich HIV/AIDS)
- Kapazitätsaufbau für Teilnahme von Frauen an demokratischen Wahlprozessen

Eine signifikante Erhöhung des regulären österreichischen Beitrags, derzeit 90.000 Euro, ist nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten ab 2007 geplant. Österreich lag 2004 mit seinen regulären Beiträgen unter den EU-Mitgliedstaaten an 11. Stelle.

ILO

MKMB-Förderung Österreich ist an einem besonderen Engagement v. a. bei jenen Programmen der Internationalen Arbeitsorganisation interessiert, zu denen es mit einem besonderen Know-how beitragen kann. Dies ist z. B. im Bereich der mittelständischen Wirtschaft, dem Arbeitsschutz und der Gesundheit am Arbeitsplatz sowie dem sozialpartnerschaftlichen Dialog der Fall.

Österreich zeigt weiters besonderes Interesse an einschlägigen Aktivitäten der ILO, die geeignet sind, nicht zur EU gehörende mittel- und osteuropäische Staaten an EU-Standards heranzuführen.

Mittel- und Osteuropa, Entwicklungsländer

FÖRDERUNG VON KMU

Österreich unterstützt weiterhin ILO-Programme in Entwicklungsländern sowie mittel- und osteuropäischen Staaten auf dem Sektor der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU-Programme). In nicht zur EU gehörenden mittel- und osteuropäischen Staaten engagiert sich Österreich v. a. bei Programmen, die zur Heranführung an EU-Standards dienen können (sozialer Dialog, Arbeitsschutz und Gesundheit, Problem von Gehaltsrückständen in der Ukraine etc.).

UNCDF

Public-Private-Partnerships Der VN-Kapitalentwicklungsfonds ist auf zwei Bereiche spezialisiert: den Aufbau von Mikrofinanzdienstleistungen und die lokale Entwicklung durch Förderung von Prozessen der Dezentralisierung sowie von Planungskompetenz, Organisationsentwicklung und dem Finanzmanagement auf Ebene lokaler Regierungen und Verwaltungen. UNCDF wurde in einer umfassenden Evaluierung 2004 als effizient, effektiv und relevant bewertet. Es ist der einzige Fonds, dessen Mandat speziell auf am wenigsten entwickelte Länder ausgerichtet, jedoch mit 10 Mio. US Dollar Kernbudget einer der kleinsten Fonds der VN ist. In strategischer Hinsicht ist die OEZA an der armutsrelevanten Förderung des Privatsektors auf Mikroebene, Dezentralisierung und lokalen Entwicklung interessiert, in welchem der UNCDF oft eine vorbereitende Rolle für spätere Programme der Weltbank oder bilateraler Geber spielt. Österreich wird als traditioneller Partner von UNCDF und den Programmländern sehr geschätzt. Die OEZA wird sich bemühen, den österreichischen Beitrag (2004 und 2005 jeweils 200.000 Euro) weiter auszubauen, wobei eine engere Verknüpfung mit den bilateralen Programmen der OEZA auf dem Gebiet der lokalen Entwicklung vor allem in den Regionen Ost- und Südliches Afrika angestrebt wird, auch könnte eine *Public-Private-Partnership* mit österreichischen Finanzinstitutionen aufgebaut werden. Der Einsatz von JPOs bzw. ein Personalaustausch mit dem Privatsektor als zusätzliche Maßnahmen wird im Hinblick auf das Know-how des Fonds angestrebt.

UNICEF

Die Arbeit des VN-Kinderhilfswerks konzentriert sich auf die fünf allgemeinen Schwerpunkte HIV/AIDS, Immunisierung, Gesundheit und Ernährung, Transitionsphase in Post-Konfliktsituationen und Schutz von Kindern. Fächerübergreifende Themen wie *Gender* und Rechte der Kinder sind in allen fünf Gebieten anzuwenden. Spezielle Zielvorgaben sind im *Medium Term Strategic Plan* für 2006–2009 enthalten. Der Aufgabenbereich von UNICEF hat sich in den letzten Jahren wesentlich erweitert: Gebiete wie Familienberatung und Beratung von Schulen in Gesundheitsfragen können das Leben von Kindern im weiteren Sinn positiv beeinflussen. Für Österreich ist neben den unten genannten Projekten vor allem der Bereich Schutz von Kindern, für den die OEZA einen JPO zur Verfügung stellt, von großer Wichtigkeit.

Palästinensische Gebiete

PSYCHOSOZIALE NOTFALLTEAMS ZUR UNTERSTÜTZUNG VON KINDERN UND FAMILIEN

Dieses Projekt zielt darauf ab Teams zu bilden, die aus 15 bis 20 Sozialarbeitern und Psychologen bestehen und es zur Aufgabe haben Kinder und deren Familien in Notsituationen psychologisch zu betreuen. Heute bestehen zwölf Teams, die sich um rund 23.000 Kinder und 14.000 Erwachsene kümmern und neben Notsituationen auch häusliche Gewalt und Missbrauch thematisch behandeln. Erreicht werden soll eine Reduktion der Gewalt in Schulen und Familien, die als unmittelbares Resultat des bedrohlichen äußeren Umfelds gewertet werden.

Sudan

POLIO-IMMUNISIERUNGSPROJEKT IN DARFUR

Erreicht werden soll eine möglichst flächendeckende (mind. 80 %) Immunisierung von Kindern unter 15 gegen Kinderlähmung in Darfur.

Afghanistan

SICHERUNG DER RECHTE VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Durch 500 so genannte „*accelerated learning classes*“ soll Frauen und Mädchen, die während des Krieges keine Möglichkeit für eine Schul- oder Berufsausbildung hatten, die Möglichkeit gegeben werden, grundlegende schulische Fähigkeiten nachzuholen und berufliche Fertigkeiten zu erlangen. Das Projekt wird durch Komponenten der medizinischen Schwangerschaftsbegleitung sowie der Mutter-Kind Gesundheit ergänzt und mit Maßnahmen des Kapazitätsaufbaus für das lokale Frauenministerium ergänzt.



UNRWA

Infolge der *Intifada* in den besetzten Gebieten startete das VN-Hilfswerk für Flüchtlinge aus den palästinensischen Gebieten im Nahen Osten seit 2000 mehrere Hilfssonderprogramme, aufgrund massiver Rückstände bei den Beitragszahlungen mussten jedoch zahlreiche Kürzungen vorgenommen werden. Vorhaben im Bereich des Notfallplans umfassen Arbeitsbeschaffungsprogramme, finanzielle Unterstützung der ärmsten Familien, Nahrungshilfe sowie den Wiederaufbau der durch die israelischen Vergeltungsanschläge beschädigten Infrastruktureinrichtungen. Insgesamt wurden bis Juli 2005 im Gaza Streifen 775 Unterkünfte für 831 Familien wiederaufgebaut, weitere 148 Unterkünfte für 165 Familien sind im Bau.

Während der derzeitige Stand an Leistungen von UNRWA als unabdingbar erscheint, wird sich die weitere Diskussion auf die humanitären Prioritäten palästinensischer Flüchtlinge konzentrieren. Die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge erscheint dabei als zentraler Punkt bei der Lösung der humanitären Krise in den besetzten Gebieten.

Hilfe für den Gaza-Streifen

7.3 Internationale Finanzinstitutionen

Burden sharing Die Lösung globaler Herausforderungen erfordert gemeinsame Anstrengungen und internationales „burden sharing“. Österreich beteiligt sich an den internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), um globale Entwicklungsziele zu verfolgen. IFIs sind multilaterale Entwicklungsbanken und spezielle Fonds, die im Rahmen multilateraler Vereinbarungen von Mitgliedstaaten für die Erfüllung spezifischer Aufgaben kapitalisiert bzw. dotiert werden. Die Positionen des BMF, das die Vertretung Österreichs in den IFIs wahrnimmt, stehen im Rahmen des Kohärenzgebots im Einklang mit dem entwicklungspolitischen Profil der OEZA.

Armutsbekämpfung Multilaterale Entwicklungsbanken nutzen das von ihren Mitgliedsländern bereitgestellte Kapital und die hohe Bonität ihrer Aktionäre, um selbst am Weltmarkt zu günstigsten Bedingungen (AAA) Kapital aufzunehmen, das an die keinen oder keinen gleichwertigen Zugang zum Kapitalmarkt besitzenden Entwicklungsländer weitergegeben wird. Spezielle Entwicklungsfonds, wie z. B. die zur Weltbankgruppe gehörende *International Development Association* (IDA) oder der Afrikanische Entwicklungsfonds der Afrikanischen Entwicklungsbankgruppe, werden von Geberländern periodisch wieder aufgefüllt und vergeben an arme nicht kreditwürdige Länder stark gestützte weiche Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) nimmt unter den IFIs eine Sonderstellung ein, gewann jedoch in den letzten Jahren in Fragen der Entwicklung und Armutsreduktion an Bedeutung.

7.3.1 Warum IFIs?

IFIs vergeben weltweit pro Jahr ca. US\$ 10 Mrd. „weiche Kredite“ oder nichtrückzahlbare Zuschüsse an Länder mit geringem Einkommen und ca. US\$ 40 Mrd. an Krediten zu besten Marktbedingungen an Länder mittleren Einkommens.

Knowledge Banks Sie überbrücken in Entwicklungs- und Transitionsländern noch immer häufig vorkommendes Marktversagen, stellen langfristiges Kapital für Entwicklungszwecke zur Verfügung, transferieren wichtiges Know-how („*Knowledge Banks*“) und erfüllen auf internationaler Ebene sowohl eine Krisen- als auch eine ordnungspolitische Funktion. In diesem Sinne finanzieren sie nationale Armutsreduktionsstrategien, bauen institutionelle Kapazitäten auf, bieten Politikberatung an, geben Finanzhilfe sowie Schuldenerlass, versuchen, Wirtschafts- und Finanzkrisen abzuwenden und die Folgen externer Schocks abzufedern.

Was sich nach der Ablösung des 'Washington Consensus' als grundsätzlicher Ansatz der IFIs umreißen lässt, umfasst v. a. die Elemente Armutsbekämpfung als oberste Priorität, eine gesunde Wirtschaftspolitik auf der Makro- und Mikroebene als Grundlage, *Ownership* und Partnerschaft als Grundprinzipien, armutswirksames wirtschaftliches Wachstum auf der Basis des privaten Sektors als wirtschaftliche Grundorientierung und die Modernisierung des Staates, *Good Governance* sowie institutionelle Entwicklung, um die unverzichtbaren Rahmenbedingungen zu schaffen.

Durch Österreichs finanzielle und personelle Präsenz in den IFIs sollen österreichische strategische Ansätze, Werte und Interessen in diese Institutionen eingebracht werden.

7.3.2 Österreichische Schwerpunkte

Armutsreduktion unter Orientierung an den MDGs

Strategischer IFIs-Leitfaden des BMF

Den IFIs wird allgemein große Kompetenz in der Armutsreduktion konzidiert und sie tragen zu den für die Erfüllung der MDGs notwendigen höheren ODA-Flüssen in die Entwicklungsländer bei. Österreich wird in der Periode 2006–2008 laufend die Armutspolitik der IFIs überprüfen und gemäß strategischem IFIs-Leitfaden folgende Positionen einbringen:

Signifikantes Wirtschaftswachstum ist in den einkommensschwachen Ländern eine Grundbedingung effektiver Armutsbekämpfung. Dieses hängt von guten und stabilen makroökonomischen Grunddaten sowie einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung auf der Basis geeigneter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und eines positiven Investitionsklimas ab. Damit Wachstum zu Armutsreduktion beiträgt, müssen Investitionen in die sozialen Sektoren, die Schaffung sozialer Sicherheitsnetze, die Reduktion von Einkommensdisparitäten, Chancengleichheit und Risikomanagement, insbesondere für die armen Bevölkerungsteile, Schwerpunkte der Reformpolitiken (*pro poor policies*) sein.

Pro poor policies

Empowerment, die politische und soziale Emanzipation, nimmt in der Armutsbekämpfung eine zentrale Position ein. Unabdingbar ist die Rolle von Staat und Institutionen, weshalb der Aufbau von Institutionen und die Wahrnehmung staatlicher Grundfunktionen in den Vordergrund treten müssen. Frauen müssen in Entwicklungsprozessen eine tragende Rolle spielen; werden sie ausgeschlossen, gehen entscheidende Entwicklungspotenziale verloren. Die Förderung der Menschenrechte und menschlicher Sicherheit sind ebenso untrennbar mit Armutsbekämpfung verbunden wie Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimawandels. Über Entschuldung müssen in den Staatshaushalten der Entwicklungsländer Ressourcen frei gemacht werden, die sie für die Finanzierung armutswirksamer Programme einsetzen können.

Empowerment

Selbstbestimmte und in breiten konsultativen Prozessen erarbeitete *Poverty Reduction Strategies* (PRS) bilden mittlerweile in vielen Ländern die strategische Basis für Entwicklung und Armutsreduktion, sollten ausgebaut und von allen Gebern als Koordinationsinstrument ihrer Finanzierungen benutzt werden.

Poverty Reduction Strategies

Österreich fordert in den IFIs die weitere Verbesserung der PRS. Der Focus soll auf Qualität der PRS und die ihnen zugrunde liegenden Prozesse gelegt werden. Eine intensive Verschränkung von PRS mit Budgets, *Medium Term Expenditure Frameworks* und nationalen Nachhaltigkeitsstrategien erhöht ihre Wirksamkeit. Durch die Erstellung einjähriger PRS-Policy Matrizen können PRS leichter in konkrete Aktion umgesetzt werden. Ebenso sollen PRS aus österreichischer Sicht durch alle Stakeholders mitgetragen werden; die Einrichtung von speziellen „Partnership Foren“ ist in diesem Sinne förderlich.

Good Governance

Soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Erhaltung von Stabilität und Frieden hängen in hohem Ausmaß von Good Governance wie Verwaltungsreform, Dezentralisierung, Vertrags- und Rechtssicherheit, Eindämmung der Korruption, Demokratisierung und der Einhaltung der Menschenrechte ab. Österreich begrüßt und fördert den Trend in den IFIs, diesen Kontext wahrzunehmen und in den Operationen zu berücksichtigen. Auch in diesem Bereich kommt dem Aufbau institutioneller Kapazitäten eine zentrale Rolle zu.



Österreich fordert in diesem Zusammenhang von den IFIs eine stärkere Betonung von Demokratisierung und Menschenrechten ein. In der *European Bank for Reconstruction and Development* nehmen diese Aspekte der politischen Governance schon prioritären Rang ein. In jedem Länderprogramm der IFIs, z. B. *Country Assistance Strategy* der Weltbank, fordert Österreich eine umfassende Governance-Analyse und eine klare Verschränkung dieser Vorgaben mit der Zuteilung von Krediten und Grants.

Wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Globalisierung

IFIs stellen ein effizientes und effektives weltweites Netz zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Auf nationalstaatlicher Ebene leisten sie Finanzierung für makroökonomische Stabilität und das Funktionieren der Volkswirtschaften, womit sie eine wichtige Grundlage für eine bessere Integration der weniger entwickelten Länder in die Weltwirtschaft schaffen. Sie verbessern die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung.

Regionale Integration Gegen grenzüberschreitende Wirtschafts- und Finanzkrisen gibt es nach wie vor keine allgemein gültigen Instrumente, aber die IFIs spielten in den Krisen der 90er Jahre eine wichtige maßgebende Rolle. An der Verbesserung der Instrumente muss gearbeitet werden.

Kohärente Wirtschaftspolitik IFIs sollen Fragen der Handelsliberalisierung in Zukunft behutsamer betreiben als bisher. Aus der Praxis der letzten Entwicklungsdekade musste die Erkenntnis gezogen werden, dass sich Handelsliberalisierung nicht immer in Wachstum und Armutsreduktion umsetzen lässt. Schuld daran sind einerseits bedeutende Handelshemmnisse auf Seiten der Industrieländer, angebotsseitige Beschränkungen und mangelnde Handelskapazitäten vieler Entwicklungsländer – besonders der Länder mit geringem Einkommen – und fehlende Anpassungsprogramme, um Liberalisierungsschocks, die besonders die armen Bevölkerungsteile treffen, abzufedern. Österreich setzt sich daher dafür ein, dass IFIs den Mangel an Handelskapazitäten verringern und angebotsseitige Beschränkungen abbauen helfen, an der Schaffung sozialer Sicherheitsnetze mitarbeiten und Strukturen fördern, die Globalisierungsgewinne in Armutsreduktion umsetzen. IFIs sind auch gut positioniert, um die Prozesse der regionalen Integration nachhaltig zu unterstützen.

Kohärente wirtschaftspolitische Zielsetzungen in den internationalen Organisationen und Institutionen sind unerlässlich. Österreich spricht sich daher für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen IFIs und der WTO und für die Etablierung eines umfassenden, allgemein anerkannten Welthandelsystems aus. Die Interessen der Entwicklungsländer, insbesondere Länder mit geringem Einkommen, müssen dabei gewahrt bleiben, weshalb z. B. ein Abbau der tarifären und nichttarifären Handelsschranken für landwirtschaftliche Produkte, eine Erleichterung des Süd-Süd-Handels, ein ausgewogenes System von Vorzugsmaßnahmen für die ärmsten Länder und ein dynamischer Schutz junger und strategischer Industrien in Entwicklungsländern erreicht werden soll.

Nachhaltige Entschuldung und tragfähige Verschuldung

Österreich nimmt aktiv an der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) zur Reduktion ihrer Schuldenlast teil und trägt in diesem Zusammenhang auch die bilaterale Entschuldungsstrategie im Pariser Club mit.

MDG 8 Zielvorgabe 13 und 15 Im Juli 2005 wurde von den G-8 in Gleneagles eine multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) vorgeschlagen, die einen sofortigen Schuldenerlass von hochverschuldeten, sehr armen Entwicklungsländern gegenüber der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF) vorsieht.

Ziel dieser Initiative ist es, zu einer dauerhaften Lösung des Verschuldungsproblems der HIPC-Länder beizutragen und damit die Erreichung der von den Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Entwicklungsziele maßgeblich zu unterstützen.

Bei Inkrafttreten der Initiative werden die Schulden jener Länder mit sofortiger und unwiderruflicher Wirkung gestrichen, die die HIPC-Initiative abgeschlossen und den so genannten *completion point* erreicht haben. Zusätzlich dürfen keine Rückstände gegenüber den beteiligten IFIs bestehen und die Berichtserfordernisse der Weltbankgruppe über die Auslandsverschuldung müssen erfüllt sein. Diese Voraussetzungen erfüllen mit Mai 2006 17 Länder. Weitere 25 HIPC-Länder können sich in den nächsten Jahren für die MDRI qualifizieren, sobald sie den *completion point* erreicht haben.

Die Verhandlungen über die technischen Modalitäten der Umsetzung der MDRI konnten unter Beteiligung der internationalen Gebergemeinschaft, darunter auch Österreich, im Dezember 2005 weitgehend abgeschlossen werden. Die MDRI tritt am 1. Juli 2006 in Kraft, jedoch vorausgesetzt die Effektivitätsschwelle (d. h. internationale Gebergemeinschaft gibt Verpflichtungserklärungen, so genanntes *Instrument of Commitments*, für einen gewissen Anteil der Kompensationszahlungen des erteilten Schuldenerlasses bis zu einem Stichtag ab) wird erreicht.

Vielfach wird eine Ausdehnung der MDRI auf weitere IFIs gefordert, da für manche hochverschuldeten HIPC-Länder gerade die Verschuldung gegenüber weiteren regionalen Finanzinstitutionen hoch ist. Innerhalb der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank wird daher zurzeit ein Erlass der Schulden der fünf latein- und südamerikanischen HIPC-Länder diskutiert. Da dies dem Grundsatz einer möglichst fairen Behandlung von Ländern auf der gleichen Entwicklungsstufe entspricht, wird dies von der internationalen Gebergemeinschaft und darunter auch Österreich begrüßt.

Innerhalb des Schuldenerlasses von IFIs legt Österreich großen Wert auf die zukünftige Erhaltung der finanziellen Integrität der jeweiligen Institution. Besonders wichtig ist dabei eine „Dollar für Dollar“-Kompensation des gesamten Schuldenerlasses durch die Gebergemeinschaft gemäß internationalem „burden sharing“. Österreich hat sich bei den Verhandlungen zur MDRI für eine grundsätzliche Unterstützung der multilateralen Entschuldung im vorgeschlagenen Umfang (d. h. über eine Laufzeit von 40 Jahren bei IDA und von 50 Jahren beim AfEF) ausgesprochen. Vorbehaltlich der parlamentarischen Bestätigung hat Österreich zugesagt, finanzielle Kompensation gemäß einem auch schon zuvor verwendetem Verteilungsschlüssel für die ersten 10 Jahre zu leisten.

Neben der Wahrung der finanziellen Integrität der IFIs ist die Gewährleistung der künftigen Schuldennachhaltigkeit der Empfängerländer eine zentrale Forderung für jeden Schuldenerlass. Dem Schuldenmanagement und einem tragfähigen Niveau der Neuverschuldung muss daher besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Um die künftige Schuldentragfähigkeit von Entwicklungsländern zu gewährleisten, führen IFIs regelmäßige Schuldennachhaltigkeitsanalysen durch und können dabei auf den gezielten Einsatz ihres Instrumentariums weicher Kredite und nichtrückzahlbarer Zuschüsse (*Grants*) zurückgreifen. Österreich legt dabei großen Wert auf die Umsetzung des anlässlich der 14. Wiederauffüllung der *International Development Association* beschlossenen Rahmenwerkes für tragfähige Verschuldung (*Debt Sustainability Framework, DSF*). Künftige Entschuldungen und Kredit- bzw. Grantvergaben der IFIs sollen mit dem Rahmenwerk vereinbar sein und seine Ziele sowie Prinzipien fördern. Neuverschuldungen sollen daher nur auf Basis regelmäßiger Schuldennachhaltigkeitsanalysen möglich sein, die zu angepassten und individuellen Verschuldungsstrategien führen. Bei Überschuldungsgefahr werden Grants mit Abschlägen gegeben.

Debt Sustainability Framework

Das DSF-Regelwerk soll im Herbst 2006 an die neuen Erfordernisse, die sich durch den Schuldenerlass der MDRI ergeben, angepasst werden. Die Weltbank ist dabei bestrebt eine möglichst breite Anwendung und Akzeptanz des DSF durch Miteinbeziehung einer Vielzahl von Stakeholdern und durch einen länderspezifischen Ansatz zu erzielen.

Nachhaltige ökologische Entwicklung

IFIs-Projekte müssen grundsätzlich im höchstmöglichen Ausmaß mit der Erhaltung der natürlichen Umwelt vereinbar sein. Darüber hinaus sollen jedoch Ziele und Prinzipien einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung in den IFIs stärker verankert werden. Das BMF konzentriert sich dabei 2006–2008 auf folgende Schwerpunkte:

Erneuerbare Energien

Energiemangel wird als ein zentrales Entwicklungshindernis begriffen. Daher legen die Entwicklungsländer einen Schwerpunkt auf Energieversorgung, ohne immer die nötige Rücksicht auf mögliche Klimaauswirkungen zu nehmen. Die IFIs sollen höhere Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien im gesamten Energie- „Mix“ der Entwicklungs- und Transitionsländer fördern. Forschung in neue Technologien wird dabei einen besonderen Stellenwert einnehmen. Die Nuklearenergie soll weiterhin von Finanzierungen von IFIs ausgeschlossen bleiben.

Global Forum for Sustainable Energy
Renewable Energy and Energy Efficiency Partnerships

Österreich strebt insbesondere an, dass IFIs zunehmend höhere Finanzierungen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz aufwenden und wird sich in limitiertem Rahmen an Projekten für erneuerbare Energie und Energieeffizienz in ausgewählten Ländern beteiligen. Eine Beteiligung an thematischen *Trust Funds* und Programmen soll das österreichische Interesse und Potenzial demonstrieren. Mit spezialisierten österreichischen Einrichtungen wie GFSE (*Global Forum for Sustainable Energy*) oder internationalen wie REEEP (*Renewable Energy and Energy Efficiency Partnerships*) soll es vermehrt zu Synergien kommen.

Wasser und Abwasser

Wasser und Armut hängen eng und untrennbar zusammen. Um die Millenniumsziele zu erfüllen, müssen in Entwicklungsländern mehr nachhaltige, leistbare und leicht betreibbare Wasser- und Abwassersysteme errichtet werden.

African Water Facility

Nach dem Scheitern des von großen multinationalen Firmen dominierten Privatisierungsmodells legen die IFIs heute das Schwergewicht auf lokale Strukturen und Beteiligung des lokalen privaten Sektors. Österreich begleitet diesen sektorpolitischen Paradigmenwechsels durch Betonung einer intensiven Förderung des Wassersektors, spezifische Kooperationen wie mit dem Wasser Sektorprogramm der Weltbank oder der *African Water Facility* der Afrikanischen Entwicklungsbank und einer Koppelung der Durchführung von Programmen mit angewandter Forschung. Österreichische Stärken, wie z. B. in den Bereichen Organisation/Management und Wasserschutz, sollen möglichen Kooperationen, Kofinanzierungen in ausgewählten Ländern und Beteiligungen an thematischen *Trust Funds* eingebracht werden.

Klimawandel

Der Klimawandel trägt direkt zur Armut in den Entwicklungsländern bei und kann diese bei Ausbleiben geeigneter mitigierender und adaptiver Maßnahmen dramatisch verschärfen. Klimaschutz wird von den IFIs als Ziel eines neuen Energieparadigmen begriffen, wobei kein notwendiger Gegensatz zwischen Entwicklung und Klimaschutz besteht. Die Entwicklungsländer weisen jedoch jede historische Verantwortung am Klimawandel zurück und postulieren das Primat ihres Energiebedarfs. IFIs sind gut positioniert, über Projektfinanzierungen an technologischen und energiepolitischen Lösungen zu arbeiten, die sowohl dem Energiebedarf als auch dem Klimaschutz entgegenkommen. Bewusstseinsbildung ist nicht nur in den Industrieländern, sondern auch in den Entwicklungsländern von großer Wichtigkeit, um die führende Bedeutung aktiven Klimaschutzes und der Anpassung an Klimaveränderungen breiter zu verankern.

Kyoto-Prozess

Österreich hat auch eigenes Interesse im Rahmen des Kyoto-Prozesses und seiner Emissionsreduktionsverpflichtungen. Es ist daher vorgesehen, im Zeitraum 2006–2008 Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung klimarelevanter Projekte und entsprechender Finanzierungsinstrumenten für diese Projekte zu setzen.

7.3.3 Österreichische wirtschaftliche Interessen

Trust Funds

Wie die EU sind auch die IFIs ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Durch die österreichische Mitgliedschaft an den IFIs werden österreichische Unternehmen in die Lage versetzt, sich am Wettbewerb um Aufträge aus einem jährlichen Topf von ca. 50 Mrd. US Dollar zu beteiligen. Darin werden sie durch die österreichische personelle Präsenz in den IFIs und durch spezielle Instrumente wie *Trust Funds* und Personalentsendungen unterstützt.

Österreich hat Interesse an der positiven Beeinflussung der internationalen Rahmenbedingungen durch die IFIs sowie an einem Beitrag zur Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft durch Nutzung ihrer Analysen und Projektarbeit. Eine Erhöhung der österreichischen *Procurement*-Anteile in allen IFIs wird angestrebt, wobei die Höhe der an österreichischen Firmen ergehenden Aufträge in erster Linie von deren Konkurrenzfähigkeit abhängt und keinesfalls eine Lieferbindung entstehen soll.

Hierfür wird der Informationsfluss von den und in die IFIs sichergestellt, Kontakte und Kommunikation gefördert sowie die Positionen der österreichischen VertreterInnen in den Leitungsgremien der IFIs genutzt. Ausgewählte Kofinanzierungen und Kooperationen verbessern die Bedingungen für österreichische Betriebe und setzen Akzente in für die österreichische Wirtschaft wichtigen Märkten. Risikokapital- und Versicherungsdienstleistungen für österreichische Auslandsinvestitionen werden teilweise schon sehr stark genutzt und sollen gezielt weiter ausgebaut werden. Für die österreichische Konsulentenwirtschaft bieten spezielle österreichische bzw. thematische „Trust Funds“ verbesserte Auftragsmöglichkeiten.

7.3.4 Prinzipien für die Arbeit der IFIs

Österreich setzt auf eine verbesserte Ausrichtung der IFIs auf die Strategien und Prioritäten der Entwicklungsländer und mehr *Ownership* durch die Regierungen dieser Länder selbst. Dabei spielen Regierungen, demokratische Institutionen, der private Sektor und Organisationen der Zivilgesellschaft gleichermaßen eine wichtige Rolle.

Ownership

Die IFIs müssen ihren Beitrag zur *Harmonisierung* der Geberansätze leisten, sich aktiv mit anderen bi- und multilateralen Gebern koordinieren und gemeinsame Finanzierungsinstrumente und -modalitäten entwickeln.

Harmonisierung

Die *Entwicklungseffektivität* der eingesetzten Mittel muss sich – neben mehr *Ownership* und Harmonisierung – auch durch mehr Qualitätssicherung und Orientierung auf konkrete messbare Entwicklungserfolge erhöhen.

7.3.5 Österreichische Beteiligungen an den IFIs

Die nachstehende Tabelle zeigt detailliert den kumulativen Beteiligungsstand aus dem Jahr 2004. Im Jahr 2005 wurden die Anteile an der *International Development Association* und am Afrikanischen Entwicklungsfonds, also an den besonders armutswirksamen weichen Fenstern der IFIs, signifikant erhöht. Die jeweiligen Anteile werden in der Periode 2006–2008 grundsätzlich gehalten.

Bezeichnung und Sitz der Gesellschaft in %	Österreichs Anteil am Gesamtkapital zum 31.12.2004 in Mio. Euro	
Internationaler Währungsfonds (IWF), Washington	0,880	2.133,673
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), Washington	0,703	979,811
Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), Washington	0,854	771,456
Internationale Finanzkorporation (IFC), Washington	0,836	14,493
Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA), Washington	0,813	10,851
Globale Umweltfazilität (GEF), Washington	1,423	55,613
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), Washington	0,383	17,914
Afrikanische Entwicklungsbank, Abidjan	0,446	109,664
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfEF), Abidjan	1,153	176,314
Asiatische Entwicklungsbank (AEB), Manila	0,344	136,818
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsEF), Manila	0,851	170,327
Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IAEB), Washington	0,159	117,897
Fonds für Sondergeschäfte (FSO), Washington	0,213	15,344
Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft (IIC), Washington	0,495	2,533
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), London	2,280	456,000
Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg	2,241	3.666,974
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF), Brüssel	2,650	705,960
Gemeinsamer Rohstofffonds, Amsterdam	1,236	1,783
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), Rom	1,023	31,582



Teil III: Entwicklungspolitische Kohärenz

Die in den letzten Jahren auf internationaler und v. a. auf europäischer Ebene in Gang gekommene intensive Diskussion über eine Verbesserung entwicklungspolitischer Kohärenz bedingt auch in Österreich eine zunehmende Befassung mit diesem Thema. Die DAC *Peer Review* 2004 empfiehlt dem BMAA eine klare Prioritätensetzung in diesem Bereich. Dem BMAA kommt dabei aufgrund der österreichischen Gesetzeslage in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Ressorts eine besondere Verantwortung zu, da die Zuständigkeit für die Sicherstellung entwicklungspolitischer Koordination gemäß EZA-Gesetz beim BMAA liegt.



Österreichische Gesetzeslage

Gemäß § 21 EZA-Gesetz hat „der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die Koordination der internationalen Entwicklungspolitik sowohl in Österreich wie auch im Hinblick auf Art 180 EGV sicherzustellen“. Gemäß § 1 Abs. 5 des EZA-Gesetzes „berücksichtigt der Bund die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik bei den von ihm verfolgten Politikbereichen, welche die Entwicklungsländer berühren können“. Die Ziele der österreichischen Entwicklungspolitik (festgelegt in § 1 Abs. 3 leg cit) sowie deren Prinzipien (festgelegt in § 1 Abs. 4 leg cit) sind somit auch in Politikvorhaben zu berücksichtigen, die nicht im engeren Sinn Entwicklungszusammenarbeit sind, wie z. B. Handelspolitik, Außenwirtschaft (Kreditvergabe und Schulden-Management), Maßnahmen der Landwirtschaft oder des Umweltschutzes etc. Die Vollzugszuständigkeit des/r jeweiligen Fachministers/in bleibt dadurch unberührt.

Gesetzliche Verankerung

Internationale Diskussion

Die OECD definiert entwicklungspolitische Kohärenz umfassend: „*Policy Coherence for Development means working to ensure that the objectives and results of a government's development policies are not undermined by other policies of that same government which impact on developing countries, and that these other policies support development objectives where feasible.*“

Auf internationaler Ebene wurde diesem Kohärenzgebot durch die *International Conference on the Financing of Development*, Monterrey 2002, zu größerer Prominenz verholfen. Der so genannte „Monterrey Consensus“ stellt dar, wie verschiedene Politikfelder, inklusive Handels-, Investitions-, Schuldenpolitik sowie der öffentliche und private Sektor zusammenwirken können, um Entwicklung zu fördern. Entwicklungszusammenarbeit ist ein kleiner Teilbereich dieser Politikfelder. Die Kohärenz-Diskussion wird auch im Rahmen der Geber-Runden der OECD-DAC geführt.

Monterrey-Consensus

Diskussion auf europäischer Ebene

Der Europäische Rat in Barcelona 2002 legte die EU auf eine ODA-Minimalhöhe (0,33 %) fest und sprach sich für eine verbesserte entwicklungspolitische Kohärenz aus. Diese Zielsetzungen werden von Österreich mitgetragen.

12 entwicklungspolitisch relevante Politiken

Eine neue Dynamik geht von den vom Rat für Allgemeine Außenbeziehungen am 24. Mai 2005 angenommenen Schlussfolgerungen über die Umsetzung der MDG aus, die im Annex zwölf entwicklungspolitisch relevante Politikbereiche definiert (Handel, Umwelt, Klimawandel, Sicherheit, Landwirtschaft, Fischerei, soziale Dimension der Globalisierung, Migration, Forschung, Informationsgesellschaft, Transport, Energie). Unter österreichischem EU-Vorsitz wurden mittels Ratsschlussfolgerungen vom 10./11. April 2006 weitere Umsetzungsschritte initiiert.

Eine Erhebung der Praxis innerhalb der EU-Partner ergab, dass selbst jene Mitgliedstaaten, die bei der Umsetzung des Kohärenzgebots vergleichsweise gut vorangekommen sind und über entwickelte Konsultationsmechanismen verfügen (Niederlande, Schweden, Dänemark), sich ständig mit strukturellen Abstimmungsproblemen, die durch themenspezifisch motivierte Eigeninteressen anderer Ressorts bedingt sind, konfrontiert sehen. Österreich befindet sich derzeit mit seinen Umsetzungsbemühungen mit der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der EU-15 im Mittelfeld.

Fortschritte bei der innerstaatlichen Umsetzung entwicklungspolitischer Kohärenzbereiche in den Mitgliedstaaten werden vom Ausgang der auf EU-Ebene zum Thema geführten Diskussion mitbestimmt werden; das BMAA wird eine Mitwirkung am informellen Kohärenz-Netzwerk der EU sicherstellen. Die aus den Diskussionen auf nationaler und jener auf europäischer Ebene resultierende Wechselwirkung könnte Impulse für verstärkte Umsetzungsbemühungen bewirken.

Mittelfristige Kohärenzagenda

Nationaler Aktionsplan

Aufgrund der bisherigen Diskussion zwischen den mit entwicklungspolitischen Agenden betrauten Ressorts ergibt sich für Österreich eine mittelfristige Kohärenzagenda in folgenden Bereichen:

OEZA-Leitlinien Handel und Entwicklung in Planung

■ Internationaler Handel und internationale Finanzen:

- > Ungeachtet der Ende Juli 2006 erfolgten Suspendierung setzt sich Österreich weiterhin für Ergebnisse der Doha-Runde ein, die den Namen Entwicklungsrunde rechtfertigen.
- > Erstellung einer WIIW-Studie zu Handel und Entwicklung im Hinblick auf die zu erwartenden Auswirkungen der Doha-Entwicklungsrunde auf die Schwerpunktländer der OEZA. Dadurch soll eine bessere Orientierung für bilaterale OEZA-Maßnahmen als auch für die österreichische Mitwirkung im Rahmen der *Aid for Trade*-Initiative ermöglicht werden.
- > Entschuldungsmaßnahmen: Informationskanäle zwischen BMF und BMAA-VII wurden etabliert; das BMAA nimmt an den Sitzungen des Pariser Clubs teil.
- > Die gemischte Arbeitsgruppe BMF/BMAA kann für aktuelle Abstimmungsprozesse genutzt werden.

■ **Wirtschaft und Entwicklung:**

- Bestehendes Diskussionsforum in Gestalt der „Plattform Wirtschaft und Entwicklung“ über die Nutzung des Potenzials der österreichischen Wirtschaft zur Erreichung der OEZA-Ziele, insbesondere zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern zum beiderseitigen Nutzen; Schwerpunkt soll bei den Partnerländern in Südosteuropa liegen, ohne Aktivitäten im Süden auszuschließen. Die Plattform arbeitet projektorientiert (Verbesserung von Synergien; gemeinsame Projekte). Ziel ist die Optimierung der Komplementarität der österreichischen Förderinstrumente.
- Organisationelle Aspekte der Zusammenarbeit der OEZA (BMaA, BMWA, BMF, BMSG, ADA)

■ **Privatsektorentwicklung:**

- Investitionsschutzabkommen (IVSA): In Verfolg einer parlamentarischen Enquete im Oktober 2004 zum Thema IVSA, sollen bei der Ausarbeitung des neuen österreichischen Musterentwurfs für bilaterale IVSA auch verstärkt entwicklungspolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

■ **Good Governance:**

- Österreich hat die VN-Antikorruptionskonvention am 11. Jänner 2006 als eines der ersten OECD-Mitglieder ratifiziert. Darauf aufbauend verstärkte Mitarbeit in der Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe des *Governance*-Netzwerks des DAC der OECD.
- *Gender*: Berücksichtigung bei der Erstellung und Durchführung sämtlicher OEZA-Programme und insbesondere bei der Umsetzung der MDGs.

■ **Landwirtschaft und Umwelt/Nachhaltigkeit:**

- Neuordnung des Zuckermarktes: Es wird zu prüfen sein, ob die dadurch in einigen Produktionsländern des Südens verursachten Ausfälle teilweise durch ODA-Mittel ausgeglichen werden können.
- Umwelt/Nachhaltigkeitsbereich: Rio-Konventionen (Biodiversität, Klimawandel, Wüstenbildung); laufende interne Koordinierung der österreichischen Vorgangsweise und etablierte Zusammenarbeit mit BMLFUW II und V (inkl. Österreichischer Rat für Nachhaltige Entwicklung). Identifizierung konkreter Synergien mit entwicklungspolitischem Bezug.

■ **Wissenschaft und Bildung:**

- Kooperationsmöglichkeit des BMaA/ADA im Rahmen der Kommission für Entwicklungsfragen, mit einer allfälligen finanziellen Beteiligung. In Südosteuropa zunehmend institutionalisierte Kooperation zwischen BMaA/ADA und BMBWK, v. a. im Bereich höhere Bildung.

■ **Sicherheit und Entwicklung:**

- Sollten in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie mit Definition der angestrebten Instrumente einbezogen werden; Haupteinsatzgebiete: Südosteuropa und Afrika.
- Strategie zur Umsetzung von Sicherheitsrats-Resolution 1325/2000 zu Frauen und Konflikt

■ **Migration und Entwicklung:**

- Bearbeitung der Schnittstellen: Mitwirkung an der internationalen Diskussion, insbesondere am Dialog EU-Afrika.

■ **HIV/AIDS:**

- Anlassbezogene Dialogstruktur mit Ministerien/NRO zu multilateralen Aktivitäten existiert. Erste Schritte zur Erarbeitung von internen Leitlinien werden im Planungszeitraum gesetzt.

■ **Entwicklungspolitische Kohärenz auf Ebene der EU:**

- Verfolg der thematischen und institutionellen Entwicklungen, insbesondere Umsetzung des Kohärenz-Arbeitsprogramms 2006/2007, und Einbringung in den österreichischen Kontext (siehe Kapitel 7.1.2)

OEZA-Leitlinien zu
Migration und Entwicklung
in Planung



Anhang 1: VN-Millenniums-Entwicklungsziele

Ziel 1:	Beseitigung der extremen Armut und des Hungers
Zielvorgabe 1:	Den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 \$ pro Tag beträgt.
Zielvorgabe 2:	Den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden.
Ziel 2:	Verwirklichung der allgemeinen Primärschulbildung
Zielvorgabe 3:	Sicherstellen, dass alle Buben und Mädchen eine Primärschulbildung vollständig abschließen können.
Ziel 3:	Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen
Zielvorgabe 4:	Das Geschlechtergefälle in der Primär- und Sekundärschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005, und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.
Ziel 4:	Senkung der Kindersterblichkeit
Zielvorgabe 5:	Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken.
Ziel 5:	Verbesserung der Gesundheit von Müttern
Zielvorgabe 6:	Die Müttersterblichkeitsrate noch vor 2015 um drei Viertel senken.
Ziel 6:	Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
Zielvorgabe 7:	Die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.
Zielvorgabe 8:	Die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.
Ziel 7:	Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
Zielvorgabe 9:	Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in die Politik und Programme jedes einzelnen Staates einbeziehen und den Verlust von Umweltressourcen beseitigen.
Zielvorgabe 10:	Den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.
Zielvorgabe 11:	Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen.
Ziel 8:	Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft
Zielvorgabe 12:	Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln. Umfasst die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die Entwicklung und Armutsreduzierung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.
Zielvorgabe 13:	Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen. Dies umfasst einen zoll- und quotenfreien Zugang für Exportgüter dieser Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hoch verschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind.
Zielvorgabe 14:	Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen.
Zielvorgabe 15:	Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen.
Zielvorgabe 16:	In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen.
Zielvorgabe 17:	In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrliche Medikamente in den Entwicklungsländern verfügbar machen.
Zielvorgabe 18:	In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien – insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien – genutzt werden können.



Anhang 2: DAC-Länderliste

DAC-Liste der Empfängerländer öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA)

Gültig für 2005, 2006 und 2007

LDCs Least Developed Countries	Other LICs Other Low Income Countries (pro-Kopf-BNE 2004 < \$825)	LMICs Lower Middle Income Countries (pro-Kopf-BNE 2004 \$826-\$3.255)	UMICs Upper Middle Income Countries (pro-Kopf-BNE 2004 \$3.256-\$10.065)
Afghanistan		Ägypten	Anguilla*
Angola	Côte d'Ivoire	Albanien	Antigua und Barbuda
Äquatorialguinea	Ghana	Algerien	Argentinien
Äthiopien	Indien	Armenien	Barbados
Bangladesch	Kamerun	Aserbaidtschan	Belize
Benin	Kenia	Belarus	Botsuana
Bhutan	Kirgisistan	Bolivien	Chile
Burkina Faso	Kongo, Rep.	Bosnien u. Herzegowina	Cookinseln
Burundi	Korea, Dem. VR	Brasilien	Costa Rica
Dschibuti	Moldau	China	Dominica
Eritrea	Mongolei	Dominikanische Republik	Gabun
Gambia	Nicaragua	Ecuador	Grenada
Guinea	Nigeria	El Salvador	Kroatien
Guinea-Bissau	Pakistan	Fidschi	Libanon
Haiti	Papua-Neuguinea	Georgien	Libyen
Jemen	Simbabwe	Guatemala	Malaysia
Kambodscha	Tadschikistan	Guyana	Mauritius
Kap Verde	Usbekistan	Honduras	Mayotte*
Kiribati	Vietnam	Irak	Mexiko
Komoren		Iran	Montserrat*
Kongo, Dem. Rep.		Jamaika	Nauru
Laos		Jordanien	Oman
Lesotho		Kasachstan	Palau
Liberia		Kolumbien	Panama
Madagaskar		Kuba	Saudi Arabien
Malawi		Marokko	Seychellen
Malediven		Marshallinseln	St. Melena*
Mali		Mazedonien	St. Kitts und Nevis
Mauretanien		Mikronesien	St. Lucia
Mosambik		Namibia	St. Vincent und die Grenadinen
Myanmar		Niue	Südafrika
Nepal		Paläst. Autonomiegebiete	Trinidad und Tobago
Niger		Paraguay	Türkei
Ruanda		Peru	Turks- und Caicosinseln*
Salomonen		Philippinen	Uruguay
Sambia		Serbien u. Montenegro #	Venezuela
Samoa		Sri Lanka	
São Tomé und Príncipe		Surinam	
Senegal		Swasiland	
Sierra Leone		Syrien	
Somalia		Thailand	
Sudan		Tokelau*	
Tansania		Tonga	
Timor-Leste (Osttimor)		Tunesien	
Togo		Turkmenistan	
Tschad		Ukraine	
Tuvalu		Wallis und Futuna*	
Uganda			
Vanuatu			
Zentralafrikanische Republik			

* Territorien/abhängige Gebiete; # Serbien und Montenegro: Republik Serbien, Republik Montenegro, Autonome Provinz Kosovo, Autonome Provinz Vojvodina
Redaktionelle Anmerkung: Politische Entwicklung 2006 in Serbien (inklusive Kosovo) und Montenegro noch nicht reflektiert.



Anhang 3: Instrumente der OEZA

Programme und Projekte

Diese werden von Projektträgern abgewickelt, die mittels Ausschreibung oder – im Falle von Förderprojekten – durch ein Antragsverfahren oder eine Einladung zur Einreichung von Förderungsansuchen (*Call for Proposals*) ermittelt werden.

Budgetfinanzierung/Programmhilfen

Österreich hat sich gemeinsam mit allen anderen Gebern im Februar 2003 in der Erklärung von Rom verpflichtet, zur Erreichung der Millenniumsziele flexible Formen der Hilfe zu akzeptieren. Die Europäische Kommission wird die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Instruments ausbauen. Die OEZA wird bisherige Erfahrungen mit dem Instrument analysieren sowie Voraussetzungen (insbesondere hinsichtlich Volumen und organisatorischer Kapazität) prüfen, die für seinen verstärkten Einsatz gegeben sein müssen.

Zusammenarbeit mit bilateralen und multilateralen Agenturen

Die Zusammenarbeit mit multilateralen Fachorganisationen und die Finanzierung von deren Vorhaben aus bilateralen Mitteln wird vor allem in jenen Ländern zweckmäßig sein, in denen gemeinsame Finanzierungen mit anderen Gebern erwünscht sind (z. B. Projekte der Förderung von Menschenrechten) oder wenn ein Bezug zum bilateralen Kernprogramm besteht, der von der OEZA bilateral nicht ausreichend abgedeckt werden kann.

Regionale Förderprogramme

Angestrebt wird unter dem Aspekt der Qualität der Zusammenarbeit die thematische Profilierung der OEZA. Mögliche Maßnahmen sind

- die Förderung von Süd-Süd-Kooperationen,
- Drittlandkooperationen etwa mit den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union,
- die Mitarbeit an Maßnahmen überregionaler Fachinstitutionen.

Kofinanzierung von NRO-Programmen

Auf der Basis der Kofinanzierung werden Vorhaben, die auf Eigeninitiative und den Themenschwerpunkten der NRO beruhen, gefördert. Damit werden auch die oft beachtlichen Eigenleistungen privater Trägerorganisationen anerkannt. Die Vorhaben werden mit den OEZA Zielen und Programmen abgestimmt. Entsprechende spezifische Förderinstrumente für die NRO-Kofinanzierung liegen vor.

Wirtschaft und Entwicklung

Durch die zunehmende Integration der Weltwirtschaft engagieren sich immer mehr heimische Unternehmen in Entwicklungs- und Reformländern. Dabei leisten sie oft einen entwicklungspolitisch relevanten Beitrag, stoßen aber andererseits auch auf Hürden, deren Ursachen in den entwicklungspolitischen Defiziten dieser Regionen liegen. Um die positiven Entwicklungseffekte der FDIs (*Foreign Direct Investment*) zu maximieren, sollen die potenziellen Synergien zwischen OEZA und FDI effizient genutzt werden.

Öffentlich-private Partnerschaften haben zum Ziel, Markteintrittsbarrieren zu reduzieren und im Partnerland zur Reduktion der Armut beizutragen (Entwicklungspartnerschaften). Zusätzlich werden im Rahmen der Unternehmenspartnerschaften Business-Linkages gefördert, die den lokalen Privatsektor stärken und zur Armutreduktion beitragen. Im Einzelfall unterstützt die OEZA Pilotprojekte der Wirtschaft, die den Einsatz von entwicklungspolitisch interessantem Know-how demonstrieren (Demonstrationsprojekte).

Kooperation mit den neuen Mitgliedsländern der EU

Die Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten soll im Bereich der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit fortgesetzt und ausgebaut werden.

Quelle: ADA



Anhang 4: Koordinationsbüros der OEZA

Koordinationsbüro/ Außenstelle	Zuständigkeitsbereich	Leitungsfunktion	Adresse
Nicaragua: Managua	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Nicaragua	ELLMIEIER Michaela Mag., Attachée	Plaza Espana 1 c. al lago. Apdo: 3173, Managua
Uganda: Kampala	Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda	BREITWIESER Franz Mag., Botschaftsrat	Crusader House, 3 Portal Avenue, Kampala P.O. Box 7457, Kampala
Kap Verde: Praia		KOHL Eva Dr., Botschaftsrätin	C. P. 288, Praia
Bhutan: Thimphu		WEINBERGER Marie-Christine, Botschaftsrätin	P. O. Box 307, Thimphu
Mosambik: Maputo mit Außenstelle Beira		NOVOTNY Irene Mag., Botschaftsrätin	Av. Tomás Nduda 1000, Polana, Maputo
Äthiopien: Addis Abeba		MOLL Leonhard Dr., Botschaftsrat	P. O. Box 11553, Addis Abeba oder c/o Österreichische Botschaft Addis Ababa
Burkina Faso: Ouagadougou		HAUSER Hannes Dipl.Ing., Botschaftsrat	Boulevard Charles de Gaulle, 01 BP 106, Ouagadougou
Senegal: Dakar		LEINER Elisabeth Mag., Attachée	12, Avenue Albert Sarraut, 4ème Etage – Immeuble de l'Union Européenne, Dakar B. P. 3359, Dakar
Palästinensische Gebiete: Ramallah		WÜSTINGER Oskar Dr., Botschaftsrat	8C, Al-Majless Street, Ras Al-Tahounieh, El Bireh, Ramallah
Albanien: Tirana		OPANCAR Christopher Mag., Attaché	Rr. Mustafa Matohiti, Pallati ABAU, No. 1/7, Tirana Kutia Postare 222/1, Tirana
Bosnien und Herzegowina: Sarajewo	Kroatien, Bosnien und Herzegowina	WEINER Michael Mag., Attaché	Titova 46/2, BiH-71000 Sarajevo
Mazedonien: Skopje		OPANCAR Christopher Mag., Attaché	Mile Pop Jordanov 8, MK-1000 Skopje
Moldau: Chisinau		—	23, Mateevici 23B 2009 Chisinau, Moldau
Serbien (inklusive Kosovo) Belgrad	Kosovo, Bulgarien, Rumänien, Moldau, Serbien, inkl. Kosovo und Montenegro	HUMMER Hans-Jörg Mag., Botschaftsrat	Senjacka 33, YU-11000 Belgrad
Montenegro: Podgorica		RAUNIG Florian Mag., Leiter des Koordinationsbüros	Kralja Nikole 104 81000 Podgorica



Anhang 5: Paris Declaration on Aid Effectiveness as of 2 March 2005

Ownership, Harmonisation, Alignment, Results and Mutual Accountability

I. Statement of Resolve

1. We, Ministers of developed and developing countries responsible for promoting development and Heads of multilateral and bilateral development institutions, meeting in Paris on 2 March 2005, resolve to take far-reaching and monitorable actions to reform the ways we deliver and manage aid as we look ahead to the UN five-year review of the Millennium Declaration and the Millennium Development Goals (MDGs) later this year. As in Monterrey, we recognise that while the volumes of aid and other development resources must increase to achieve these goals, aid effectiveness must increase significantly as well to support partner country efforts to strengthen governance and improve development performance. This will be all the more important if existing and new bilateral and multilateral initiatives lead to significant further increases in aid.
2. At this High-Level Forum on Aid Effectiveness, we followed up on the Declaration adopted at the High-Level Forum on Harmonisation in Rome (February 2003) and the core principles put forward at the Marrakech Roundtable on Managing for Development Results (February 2004) because we believe they will increase the impact aid has in reducing poverty and inequality, increasing growth, building capacity and accelerating achievement of the MDGs.

Scale up for more effective aid

3. We reaffirm the commitments made at Rome to harmonise and align aid delivery. We are encouraged that many donors and partner countries are making aid effectiveness a high priority, and we reaffirm our commitment to accelerate progress in implementation, especially in the following areas:
 - i. Strengthening partner countries' national development strategies and associated operational frameworks (e.g., planning, budget, and performance assessment frameworks).
 - ii. Increasing alignment of aid with partner countries' priorities, systems and procedures and helping to strengthen their capacities.
 - iii. Enhancing donors' and partner countries' respective accountability to their citizens and parliaments for their development policies, strategies and performance.
 - iv. Eliminating duplication of efforts and rationalising donor activities to make them as cost-effective as possible.
 - v. Reforming and simplifying donor policies and procedures to encourage collaborative behaviour and progressive alignment with partner countries' priorities, systems and procedures.
 - vi. Defining measures and standards of performance and accountability of partner country systems in public financial management, procurement, fiduciary safeguards and environmental assessments, in line with broadly accepted good practices and their quick and widespread application.
4. We commit ourselves to taking concrete and effective action to address the remaining challenges, including:
 - i. Weaknesses in partner countries' institutional capacities to develop and implement results-driven national development strategies.
 - ii. Failure to provide more predictable and multi-year commitments on aid flows to committed partner countries.
 - iii. Insufficient delegation of authority to donors' field staff, and inadequate attention to incentives for effective development partnerships between donors and partner countries.
 - iv. Insufficient integration of global programmes and initiatives into partner countries' broader development agendas, including in critical areas such as HIV/AIDS.
 - v. Corruption and lack of transparency, which erode public support, impede effective resource mobilisation and allocation and divert resources away from activities that are vital for poverty reduction and sustainable economic development. Where corruption exists, it inhibits donors from relying on partner country systems.

5. We acknowledge that enhancing the effectiveness of aid is feasible and necessary across all aid modalities. In determining the most effective modalities of aid delivery, we will be guided by development strategies and priorities established by partner countries. Individually and collectively, we will choose and design appropriate and complementary modalities so as to maximise their combined effectiveness.
6. In following up the Declaration, we will intensify our efforts to provide and use development assistance, including the increased flows as promised at Monterrey, in ways that rationalise the often excessive fragmentation of donor activities at the country and sector levels.

Adapt and apply to differing country situations

7. Enhancing the effectiveness of aid is also necessary in challenging and complex situations, such as the tsunami disaster that struck countries of the Indian Ocean rim on 26 December 2004. In such situations, worldwide humanitarian and development assistance must be harmonised within the growth and poverty reduction agendas of partner countries. In fragile states, as we support state-building and delivery of basic services, we will ensure that the principles of harmonisation, alignment and managing for results are adapted to environments of weak governance and capacity. Overall, we will give increased attention to such complex situations as we work toward greater aid effectiveness.

Specify indicators, timetable and targets

8. We accept that the reforms suggested in this Declaration will require continued high-level political support, peer pressure and coordinated actions at the global, regional and country levels. We commit to accelerate the pace of change by implementing, in a spirit of mutual accountability, the Partnership Commitments presented in Section II and to measure progress against 12 specific indicators that we have agreed today and that are set out in Section III of this Declaration.
9. As a further spur to progress, we will set targets for the year 2010. These targets, which will involve action by both donors and partner countries, are designed to track and encourage progress at the global level among the countries and agencies that have agreed to this Declaration. They are not intended to prejudge or substitute for any targets that individual partner countries may wish to set. We have agreed today to set five preliminary targets against indicators as shown in Section III. We agree to review these preliminary targets and to adopt targets against the remaining indicators as shown in Section III before the UNGA Summit in September 2005; and we ask the partnership of donors and partner countries hosted by the DAC to prepare for this urgently¹. Meanwhile, we welcome initiatives by partner countries and donors to establish their own targets for improved aid effectiveness within the framework of the agreed Partnership Commitments and Indicators of Progress. For example, a number of partner countries have presented action plans, and a large number of donors have announced important new commitments. We invite all participants who wish to provide information on such initiatives to submit it by 4 April 2005 for subsequent publication.

Monitor and evaluate implementation

10. Because demonstrating real progress at country level is critical, under the leadership of the partner country we will periodically assess, qualitatively as well as quantitatively, our mutual progress at country level in implementing agreed commitments on aid effectiveness. In doing so, we will make use of appropriate country level mechanisms.
11. At the international level, we call on the partnership of donors and partner countries hosted by the DAC to broaden partner country participation and, by the end of 2005, to propose arrangements for the medium term monitoring of the commitments in this Declaration. In the meantime, we ask the partnership to co-ordinate the international monitoring of the Indicators of Progress included in Section III; to refine targets as necessary; to provide appropriate guidance to establish baselines; and to enable consistent aggregation of information across a range of countries to be summed up in a periodic report. We will also use existing peer review mechanisms and regional reviews to support progress in this agenda. We will, in addition, explore independent cross-country monitoring and evaluation processes – which should be applied without imposing additional burdens on partners – to provide a more comprehensive understanding of how increased aid effectiveness contributes to meeting development objectives.
12. Consistent with the focus on implementation, we plan to meet again in 2008 in a developing country and conduct two rounds of monitoring before then to review progress in implementing this Declaration.

1) In accordance with paragraph 9 of the Declaration, the partnership of donors and partner countries hosted by the DAC (Working Party on Aid Effectiveness) comprising OECD/DAC members, partner countries and multilateral institutions, met twice, on 30-31 May 2005 and on 7-8 July 2005 to adopt, and review where appropriate, the targets for the twelve Indicators of Progress. At these meetings an agreement was reached on the targets presented under Section III of the present Declaration. This agreement is subject to reservations by one donor on (a) the methodology for assessing the quality of locally-managed procurement systems (relating to targets 2b and 5b) and (b) the acceptable quality of public financial management reform programmes (relating to target 5a.ii). Further discussions are underway to address these issues. The targets, including the reservation, have been notified to the Chairs of the High-level Plenary Meeting of the 59th General Assembly of the United Nations in a letter of 9 September 2005 by Mr. Richard Manning, Chair of the OECD Development Assistance Committee (DAC).

II. Partnership Commitments

13. Developed in a spirit of mutual accountability, these Partnership Commitments are based on the lessons of experience. We recognise that commitments need to be interpreted in the light of the specific situation of each partner country.

Ownership

Partner countries exercise effective leadership over their development policies, and strategies and co-ordinate development actions

14. **Partner countries** commit to:
- Exercise leadership in developing and implementing their national development strategies² through broad consultative processes.
 - Translate these national development strategies into prioritised results-oriented operational programmes as expressed in medium-term expenditure frameworks and annual budgets (**Indicator 1**).
 - Take the lead in co-ordinating aid at all levels in conjunction with other development resources in dialogue with donors and encouraging the participation of civil society and the private sector.
15. **Donors** commit to:
- Respect partner country leadership and help strengthen their capacity to exercise it.

Alignment

Donors base their overall support on partner countries' national development strategies, institutions and procedures

Donors align with partners' strategies

16. **Donors** commit to:
- Base their overall support – country strategies, policy dialogues and development co-operation programmes – on partners' national development strategies and periodic reviews of progress in implementing these strategies³ (**Indicator 3**).
 - Draw conditions, whenever possible, from a partner's national development strategy or its annual review of progress in implementing this strategy. Other conditions would be included only when a sound justification exists and would be undertaken transparently and in close consultation with other donors and stakeholders.
 - Link funding to a single framework of conditions and/or a manageable set of indicators derived from the national development strategy. This does not mean that all donors have identical conditions, but that each donor's conditions should be derived from a common streamlined framework aimed at achieving lasting results.

Donors use strengthened country systems

17. Using a country's own institutions and systems, where these provide assurance that aid will be used for agreed purposes, increases aid effectiveness by strengthening the partner country's sustainable capacity to develop, implement and account for its policies to its citizens and parliament. Country systems and procedures typically include, but are not restricted to, national arrangements and procedures for public financial management, accounting, auditing, procurement, results frameworks and monitoring.
18. Diagnostic reviews are an important — and growing — source of information to governments and donors on the state of country systems in partner countries. Partner countries and donors have a shared interest in being able to monitor progress over time in improving country systems. They are assisted by performance assessment frameworks, and an associated set of reform measures, that build on the information set out in diagnostic reviews and related analytical work.
19. **Partner countries** and **donors** jointly commit to:
- Work together to establish mutually agreed frameworks that provide reliable assessments of performance, transparency and accountability of country systems (**Indicator 2**).
 - Integrate diagnostic reviews and performance assessment frameworks within country-led strategies for capacity development.

² The term 'national development strategies' includes poverty reduction and similar overarching strategies as well as sector and thematic strategies.

³ This includes for example the Annual Progress Review of the Poverty Reduction Strategies (APR).

20. **Partner countries** commit to:

- Carry out diagnostic reviews that provide reliable assessments of country systems and procedures.
- On the basis of such diagnostic reviews, undertake reforms that may be necessary to ensure that national systems, institutions and procedures for managing aid and other development resources are effective, accountable and transparent.
- Undertake reforms, such as public management reform, that may be necessary to launch and fuel sustainable capacity development processes.

21. **Donors** commit to:

- Use country systems and procedures to the maximum extent possible. Where use of country systems is not feasible, establish additional safeguards and measures in ways that strengthen rather than undermine country systems and procedures (**Indicator 5**).
- Avoid, to the maximum extent possible, creating dedicated structures for day-to-day management and implementation of aid-financed projects and programmes (**Indicator 6**).
- Adopt harmonised performance assessment frameworks for country systems so as to avoid presenting partner countries with an excessive number of potentially conflicting targets.

Partner countries strengthen development capacity with support from donors

22. The capacity to plan, manage, implement, and account for results of policies and programmes, is critical for achieving development objectives – from analysis and dialogue through implementation, monitoring and evaluation. Capacity development is the responsibility of partner countries with donors playing a support role. It needs not only to be based on sound technical analysis, but also to be responsive to the broader social, political and economic environment, including the need to strengthen human resources.

23. **Partner countries** commit to:

- Integrate specific capacity strengthening objectives in national development strategies and pursue their implementation through country-led capacity development strategies where needed.

24. **Donors** commit to:

- Align their analytic and financial support with partners' capacity development objectives and strategies, make effective use of existing capacities and harmonise support for capacity development accordingly (**Indicator 4**).

Strengthen public financial management capacity

25. **Partner countries** commit to:

- Intensify efforts to mobilise domestic resources, strengthen fiscal sustainability, and create an enabling environment for public and private investments.
- Publish timely, transparent and reliable reporting on budget execution.
- Take leadership of the public financial management reform process.

26. **Donors** commit to:

- Provide reliable indicative commitments of aid over a multi-year framework and disburse aid in a timely and predictable fashion according to agreed schedules (**Indicator 7**).
- Rely to the maximum extent possible on transparent partner government budget and accounting mechanisms (**Indicator 5**).

27. **Partner countries** and **donors** jointly commit to:

- Implement harmonised diagnostic reviews and performance assessment frameworks in public financial management.

Strengthen national procurement systems

28. **Partner countries** and **donors** jointly commit to:

- Use mutually agreed standards and processes⁴ to carry out diagnostics, develop sustainable reforms and monitor implementation.
- Commit sufficient resources to support and sustain medium and long-term procurement reforms and capacity development.
- Share feedback at the country level on recommended approaches so they can be improved over time.

⁴) Such as the processes developed by the joint OECD-DAC – World Bank Round Table on Strengthening Procurement Capacities in Developing Countries.

29. **Partner countries** commit to take leadership and implement the procurement reform process.

30. **Donors** commit to:

- Progressively rely on partner country systems for procurement when the country has implemented mutually agreed standards and processes (**Indicator 5**).
- Adopt harmonised approaches when national systems do not meet mutually agreed levels of performance or donors do not use them.

Untie aid: getting better value for money

31. Untying aid generally increases aid effectiveness by reducing transaction costs for partner countries and improving country ownership and alignment. **DAC Donors** will continue to make progress on untying as encouraged by the 2001 DAC Recommendation on Untying Official Development Assistance to the Least Developed Countries (**Indicator 8**).

Harmonisation – Donors' actions are more harmonised, transparent and collectively effective

Donors implement common arrangements and simplify procedures

32. **Donors** commit to:

- Implement the donor action plans that they have developed as part of the follow-up to the Rome High-Level Forum.
- Implement, where feasible, common arrangements at country level for planning, funding (e.g. joint financial arrangements), disbursement, monitoring, evaluating and reporting to government on donor activities and aid flows. Increased use of programme-based aid modalities can contribute to this effort (**Indicator 9**).
- Work together to reduce the number of separate, duplicative, missions to the field and diagnostic reviews (**Indicator 10**); and promote joint training to share lessons learnt and build a community of practice.

Complementarity: more effective division of labour

33. Excessive fragmentation of aid at global, country or sector level impairs aid effectiveness. A pragmatic approach to the division of labour and burden sharing increases complementarity and can reduce transaction costs.

34. **Partner countries** commit to:

- Provide clear views on donors' comparative advantage and on how to achieve donor complementarity at country or sector level.

35. **Donors** commit to:

- Make full use of their respective comparative advantage at sector or country level by delegating, where appropriate, authority to lead donors for the execution of programmes, activities and tasks.
- Work together to harmonise separate procedures.

Incentives for collaborative behaviour

36. **Donors** and **partner countries** jointly commit to:

- Reform procedures and strengthen incentives – including for recruitment, appraisal and training – for management and staff to work towards harmonisation, alignment and results.

Delivering effective aid in fragile states⁵

37. The long-term vision for international engagement in fragile states is to build legitimate, effective and resilient state and other country institutions. While the guiding principles of effective aid apply equally to fragile states, they need to be adapted to environments of weak ownership and capacity and to immediate needs for basic service delivery.

38. **Partner countries** commit to:

- Make progress towards building institutions and establishing governance structures that deliver effective governance, public safety, security, and equitable access to basic social services for their citizens.
- Engage in dialogue with donors on developing simple planning tools, such as the transitional results matrix, where national development strategies are not yet in place.
- Encourage broad participation of a range of national actors in setting development priorities.

⁵ The following section draws on the draft Principles for Good International Engagement in Fragile States, which emerged from the Senior Level Forum on Development Effectiveness in Fragile States (London, January 2005).

39. **Donors** commit to:

- Harmonise their activities. Harmonisation is all the more crucial in the absence of strong government leadership. It should focus on upstream analysis, joint assessments, joint strategies, co-ordination of political engagement; and practical initiatives such as the establishment of joint donor offices.
- Align to the maximum extent possible behind central government-led strategies or, if that is not possible, donors should make maximum use of country, regional, sector or non-government systems.
- Avoid activities that undermine national institution building, such as bypassing national budget processes or setting high salaries for local staff.
- Use an appropriate mix of aid instruments, including support for recurrent financing, particularly for countries in promising but high-risk transitions.

Promoting a harmonised approach to environmental assessments

40. Donors have achieved considerable progress in harmonisation around environmental impact assessment (EIA) including relevant health and social issues at the project level. This progress needs to be deepened, including on addressing implications of global environmental issues such as climate change, desertification and loss of biodiversity.

41. **Donors** and **partner countries** jointly commit to:

- Strengthen the application of EIAs and deepen common procedures for projects, including consultations with stakeholders; and develop and apply common approaches for "strategic environmental assessment" at the sector and national levels.
- Continue to develop the specialised technical and policy capacity necessary for environmental analysis and for enforcement of legislation.

42. Similar harmonisation efforts are also needed on other cross-cutting issues, such as gender equality and other thematic issues including those financed by dedicated funds.

Managing for results

Managing resources and improving decision-making for results

43. Managing for results means managing and implementing aid in a way that focuses on the desired results and uses information to improve decision-making.

44. **Partner countries** commit to:

- Strengthen the linkages between national development strategies and annual and multi-annual budget processes.
- Endeavour to establish results-oriented reporting and assessment frameworks that monitor progress against key dimensions of the national and sector development strategies; and that these frameworks should track a manageable number of indicators for which data are cost-effectively available (**Indicator 11**).

45. **Donors** commit to:

- Link country programming and resources to results and align them with effective partner country performance assessment frameworks, refraining from requesting the introduction of performance indicators that are not consistent with partners' national development strategies.
- Work with partner countries to rely, as far as possible, on partner countries' results-oriented reporting and monitoring frameworks.
- Harmonise their monitoring and reporting requirements, and, until they can rely more extensively on partner countries' statistical, monitoring and evaluation systems, with partner countries to the maximum extent possible on joint formats for periodic reporting.

46. **Partner countries** and **donors** jointly commit to:

- Work together in a participatory approach to strengthen country capacities and demand for results based management.

Mutual accountability

Donors and partners are accountable for development results

47. A major priority for partner countries and donors is to enhance mutual accountability and transparency in the use of development resources. This also helps strengthen public support for national policies and development assistance.

48. **Partner countries** commit to:

- Strengthen as appropriate the parliamentary role in national development strategies and/or budgets.
- Reinforce participatory approaches by systematically involving a broad range of development partners when formulating and assessing progress in implementing national development strategies.

49. **Donors** commit to:

- Provide timely, transparent and comprehensive information on aid flows so as to enable partner authorities to present comprehensive budget reports to their legislatures and citizens.

50. **Partner countries** and **donors** commit to:

Jointly assess through existing and increasingly objective country level mechanisms mutual progress in implementing agreed commitments on aid effectiveness, including the Partnership Commitments. **(Indicator 12)**.

III. Indicators of Progress

To be measured nationally and monitored internationally

OWNERSHIP	TARGET FOR 2010
<p>1) <i>Partners have operational development strategies</i> – Number of countries with national development strategies (including PRSs) that have clear strategic priorities linked to a medium-term expenditure framework and reflected in annual budgets.</p>	<p>At least 75% of partner countries have operational development strategies.</p>
ALIGNMENT	TARGETS FOR 2010
<p>2) <i>Reliable country systems</i> – Number of partner countries that have procurement and public financial management systems that either (a) adhere to broadly accepted good practices or (b) have a reform programme in place to achieve these.</p>	<p>(a) Public financial management – Half of partner countries move up at least one measure (i.e., 0.5 points) on the PFM/ CPIA (Country Policy and Institutional Assessment) scale of performance. (b) Procurement – One-third of partner countries move up at least one measure (i.e., from D to C, C to B or B to A) on the four-point scale used to assess performance for this indicator.</p>
<p>3) <i>Aid flows are aligned on national priorities</i> – Percent of aid flows to the government sector that is reported on partners' national budgets.</p>	<p>Halve the gap – halve the proportion of aid flows to government sector not reported on government's budget(s) (with at least 85% reported on budget).</p>
<p>4) <i>Strengthen capacity by co-ordinated support</i> – Percent of donor capacity-development support provided through co-ordinated programmes consistent with partners' national development strategies.</p>	<p>50% of technical co-operation flows are implemented through co-ordinated programmes consistent with national development strategies.</p>
<p>5a) <i>Use of country public financial management systems</i> – Percent of donors and of aid flows that use public financial management systems in partner countries, which either (a) adhere to broadly accepted good practices or (b) have a reform programme in place to achieve these.</p>	<p>PERCENT OF DONORS Score* Target A All donors use partner countries' PFM systems. B 90% of donors use partner countries' PFM systems. PERCENT OF AID FLOWS Score* Target A A two-thirds reduction in the % of aid to the public sector not using partner countries' PFM systems. B A one-third reduction in the % of aid to the public sector not using partner countries' PFM systems.</p>
<p>5b) <i>Use of country procurement systems</i> – Percent of donors and of aid flows that use partner country procurement systems which either (a) adhere to broadly accepted good practices or (b) have a reform programme in place to achieve these.</p>	<p>PERCENT OF DONORS Score* Target 5+ All donors use partner countries' procurement systems. 3.5 90% of donors use partner countries' procurement to 4.5 systems. PERCENT OF AID FLOWS Score* Target 5+ A two-thirds reduction in the % of aid to the public sector not using partner countries' procurement systems. 3.5 A one-third reduction in the % of aid to the public to 4.5 sector not using partner countries' procurement systems.</p>

6) *Strengthen capacity by avoiding parallel implementation structures* – Number of parallel project implementation units (PIUs) per country.

Reduce by two-thirds the stock of parallel project implementation units (PIUs).

7) *Aid is more predictable* – Percent of aid disbursements released according to agreed schedules in annual or multi-year frameworks.

Halve the gap – halve the proportion of aid not disbursed within the fiscal year for which it was scheduled.

8) *Aid is untied* – Percent of bilateral aid that is untied.

Continued progress over time.

HARMONISATION

TARGETS FOR 2010

9) *Use of common arrangements or procedures* – Percent of aid provided as programme-based approaches.⁶

66% of aid flows are provided in the context of programme-based approaches.

10) *Encourage shared analysis* – Percent of (a) field missions and/or (b) country analytic work, including diagnostic reviews that are joint.

(a) 40% of donor missions to the field are joint.
(b) 66% of country analytic work is joint.

MANAGING FOR RESULTS

TARGETS FOR 2010

11) *Results-oriented frameworks* – Number of countries with transparent and monitorable performance assessment frameworks to assess progress against (a) the national development strategies and (b) sector programmes.

Reduce the gap by one-third – Reduce the proportion of countries without transparent and monitorable performance assessment frameworks by one-third.

MUTUAL ACCOUNTABILITY

TARGETS FOR 2010

12) *Mutual accountability* – Number of partner countries that undertake mutual assessments of progress in implementing agreed commitments on aid effectiveness including those in this Declaration.

All partner countries have mutual assessment reviews in place.

Important Note: In accordance with paragraph 9 of the Declaration, the partnership of donors and partner countries hosted by the DAC (Working Party on Aid Effectiveness) comprising OECD/DAC members, partner countries and multilateral institutions, met twice, on 30-31 May 2005 and on 7-8 July 2005 to adopt, and review where appropriate, the targets for the twelve Indicators of Progress. At these meetings an agreement was reached on the targets presented under Section III of the present Declaration. This agreement is subject to reservations by one donor on (a) the methodology for assessing the quality of locally-managed procurement systems (relating to targets 2b and 5b) and (b) the acceptable quality of public financial management reform programmes (relating to target 5a.ii). Further discussions are underway to address these issues. The targets, including the reservation, have been notified to the Chairs of the High-level Plenary Meeting of the 59th General Assembly of the United Nations in a letter of 9 September 2005 by Mr. Richard Manning, Chair of the OECD Development Assistance Committee (DAC).

***Note on Indicator 5:** Scores for Indicator 5 are determined by the methodology used to measure quality of procurement and public financial management systems under Indicator 2 above.

⁶See methodological notes for a definition of programme based approaches.

Appendix A:

Methodological Notes on the Indicators of Progress

The Indicators of Progress provides a framework in which to make operational the responsibilities and accountabilities that are framed in the Paris Declaration on Aid Effectiveness. This framework draws selectively from the Partnership Commitments presented in Section II of this Declaration.

Purpose – The Indicators of Progress provide a framework in which to make operational the responsibilities and accountabilities that are framed in the Paris Declaration on Aid Effectiveness. They measure principally **collective behaviour at the country level**. **Country level vs. global level** – The indicators are to be **measured at the country level** in close collaboration between partner countries and donors. Values of country level indicators can then be statistically aggregated at the **regional or global level**. This global aggregation would be done both for the country panel mentioned below, for purposes of statistical comparability, and more broadly for all partner countries for which relevant data are available.

Donor / Partner country performance – The indicators of progress also provide a **benchmark against which individual donor agencies or partner countries can measure their performance** at the country, regional, or global level. In measuring individual donor performance, the indicators should be applied with flexibility in the recognition that donors have different institutional mandates.

Targets – The targets are set at the global level. Progress against these targets is to be measured by aggregating data measured at the country level. In addition to global targets, partner countries and donors in a given country might agree on country-level targets.

Baseline – A baseline will be established for 2005 in a panel of self-selected countries. The partnership of donors and partner countries hosted by the DAC (Working Party on Aid Effectiveness) is asked to establish this panel.

Definitions and criteria – The partnership of donors and partner countries hosted by the DAC (Working Party on Aid Effectiveness) is asked to provide specific guidance on definitions, scope of application, criteria and methodologies to assure that results can be aggregated across countries and across time.

Note on Indicator 9 – Programme based approaches are defined in Volume 2 of Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery (OECD, 2005) in Box 3.1 as a way of engaging in development cooperation based on the principles of co-ordinated support for a locally owned programme of development, such as a national development strategy, a sector programme, a thematic programme or a programme of a specific organisation. Programme based approaches share the following features: (a) leadership by the host country or organisation; (b) a single comprehensive programme and budget framework; (c) a formalised process for donor co-ordination and harmonisation of donor procedures for reporting, budgeting, financial management and procurement; (d) Efforts to increase the use of local systems for programme design and implementation, financial management, monitoring and evaluation. For the purpose of indicator 9 performance will be measured separately across the aid modalities that contribute to programme-based approaches.

Appendix B:

List of Participating Countries and Organisations

Participating Countries

Albania	Australia	Austria	Bangladesh	Belgium
Benin	Bolivia	Botswana	[Brazil]*	Burkina Faso
Burundi	Cambodia	Cameroon	Canada	China
Congo D.R.	Czech Republic	Denmark	Dominican Republic	Egypt
Ethiopia	European Commission	Fiji	Finland	France
Gambia, The	Germany	Ghana	Greece	Guatemala
Guinea	Honduras	Iceland	Indonesia	Ireland
Italy	Jamaica	Japan	Jordan	Kenya
Korea	Kuwait	Kyrgyz Republic	Lao PDR	Luxembourg
Madagascar	Malawi	Malaysia	Mali	Mauritania
Mexico	Mongolia	Morocco	Mozambique	Nepal
Netherlands	New Zealand	Nicaragua	Niger	Norway
Pakistan	Papua New Guinea	Philippines	Poland	Portugal
Romania	Russian Federation	Rwanda	Saudi Arabia	Senegal
Serbia and Montenegro	Slovak Republic	Solomon Islands	South Africa	Spain
Sri Lanka	Sweden	Switzerland	Tajikistan	Tanzania
Thailand	Timor-Leste	Tunisia	Turkey	Uganda
United Kingdom	United States of America	Vanuatu	Vietnam	Yemen
Zambia				

* To be confirmed. More countries than listed here have endorsed the Paris Declaration. For a full and up to date list please consult www.oecd.org/dac/effectiveness/parisdeclaration/members.

Participating Organisations

African Development Bank	Arab Bank for Economic Development in Africa
Asian Development Bank	Commonwealth Secretariat
Consultative Group to Assist the Poorest (CGAP)	Council of Europe Development Bank (CEB)
Economic Commission for Africa (ECA)	Education for All Fast Track Initiative (EFA-FTI)
European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)	European Investment Bank (EIB)
Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria	G24
Inter-American Development Bank	International Fund for Agricultural Development (IFAD)
International Monetary Fund (IMF)	International Organisation of the Francophonie
Islamic Development Bank	Millennium Campaign
New Partnership for Africa's Development (NEPAD)	Nordic Development Fund
Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)	Organisation of Eastern Caribbean States (OECS)
OPEC Fund for International Development	Pacific Islands Forum Secretariat
United Nations Development Group (UNDG)	World Bank

Civil Society Organisations

Africa Humanitarian Action	Afrodad
Bill and Melinda Gates Foundations	Canadian Council for International Cooperation (CCIC)
Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement (CCFD)	Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE)
Comisión Económica (Nicaragua)	ENDA Tiers Monde
Eurodad	International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN)
Japan NGO Center for International Cooperation (JANIC)	Reality of Aid Network
Tanzania Social and Economic Trust (TASOET)	UK Aid Network



